

Heft 205

Ausgabe 6 | 2014

ISSN 0170-4613

K 53 61

5,00 Euro



SPD-Linke: Politik und Strategie

Gerd Mielke
Politik im neuen Rahmen?

Max Reinhardt
Die SPD-Linke – Beispiele für ihre Funktion als
Transmissionsriemen progressiver sozialer
Milieus nach 1945

Tom Strohschneider
Horchposten statt Karrierenetzwerke

Michael R. Krätke
Richard Löwenthal und seine
„posthumen Schüler“

Kurzum | von Cordula Drautz

Der erste Ministerpräsident der Linken ist gewählt, im zweiten Wahlgang. In der völlig unverhältnismäßigen Debatte davor und danach schienen Viele zu ignorieren, dass es sich bei der LINKEN um eine demokratisch etablierte Partei handelt. Gut, dass sich die Genossen davon nicht haben beeinflussen lassen.

Tatsächlich wähten die Konservativen – in Allianz mit dem zur Neutralität verpflichteten Bundespräsidenten – im ersten rot-rot-grünen Bündnis auf Länderebene den Untergang des Abendlandes. Dies gipfelte in der unsäglichen Absprache des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mohring mit der AfD, einen der ihren in einem eventuellen dritten Wahlgang zu wählen.

Während also Bodo Ramelow im thüringischen Osten schwor „seine ganze Kraft dem Volke zu widmen und Gerechtigkeit gegen Jedermann walten zu lassen“ und in seiner Antrittsrede die Aufarbeitung der DDR-Geschichte ankündigte, stellte sich eine andere politische Kraft im bayerischen Süden ebenfalls programmatisch neu auf. Ausgerechnet die idiomatisch wohl am weitesten vom Hochdeutschen entfernte politische Kraft Deutschlands fordert eine Deutschpflicht für Migranten – auch dahoam.

Was als ernstgemeinter Antrag für den Parteitag startete – landete als geflügeltes Wort in den (Satire-)Gazetten #yallacsu!

Kurzum – Die Konservativen haben es gleich zweimal nach rechtsaußen geschafft – als bigotte Retter des Abendlandes.

Selbst Angela Merkel drückt auf dem CDU-Parteitag wenig diplomatisch aus, was sie von dem neuen Bündnis hält. Es sei eine Bankrotterklärung für den Anspruch der SPD,



↳ Cordula Drautz ist Politikwissenschaftlerin, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

Foto: privat

eine führende Volkspartei zu sein. Eine andere Lesart wäre, dass sich zukünftig neue linke Gestaltungs-Optionen jenseits einer großen Koalition eröffneten. Das wäre für die CDU, deren „natürlicher Koalitionspartner FDP“ nicht einmal mehr im Bundestag vertreten ist und die nun auf die rechtspopulistische AfD schießt, eine Bankrotterklärung.

Während die CDU als Organisation in ihren Personalfragen selbst das minimale Frauenquorum nur durch den Verzicht des Bundesgesundheitsministers auf einen Platz im Präsidium erfüllt, beschimpft der ewiggestrige Fraktionsvorsitzende Kauder die Bundesfrauenministerin als weinerlich. Bekanntermaßen hat er seiner Partei damit einen Bärendienst erwiesen.

Kurzum: Die SPD wird absehbar die CDU in den Umfragen zwar nicht überholen, ihre Politik kann sie aber dennoch effektiver umsetzen und dafür immer wieder auf allen Ebenen alte und neue politische Mehrheiten finden. In Kommunen, Ländern und Bund. ■

■ Meinung

Matteo Renzi – der italienische Blair?

| Heinz Bierbaum..... 5

Debatte:

Wir kämpfen für starke Gewerkschaften

| Yasmin Fahimi..... 9

Tarifeinheit ist Gewerkschaftssache – Das Tarifeinheitsgesetz ist weder verfassungskonform noch praxistauglich

| Peter Berg..... 10

Strategie Debatte ohne falsche Bescheidenheit (u.a. Erwiderung auf Ernst Dieter Rossmann) | Bertram Sauer 11

■ ■ Im Fokus: SPD-Linke: Politik und Strategie

Einleitung zum Schwerpunkt

| Björn Böhning, Kai Burmeister, Stefan Stache..... 16

Politik im neuen Rahmen?

| Gerd Mielke 20

Die SPD-Linke – Beispiele für ihre Funktion als Transmissionsriemen progressiver sozialer Milieus nach 1945

| Max Reinhardt 28

Kein Flügelschlag, europaweit. Die sozialdemokratische Linke ist ermattet, angepasst und ideenlos

| Matthias Micus, Clemens Wirries 34

Horchposten statt Karrierenetzwerke

| Tom Strohschneider..... 42

Bildet euch – bildet andere – bildet Banden!

| Andreas Bach, Marco Bülow, Lisa Nettlebusch, Jens Peick..... 46

Die Erneuerung des Aufstiegsversprechens

| Katrin Budde..... 48

Diskussionen von links ... aber vor allem von unten

| Michael Clivot 52

Links leben

| Moritz Deutschmann, Charlotte Rosa Dick 54

Der SPD ein linkes Zentrum geben

| Oliver Kaczmarek 57

Eine moderne solidarische SPD-Linke

| Hilde Mattheis..... 60

Das Strategiedilemma der (SPD-) Linken

| Thilo Scholle 64

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
Niels Annen (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Oliver Kaczmarek (Kamen)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Uwe Meinhardt (Stuttgart)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Röspehl (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Carsten Sieling (Bremen)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Spies (Marburg)
Michael Vester (Hannover)
Felix Welti (Lübeck)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Ole Erdmann
Björn Hacker
Sebastian Jobelius
Lars Neumann
Katharina Oerder
Michael Reschke
Sarah Ryglewski
Thilo Scholle
Holger Schöneville
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:
Kai Burmeister, Björn Böhning,
Stefan Stache

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Stefan Stache
Telefon 0177 - 525 049 8
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:
spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:
Andreas Bach
Stephan Bramorski
Eckhart Seidel
Stefan Stache

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46,
IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468,
BIC: PBNKDEFF, USt.-ID-Nr.: DE 122946515

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Europa Euro 49,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-4613, K 5361
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2014.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: © GaToR-GFX - Fotolia.com
Bildnachweis: S. 78 © ferkelraggae - fotolia.com.
Satz und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Dezember 2014

Auf zu neuen Mehrheiten!
| Carsten Sieling 66

Mehr Machtbewusstsein bitte
| Sascha Vogt 69

Rezensionen:

„Sprache. Macht. Denken – Politische Diskurse verstehen und führen“
| Ole Erdmann 74

Futuring – Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus
| Thilo Scholle 76

■ ■ ■ **Magazin**

Stichwort Wirtschaftspolitik: Ist Griechenland über den Berg?
| Arne Heise 78

Die aktuelle Zahl: 2,6 Milliarden
| Claudia Bogedan 80

Crossover

Wir müssen unser Verständnis von Arbeitszeit überdenken
| Interview mit Katharina Oerder 81

Jenseits des Erprobten – eine emanzipatorische Arbeitsmarktpolitik für Alle
| Felix Banaszak 84

Richard Löwenthal und seine „posthumen Schüler“
| Michael R. Krätke 86

25 Jahre „Projekt Moderner Sozialismus – 53 Thesen“
| Interview mit Uwe Kremer 93

Rezensionen:

Sozialdemokratische Geschichte(n)
| Thilo Scholle 99

In einer aus den Fugen geratenden Welt
| Kai Burmeister 103

■ ■ ■ ■ **Personen & Positionen**

DL 21 Aktuell 105

Vorwärts nach weit: Neue Verlagsgeschäftsführung berufen 107

Matteo Renzi – der italienische Blair?

von Heinz Bierbaum

Mit 40 Prozent der Stimmen hat der Partito Democratico (PD)¹ bei den Europawahlen im Mai dieses Jahres einen herausragenden und in dieser Höhe auch nicht erwarteten Sieg errungen. Dieser Erfolg ist vor allem mit dem Namen Matteo Renzi verbunden. Der frühere Bürgermeister von Florenz hat einen rasanten politischen Aufstieg hinter sich. Aus dem eher christdemokratischen Teil des PD kommend (vor dem Zusammenschluss zur PD war er Mitglied von „La Margherita“²), gilt der junge, dynamisch und unkonventionell wirkende Renzi als neuer Hoffnungsträger der italienischen Politik. Er wurde im Dezember 2013 zum Vorsitzenden des PD gewählt und löste im Februar den eher unglücklich agierenden Enrico Letta als Regierungschef ab. Allerdings war dieser Machtwechsel nicht Ergebnis eines demokratischen Prozesses, sondern eines parteitaktischen Manövers. Die Europawahl gilt als nachgeholte demokratische Legitimation. Mit Renzi ist zugleich die Hoffnung auf eine stabile Mitte-Links-Regierung als Alternative zur jahrelangen Vorherrschaft Berlusconis verbunden. Renzis Erfolg erklärt sich vor dem Hintergrund einer völlig desolaten politischen Situation in Italien. Die politischen Parteien haben sich zum großen Teil diskreditiert und nahezu jede Glaubwürdigkeit verloren. In den Augen vieler handelt es sich bei den Politikern um eine nur auf ihren Vorteil bedachte Kaste“. Und in der Tat reißen die Skandale und Korruptionsfälle nicht ab. Erst dieser Tage wurde die Hauptstadt Rom von einem großen Korruptionsskandal in der Stadtverwaltung erschüttert, nachdem wenige Jahre zuvor bereits die Provinzverwaltung durch schamlose



☞ Dr. Heinz Bierbaum, MdL ist Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE, Vorsitzender der Internationalen Kommission und Professor für Betriebswirtschaft.

Foto: www.linksfraktion-saarland.de

Bereicherung Schlagzeilen gemacht hatte. Dies hat nicht nur den Aufstieg von Beppe Grillo und seiner Bewegung (Movimento 5 Stelle)³ möglich gemacht, sondern auch den Ruf nach einem Macher laut werden lassen, der endlich handelt und nicht von parteipolitischen Überlegungen bestimmt wird. Nach dem Niedergang von Berlusconi, verwickelt in zahlreichen, auch gerichtsnotorischen Affären, war die Zeit reif für Renzi.

Nicht nur die verfahrenere politische, sondern vor allem auch die desolote ökonomische und soziale Situation begünstigte Renzis Aufstieg. Denn er versprach mit einer umfassenden Reformpolitik, Italien aus dieser Situation herauszuführen und für wirtschaftlichen Aufschwung und Beschäftigung zu sorgen. Zwar ist Italien nach Deutschland, Frankreich und Großbritannien immer noch die viertgrößte Wirtschaft Europas, doch die italienische Wirtschaft befindet sich seit Jahren im Niedergang. Seit 2011 geht das Bruttoinlandsprodukt zurück. Die industrielle Entwicklung ist schwach. Beispielhaft sei nur auf die Entwicklung bei FIAT verwiesen, wo unter Sergio Marchionne ein tiefgreifender Umstrukturierungsprozess mit Fabrikschließungen und der Vernichtung von zahlreichen

1 Demokratische Partei: Hervorgegangen aus der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), zunächst als PDS (Partito Democratico della Sinistra), dann umgewandelt in DS (Democratici di Sinistra). Zusammenschluss von DS und La Margherita zum PD

2 Aus der christdemokratischen Partei Democrazia Cristiana hervorgegangen

3 Protestbewegung gegen Bürokratie und Korruption, Bürgerbewegung - politische Ausrichtung nicht festgelegt, inzwischen aber zunehmend rechte Tendenzen. 5 Sterne: Umwelt, Wasser, Entwicklung, Internet, Verkehr.

Arbeitsplätzen stattfindet. Die Folge davon ist nun keineswegs eine Stärkung des Unternehmens. Vielmehr verliert FIAT an Bedeutung, zumal durch die Übernahme von Chrysler die Entscheidungszentren mehr und mehr in die USA verlegt werden. Bei einer Arbeitslosenquote von 13 Prozent und einer noch größeren verdeckten Arbeitslosigkeit besteht dringender arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf. Dies gilt vor allem für die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Mit 43 Prozent liegt Italien nach Griechenland und Spanien an dritter Stelle in Europa.

Nicht nur in Italien, sondern auch in Europa versprach Renzi, für frischen Wind zu sorgen. So sprach er sich, wenn nicht schon für ein Ende der europäischen Austeritätspolitik, aber doch für eine Lockerung des Fiskalpakts aus, um die dringend benötigten Investitionen zu ermöglichen. In Italien selbst brachte er eine Reihe von Reformvorhaben“ auf den Weg. Dabei handelt es sich um eine Mischung von Anreizen zur Steigerung des Konsums und damit der Binnennachfrage, Maßnahmen zur Kostenentlastung der Unternehmen und vor allem Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. Mit dem Stabilitätsgesetz und den dabei vorgesehenen sozialen Einschnitten soll den europäischen Auflagen des Fiskalpakts Rechnung getragen werden, wobei allerdings mehr Zeit zur Erreichung der stabilitätspolitischen Ziele gefordert wird. Im Zentrum der sog. Reformen steht der Jobs Act“, der Lockerungen in den Arbeitsschutzgesetzen vorsieht, um damit die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Kern der Reform“ ist die Abschaffung des Artikels 18, wonach in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten bei ungerechtfertigter Kündigung zwingend eine Wiedereinstellung erfolgen muss. Dieser Artikel 18 hat in Italien eine außerordentlich hohe Bedeutung und gilt als Ausdruck dafür, dass Arbeit eben nicht einfach Ware, sondern Existenzgrundlage und Konstituens menschlichen Daseins

ist. Er steht damit in Zusammenhang mit Artikel 1 der italienischen Verfassung, wonach Italien eine auf Arbeit gegründete Republik ist. Dieser Artikel 18 ist den Unternehmen und den Wirtschaftsverbänden schon lange ein Dorn im Auge. Was konservative Politiker und selbst Berlusconi nicht erreicht haben, blieb Renzi vorbehalten. Gegen Berlusconi's Arbeitsmarktreformen demonstrierten 2002 drei Millionen Menschen, wodurch die Abschaffung eben des Artikels 18 verhindert wurde. Von den jüngsten durchaus auch massenhaft befolgten Streiks und Demonstrationen lassen sich Renzi und seine Gefolgschaft dagegen nicht beeindrucken. Man respektiere zwar die gewerkschaftlichen Aktionen, lasse sich jedoch von den beschlossenen Maßnahmen nicht abhalten. So wurde denn auch der Jobs act“ am 3. Dezember Gesetz, das allerdings zur Umsetzung noch einer Reihe von Verordnungen bedarf. Was nun die Anreize zur Steigerung des Konsums und damit der Ankurbelung der Nachfrage angeht, so sollen die Bezieher niedriger Einkommen (bis 20.000 Euro im Jahr) monatlich 80 Euro mehr erhalten.

Die Logik dieser Politik folgt trotz einiger nachfragesteigernder Maßnahmen dem neoliberalen Credo, dass Kostenentlastung für Unternehmen Arbeitsplätze schaffe. Damit entsprechen sie einer Politikkonzeption, wie sie in dem 1999 vorgelegten Schröder-Blair-Papier enthalten ist, womit große Teile der europäischen Sozialdemokratie auf neoliberalen Kurs gebracht und in Deutschland die Hartz-Gesetze bewirkt wurden. Renzi verstärkt den ohnehin schon vorhandenen, wenn auch moderaten neoliberalen Kurs des PD. Deshalb und auch wegen seines stark auf seine Person zugeschnittenen Politikstils wird er oft mit Tony Blair verglichen und als italienischer Blair bezeichnet. Auch wenn es deutliche Parallelen im messianischen Auftreten, dem Versuch eines neuen Politikstils und der starken neoliberalen Ausrichtung gibt, so trifft dieser Vergleich

doch nur sehr begrenzt zu. Dies hängt zunächst mit dem gegenüber Labour und auch gegenüber anderen sozialdemokratischen Parteien sehr verschiedenen Charakters der PD zusammen, vor allem aber mit einer veränderten gesellschaftlichen Situation. Auch wenn er oft als solche bezeichnet wird, ist der PD nicht wirklich eine sozialdemokratische Partei. Er ist in seiner politischen Ausrichtung eher eine liberale Partei, die sich insbesondere an der US-amerikanischen Demokratischen Partei orientiert. Diese war ausdrücklich die politische Referenz für Walter Veltroni, einen der Vorgänger von Matteo Renzi, der lange Zeit die Politik der PD prägte. Gleichzeitig will Renzi sich von der traditionellen Parteipolitik radikal abgrenzen und Politik dadurch neu begründen, dass er das Rechts-Links-Schema in der Politik überwinden und ein direktes Verhältnis von politischer Führung und den Bürgern etablieren will. An die Stelle von parteipolitisch ausgerichteten Versammlungen werden Massenevents zur politischen Diskussion und Verkündung politischer Botschaften organisiert die sog. Leopolda, benannt nach dem Veranstaltungsort, dem ehemaligen Bahnhof Leopolda⁴ in Florenz. Damit knüpft Renzi an die in den sozialen Bewegungen verbreiteten „Asambleas“ an, einer durchaus neuen, attraktiven und auch insbesondere junge Menschen anziehende Veranstaltungsform. Die erste Leopolda fand 2010 statt und war der Ausgangspunkt für Renzis politischen Aufstieg. Am 25./26. Oktober kam es zur fünften Leopolda⁵ zeitgleich zu einer großen Gewerkschaftsdemonstration in Rom und damit gewissermaßen als Gegenpol. Denn der politische Schwerpunkt der Leopolda war die Verteidigung der Arbeitsmarktpolitik der Regierung, während deren Verhinderung Ziel der gewerkschaftlichen Aktionen war.

Sich als Vertreter der Linken gebend macht Renzi rechte Politik. Dies drückt sich auch darin aus, dass so gut wie keine Kritik mehr

an Berlusconi erfolgt. Im Gegenteil werden mit ihm politische Absprachen getroffen, nicht nur um die Mehrheiten zu sichern, sondern um weitreichende politische Weichen zu stellen wie z.B. die Erarbeitung eines neuen Wahlgesetzes, mittels dessen kleineren Parteien der Garauz gemacht werden soll. Bislang sind allerdings die versprochenen Erfolge weitestgehend ausgeblieben. Dies gilt zunächst für die wirtschaftliche Entwicklung, die deutlich unter den Erwartungen blieb. So muss auch für 2014 mit einem weiteren, wenn auch leichten Rückgang gerechnet werden. Aber auch politisch gab es Rückschläge. In den Regionalwahlen in der Emilia Romagna und in Kalabrien am 23. November verlor der PD gewaltig an Stimmen gegenüber dem Ergebnis der Europawahlen im Mai. In der Emilia Romagna waren es 750.000 und in Kalabrien betrug der Verlust 83.000 Stimmen. In beiden Regionen gewann zwar der Kandidat der PD, doch war die Wahlbeteiligung sehr gering. In der Emilia Romagna betrug sie gerade einmal 37,7 Prozent, was einer Halbierung gegenüber den letzten Regionalwahlen gleich kommt. Auch in Kalabrien ging sie mit 44 Prozent deutlich zurück. Alle Parteien verloren erheblich, einzig die rechte Lega Nord konnte zulegen.

Die Gewerkschaften, allen voran die CGIL⁴ und besonders deren Metallgewerkschaft FIOM⁵ mobilisieren gegen diese Politik der Regierung, weil sie darin keine Lösung für die hohe Arbeitslosigkeit, für Einkommensverluste und für die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse sehen. So fand am 25. Oktober eine von der CGIL organisierte Demonstration in Rom statt, an deren Abschlusskundgebung rd. eine Million Menschen teilnahmen. Für den 12. Dezember hat die CGIL unter dem Motto „Così non va!“ zu einem Generalstreik aufgerufen. Er war

4. Confederazione Generale Italiana del Lavoro: Größter gewerkschaftlicher Dachverband – ursprünglich kommunistisch-sozialistisch orientiert, heute dem PD nahe stehend.

5. Federazione Impiegati Operai Metallurgici.

ursprünglich für den 5. Dezember vorgesehen, wurde aber im Interesse des Einbezugs der UIL⁶, des dritten Gewerkschaftsbundes Italiens, und damit im Interesse der Schaffung einer möglichst breiten Basis um eine Woche verschoben. Gefordert wird ein wirklicher Plan zur Schaffung von Arbeit mit arbeitsplatzschaffenden Investitionen, Maßnahmen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse und Armut, Bekämpfung der Korruption und der Steuerhinterziehung und die Verteidigung des gewerkschaftlichen Mandats zu Tarifverhandlungen.

Die Situation ist paradox. Auf der einen Seite mobilisieren die Gewerkschaften beeindruckende Massen, obwohl sie nicht einig sind. Diese werden in erster Linie von der CGIL und dabei ganz besonders von der FIOM organisiert, während etwa beim jüngsten Generalstreik die CISL⁷ abseits steht. Auf der anderen Seite fehlt es an einer wirksamen politischen Repräsentanz, die dazu in der Lage wäre, die gewerkschaftlichen Forderungen in Politik umzusetzen. Die Linke ist seit Jahren schwach und zerstritten. Am relativ stärksten war bisher noch Nichi Vendolas SEL (Società, Ecologia, Libertà)⁸, die politisch auf eine Zusammenarbeit zumindest mit den Linken innerhalb des PD orientiert. Doch geht ihre politische Bedeutung wie auch die von Rifondazione Comunista⁹ oder auch dem noch kleineren PDCI (Partito dei Comunisti Italiani)¹⁰ zurück. Immerhin konnte die Linke sich zum größten Teil auf eine gemeinsame Liste für die Europawahl, der Liste Tsipras“ verständigen, sodass sie drei Abgeordneten ins Europarlament entsenden konnten. Die Liste Tsipras

ist aber kaum ein tragfähiges Modell für Italien selbst. Gegenwärtig gibt es erneut Versuche, zu einer Verständigung und zu einem breiteren Bündnis zu kommen. Aus dem gewerkschaftlichen Umfeld stammt der Vorschlag zur Gründung einer Partei der Arbeit, um damit dem gewerkschaftlichen Protest politisch Ausdruck zu verleihen. Allerdings ist 2002, als sowohl die enormen gewerkschaftlichen Massenproteste als auch ihre politische Wirkung eine Basis boten, die historische Chance zur Gründung einer solchen Partei der Arbeit verpasst worden. Dieser erneute Versuch hat bisher wenig Resonanz und muss daher skeptisch beurteilt werden. Ganz aktuell versucht man insbesondere auf Initiative von SEL unter der Überschrift „Human Factor“ einen breiten Verständigungsprozess unter den Linken zu organisieren. Damit will man zum Ausdruck bringen, dass die Wirtschaft den Menschen zu dienen hat und eben nicht umgekehrt. Diese Initiative versteht sich durchaus als Antipode zu Renzis Leopolda. Ob sie gelingen wird und in der Lage ist, den notwendigen Einigungsprozess wenigstens ein Stück weit voranzubringen, wird sich erweisen müssen. ■

6 Unione Italiana del Lavoro: mit deutlichem Abstand drittgrößter gewerkschaftlicher Dachverband; entstanden als Abspaltung von der CGIL mit ursprünglich republikanischer und sozialdemokratischer Ausrichtung.

7 Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori: zweitgrößter gewerkschaftlicher Dachverband, kommt aus der christlichen Tradition.

8 Linke, Ökologie, Freiheit.

9 PRC: Partito della Rifondazione Comunista, Partei der kommunistischen Wiedergründung.

10 Partei der italienischen Kommunisten: Abspaltung von Rifondazione Comunista.

Debatte: Wir kämpfen für starke Gewerkschaften

Warum das Gesetz für die Tarifeinheit ein wichtiger Schritt für die Arbeiterbewegung ist

von Yasmin Fahimi

Das Gesetz zur Tarifeinheit ist wichtig für die ArbeitnehmerInnen und Deutschland. Es stärkt die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften, weil es verhindert, dass die Belegschaft gegeneinander ausgespielt wird. Seit mehr als 150 Jahren setzen wir als SPD auf starke Gewerkschaften. Wir wissen, wie wichtig das Streikrecht ist und dass Arbeitskämpfe wehtun müssen, um die legitimen Interessen der Beschäftigten durchzusetzen.

Jahrzehntlang gab es in Deutschland keine konkurrierenden Tarifverträge innerhalb eines Betriebes. Damit hatten die Gewerkschaften eine Lehre aus der Weimarer Zeit gezogen. In den wenigen Fällen, in denen doch Mitglieder unterschiedlicher Gewerkschaften in einem Betrieb waren, fanden sie sich zu Tarifgemeinschaften zusammen. Allen war klar: Ein Arbeitskampf muss zwischen Belegschaft und Arbeitgeber geführt werden, nicht innerhalb einer Belegschaft. Sonst wäre Zwietracht in den Betrieben die Folge und die Solidarität in Gefahr.

Grundsätzlich soll sich die Politik aus den tief verankerten Gewerkschaftsrechten heraushalten. Aber im Jahr 2010 hat das Bundesverfassungsgericht überraschend entschieden, dass es keine ausreichende Gesetzesgrundlage für diese mehr als fünf Jahrzehnte geübte Praxis der Tarifeinheit gäbe. Damit öffneten die Richter dem Machtkampf zwischen den Gewerkschaften Tür und Tor. Diese Lücke im Gesetz wollen wir mit dem Entwurf zur Tarifeinheit wieder schließen. Um zum Status quo zurückzukehren, der sich so viele Jahre sehr bewährt hat.

Es geht nicht um eine Lex GdL. Der Arbeitskampf bei der Bahn zeigt aber, weshalb wir ein solches Gesetz brauchen. Die GdL streikt in erster Linie nicht, um eine Senkung der Wochen-



↳ Yasmin Fahimi ist Generalsekretärin der SPD.

Foto: © SPD/Susie Knoll

arbeitszeit und höhere Löhne zu erstreiten. Sie will die Bahn vor allem dazu zwingen, sie neben der viel größeren Eisenbahnergewerkschaft EVG als zweiten, unabhängigen Tarifpartner zu akzeptieren. Solange es um die LokführerInnen geht, ist das in Ordnung. Dass die GdL für diese Berufsgruppe zuständig ist, ist zwischen den Gewerkschaften längst geklärt. Sie will aber auch für die Zugbegleiter und das Service-Personal verhandeln – obwohl die mehrheitlich bei der EVG organisiert sind.

Ich habe nichts gegen Konkurrenz unter Gewerkschaften. Sie sollen um Mitglieder werben müssen. Aber es gilt: erst Mitglieder werben, dann verhandeln. Wenn wir zulassen, dass Kleinstgewerkschaften unabhängig von ihrer Mitgliederstärke eine Verhandlungsmacht erzwingen können, zerbricht die Sozialpartnerschaft in Deutschland.

Das Gesetz schafft Anreize, eine Tarifgemeinschaft zu bilden. Damit können Gewerkschaften wieder gemeinsam und geschlossen vor den Arbeitgeber treten. In den wenigen Fällen, in denen eine Einigung misslingt, gilt das demokratische Grundprinzip: die Mehrheit bestimmt. Diese Geschlossenheit stärkt die Arbeitnehmerseite, die damit endlich wieder ihren tatsächlichen Widerpart in den Blick nehmen kann: die Arbeitgeber. Deshalb begrüße ich die Pläne zur Tarifeinheit – gerade auch als Gewerkschafterin. ■

Debatte: Tarifeinheit ist Gewerkschaftssache

Das Tarifeinheitsgesetz ist weder verfassungskonform noch praxistauglich

von Peter Berg

Nach aktueller Rechtslage gelten die Tarifverträge verschiedener Gewerkschaften im Betrieb nebeneinander – jeweils für deren Mitglieder. Arbeitsministerin Nahles will das mit einem Tarifeinheitsgesetz ändern. Danach soll nur noch der Tarifvertrag der im Betrieb mitgliederstärksten Gewerkschaft zur Anwendung kommen – und zwar allein für ihre Mitglieder. Der Tarifvertrag der Minderheitsgewerkschaft gilt nicht mehr, sodass deren Mitglieder tariflos bleiben. Das Gesetz ist nicht nur überflüssig sondern auch schädlich. Es soll – so die offizielle Begründung – erforderlich sein, um die „Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie“ zu sichern. Die auf Krankenhausärzte, Lokomotivführer und sonstige Bahnbeschäftigte beschränkte Gewerkschaftskonkurrenz erschwert zwar eine solidarische Interessenvertretung in den betroffenen Wirtschaftszweigen, gefährdet aber nicht die Tarifautonomie. Diese ist durch die Flucht der Arbeitgeber aus der Tarifbindung (etwa durch Outsourcing, Privatisierung und Austritt aus den Arbeitgeberverbänden) und die durch den Einsatz von Leiharbeitnehmern, Werkvertragsunternehmen und anderer Lohn-dumpingstrategien etablierte Zweiklassengesellschaft in den Betrieben gefährdet.

Das Verbot, den Tarifvertrag der Minderheitsgewerkschaft anzuwenden, verletzt die in Art. 9 Abs. 3 GG verbürgte individuelle und kollektive Koalitionsfreiheit und die Tarifautonomie. Die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen ist die elementare Betätigung einer Gewerkschaft. Werden die von ihr vereinbarten Tarifverträge nicht angewendet, ist ihr Abschluss sinnlos. Die betroffene Gewerkschaft wird als autonom agierende Tarifvertragspartei handlungsunfähig. Das Tarifeinheitsgesetz hat – trotz aller gegenteiligen Beteuerungen – auch das Streikrecht im Visier. Zwar enthält es keine ausdrückliche



⇨ Peter Berg ist Rechtsanwalt und Justiziar des ver.di Landesbezirkes NRW.

Foto: Voss-Berg

Einschränkung des Streikrechts, doch wird in der Gesetzesbegründung unverblümt die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass die Arbeitsgerichte, gestützt auf das Gesetz, einen Streik für einen Minderheitstarifvertrag untersagen. Die Minderheitsgewerkschaft wird ihre Mitglieder kaum für die Durchsetzung eines Tarifvertrages mobilisieren können, dessen Anwendbarkeit nicht gesichert ist. Darüber hinaus ist das Gesetz mit weiteren Risiken und Nebenwirkungen verbunden: die Arbeitgeber können durch eine entsprechende Gestaltung der Betriebe die ihnen genehmen Mehrheitsverhältnisse manipulieren. Wegen des in ihm angelegten Wettbewerbs der Gewerkschaften um die Mehrheit im Betrieb wird es nicht deren Kooperation fördern, sondern eher wie ein Brandbeschleuniger für gewerkschaftliche Konkurrenz wirken.

Die Tarifeinheit kann erfolversprechend nicht durch einen staatlichen Eingriff von oben verordnet werden. Die tarifpolitische Kooperation ansonsten konkurrierender Gewerkschaften, z.B. in Tarifgemeinschaften, ist eine von den Gewerkschaften autonom und im Zusammenwirken mit der Arbeitgeberseite zu verwirklichende Aufgabe. Staatliche Eingriffe sind an dieser Stelle Gift für die Tarifautonomie.

Zumindest die Sozialdemokraten sollten sich daher eines Besseren besinnen und das Gesetzgebungsverfahren stoppen. ■

Strategiedebatte ohne falsche Bescheidenheit

(u.a. Erwiderung auf Ernst Dieter Rossmann)

von Bertram Sauer

Die längst überfällige Strategiedebatte in der SPD hat erfreulicherweise begonnen. Der niedersächsische Ministerpräsident und Vorsitzende seines Landesverbandes Stefan Weil empfahl der Partei im Cicero vom Juli d.J.: „Die SPD muss stärker eine innovative Wirtschaftspolitik und die Sorge der Menschen um einen Arbeitsplatz in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen, wenn sie wieder mehrheitsfähig werden will.“¹

In einem Strategiepapier, das Zeit-Online am 5. September d. J. aufgriff, hält Carsten Sieling den vereinseitigten Bestrebungen nach mehr Wirtschaftskompetenz zurecht entgegen: „Wer suggeriert, es gäbe die *eine* vernünftige Wirtschaftspolitik – frei von politischer Richtung und Interesse – entpuppt sich meistens schnell als Bestandsgarant des aktuellen wirtschaftspolitischen Mainstreams. Wer nach zehn Jahren der Entstaatlichung die ‚richtige‘, ideologiefreie Kombination von Markt und Staat anmahnt und gleichzeitig ein neues Denken wieder einmal im *Setzen richtiger Anreize* sieht, der läuft Gefahr, ‚im Morast des alten Denkens‘ steckenzubleiben. (...) Die Stärkung der Wirtschaftskompetenz beginnt zunächst mit der Rückgewinnung der *Deutungshoheit* dessen, was überhaupt als Wirtschaftskompetenz verstanden werden soll.“²

In diesem Kontext die Strategiedebatte auf eine Revitalisierung des Verhältnisses der SPD zu den Gewerkschaften zu verkürzen, wie Ernst-Dieter Rossmann es in der letzten spw tat³, ist ein Verharren in falscher

Bescheidenheit. Die Strategiedebatte muss grundsätzlicher, vielfältiger und letztlich ergebnisoffener geführt werden als zum einen Weil und zum anderen Rossmann das im zurückliegenden Sommer versucht haben. Eine sozialdemokratische Strategiedebatte steht vor keiner geringeren Herausforderung, als Anschlussfähigkeit in durchaus unterschiedliche Richtungen herzustellen, dabei den Kampf um Schlüsselbegriffe aufzunehmen und mittels einer aktiv gestaltenden Toleranz politische Bezüge zwischen oberflächlich widersprüchlichen politischen Lösungsansätzen, verschiedenen Interessenlagen und letztlich unterschiedlichen Milieus herzustellen.

Analysieren statt beschwören

Wenn Rossmann von der vollmundigen These ausgeht: „Für die SPD – und dies gilt traditionell für alle Kräfte der linken Mitte – ist hierbei die Entwicklung der engen politischen und gesellschaftlichen Kooperation mit den Gewerkschaften und den in ihnen organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von existentiellern Interesse.“⁴, wäre zunächst zu fragen, an welche politischen Interessen, Organisationsstrukturen und Milieus er das existentielle Interesse der Partei binden will.

Hierzu ist zunächst festzustellen, dass die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften (bezogen auf den DGB) leicht rückläufig stagniert. Ein Blick in die Mitgliederentwicklung der acht Einzelgewerkschaften des DGB zwischen 2010 und 2013 zeigt:

1 Cicero 8/2014, S.38

2 Sieling, Carsten 2014: Zusammenhalten, was zusammen gehört. Im Internet unter: http://www.carsten-sieling.de/files/Carsten_Sieling_-_Zusammenhalten_was_zusammen_gehrt.pdf

3 Rossmann, Ernst-Dieter 2014: Strategiedebatte: Von Mythen und neuen

Chancen, in: spw 203, 4-2014, S. 11ff

4 a.a.O., S. 11

- Während die Mitgliederzahlen der Industriegewerkschaften rückläufig sind, gelang es der IG Metall als einzige in den letzten drei Jahren, einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen.
- Die Dienstleistungsgewerkschaften schrumpfen in noch rapiderer Weise, mit Ausnahme der GEW, die ein Wachstum von drei Prozent verzeichnen konnte.
- Die einzig dynamische Mitgliederentwicklung ist quer durch alle Einzelgewerkschaften die steigende Zahl weiblicher Mitglieder.

Quer zu diesen Entwicklungstendenzen liegen lediglich die ebenfalls steigenden Mitgliederzahlen bei der Gewerkschaft der Polizei.

Wird in Rechnung gestellt, dass die IG Metall selber ihre positive Mitgliederentwicklung auf einen Kurswechsel in Sachen prekärer Beschäftigung zurückführt, erscheint für eine moderne sozialdemokratische gewerkschaftliche Orientierung dreierlei von Bedeutung: Zum ersten bleibt die Politik für „Gute Arbeit“ über den Mindestlohn hinaus eine tagesaktuelle Herausforderung. Zum zweiten müssen die Beschäftigten im Bildungssektor jenseits der LehrerInnenschaft von der Kita bis zur Hochschule und Weiterbildung stärker zum Blickpunkt für Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik werden. Zum dritten bleibt die durch die steigende Frauenerwerbsarbeit nötige Feminisierung von Arbeitsorganisation, tariflicher Gleichstellung und Quotierung eine dauernde politische Aufgabe.

Strategische Defensive der Gewerkschaften

Ob die strategische Defensive der Gewerkschaften selbst bei optimaler Verwirklichung der o.g. Prämissen umzukehren ist, bleibt eine offene Frage. Die von Bernhard Pfitzner in einem Papier für ver.di bemerkten Verän-

derungen im Produktionsprozess erklärt er beispielhaft so: „Wir erleben in (fast?) allen Branchen, dass die weiterhin bestehende Konzentration und Zentralisation von Kapital einhergeht mit der permanenten Zerschlagung großer Unternehmenseinheiten und ihrer permanenten Neukonfiguration in wechselnden multi-lokalen Netzwerken. Verbunden sind diese Neukonfigurationen mit einer (z.T. nur propagierten, z.T. aber auch tatsächlich realisierten) Reduzierung von Hierarchieebenen, zunehmender Eigenverantwortung der abhängig Beschäftigten („indirekte Steuerung“) und dem Eindringen von Marktbeziehungen „in die Poren des Produktionsprozesses“.⁵

Bei aller keinesfalls zu bestreitenden Notwendigkeit der Orientierung auf betriebliche Kämpfe, Tarifaueinandersetzungen und Gewerkschaftsdiskussionen bleibt festzuhalten, dass eine einseitige gewerkschaftliche Orientierung in einem sich selbst bescheidenden Traditionalismus verharrt. Schon an der zitierten Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften zeigt sich, dass diese sich auf dem Feld der Interessenvertretung der arbeitenden Klassen und ihrer Milieus in einer vergleichbaren strategischen Defensive befinden wie die SPD im politischen Raum.

Den Hegemonieverfall des Sozialstaats bei jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern konzidierend mahnt Rossmann selbst eine „Repolitisierung mit grundlegender Aufklärung und Wertorientierung“⁶ an. Dabei könnte die Strategiedebatte der SPD nicht nur alte Äcker neu umpflügen, sondern neue Felder bestellen.

Geht man von dem bereits angesprochenen epochalen Wechsel zum postindustriellen Kapitalismus aus und bezieht gleich-

⁵ Pfitzner, Bernhard 2013: Überlegungen zu einer linken Avantgarde-Theorie auf der Höhe der heutigen Zeit. Schulungspapier, präsentiert bei ver.di Hannover, Feb. bis Okt. 2014

⁶ a.a.O., S.13

zeitig die tektonischen Verschiebungen in der globalen Weltwirtschaft ein, ergeben sich meines Erachtens für die politische Interessenvertretung der arbeitenden Klassen und ihrer Milieus zwei vorläufige Schlussfolgerungen: Die Handlungsebene einer an Gerechtigkeit orientierten und auf Gleichheit zielenden sozioökonomischen Politik kann nur die europäische sein. Als strategischer Ausgangspunkt der politischen Strategie unter Berücksichtigung verschiedener Interessenlagen der arbeitenden Klassen, zur habituellen Anknüpfung an verschiedene Milieus und zum Anschluss an verschiedene Diskurswelten taugt nach meinem Dafürhalten der zugegebenermaßen sperrig wirkende soziologische Begriff der Inklusion.

Überwindung der Passivität auf dem Feld Europa

„Dass ich euch immer einerlei schreibe, verdrießt mich nicht und *macht euch* desto gewisser.“ (Paulus, Philipper-Brief 3:1)⁷

Zugespitzt formuliert bleibt die europäische Handlungsebene trotz aller nationalen Widersprüche und regionalen Gestaltungsmöglichkeiten für linke Politik zentral.

Euroskepsis und antieuropäische Aversionen bis hinein in die Basis von SPD und Gewerkschaften sowie die europapolitische Passivität aktiver SozialdemokratInnen bedingen sich gegenseitig. Dazu sei mit Robert Menasse angemerkt: „Besteht die Krise der EU nicht darin, dass die Vertreter nationaler Interessen ‚legitimiert‘ eine gesamteuropäische Politik regelmäßig blockieren, wodurch eine ‚sovereäne‘ nationale Lösung eines Problems zwar nicht mehr, eine solidarische supranationale Lösung aber auch nicht zustande kommen kann?“⁸

7 Brief des Paulus an die Philipper, Abschnitt 3, Satz 1, in: Volksbibel, Ausgabe 1972 der Deutschen Bibelgesellschaft Stuttgart, Neues Testament, S. 245
8 Menasse, Robert 2012: Der europäische Landbote, Wien, Paul Zsolnay Verlag, S. 33f

Diesen gordischen Knoten zu durchschlagen wäre für eine falsche Bescheidenheit ablegende sozialdemokratische Linke die Königsdisziplin auf dem Feld hegemonialer Auseinandersetzung. Lediglich soziale Schließung angesichts der durch eine verfehlte Krisenpolitik verschärften Angst vor Privilegienverlust festzustellen, wie Ernst-Dieter Rossmann das tut, hilft nicht weiter.

Es sei Rossmann mit Rossmann widersprochen, der einige Hefte vorher in dieser Zeitschrift formulierte: „Was der Marshall-Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg ideell wie materiell war, könnte ein Revival in Form eines Delors-Plans 2.0 für Wissenschaft und Forschung in Süd- und Südosteuropa in der europäischen Gegenwart sein, (...)“⁹ Überflüssig zu erwähnen, dass die Gewerkschaften ihr europäisches Investitionsprogramm zur sozioökonomischen Restrukturierung der südeuropäischen Länder umgangssprachlich Marshall-Plan genannt haben.

Diese Diskussion zu verstärken und dabei aufklärerisch zu wirken – wie Robert Menasse es beispielhaft tut¹⁰ – zählte unter den nicht wenigen Aufgaben einer linken Strategiedebatte zu den vornehmeren.

Catch all: Für eine linke populäre Politik

Eine strategisch renovierte sozialdemokratische Linke steht vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen ist sie gefordert, die hegemoniale Auseinandersetzung mit konkurrierenden Strömungen aufzunehmen, und zum anderen muss sie für die Gruppen, die gesellschaftlich vernachlässigt

9 Rossmann, Ernst-Dieter 2014a: Von Lissabon bis nach Athen – ein Marshall-Plan 2.0 für Wissenschaft und Forschung, in: spw 201, 2-2014, S. 11

10 „Wuchernde Bürokratie? Nur drei europäische Institutionen wachsen absolut: das Parlament, der Gerichtshof und der Rechnungshof. Das heißt: es wachsen Demokratie, Rechtssicherheit und Budgetkontrolle. Alle anderen Institutionen sind, was die Zahl der Beamten betrifft, numerisch stabil und schlank.“

gte Interessen thematisieren, wieder bündnisfähig werden.

Dazu sei an Antonio Gramsci erinnert, für den Hegemonie bedeutete: „... dass die herrschende Gruppe sich auf konkrete Weise mit den allgemeinen Interessen der untergeordneten Gruppen abstimmen wird und das Staatsleben als ein andauerndes Formieren und Überwinden von instabilen Gleichgewichten zu fassen ist [...], von Gleichgewichten, in denen die Interessen der herrschenden Gruppen überwiegen, aber nur bis zu einem gewissen Punkt“.¹¹

Ausgangspunkt eines progressiven politischen Anspruchs ist es, in der Arena der Wirtschaftspolitik wie in anderen Diskurswelten die instabilen Gleichgewichte zugunsten von Alternativen zu verschieben. Hierbei sollte bedacht bleiben, dass „die Vorherrschaft einer sozialen Gruppe“ sich „auf zwei Arten“ zeigt, nämlich „als Beherrschung und als intellektuelle sowie moralische Führung. Eine soziale Gruppe ist dominant, wenn sie die gegnerischen Gruppen unterwirft und die verbündeten Gruppen anführt.“¹²

Nach dem „Jahrhundert der Extreme“ und vor der Überwindung neoliberaler Ideologie muss „Unterwerfung“ hier nicht nur als physisches Gewaltverhältnis identifiziert werden. Vielmehr lässt sich mit Pierre Bourdieu feststellen: „Die politische Unterwerfung ist in die Haltung, die Falten des Körpers und die Automatismen des Gehirns eingegraben. (...) Die Macht der Worte wirkt nur auf diejenigen, die disponiert sind, sie zu verstehen und auf sie zu hören, kurz ihnen Glauben zu schenken.“¹³ Ziel einer hegemonialen Auseinandersetzung wäre also, den Individuen wie

ihren Organisationen, letztlich sozialen Gruppen alternative Dispositionen anzubieten.

Für eine politische Bündnisstrategie taugt meines Erachtens nach wie vor der bereits erwähnte Inklusionsbegriff. Sollen Menschen ermächtigt werden, politisch auseinandersetzungsfähig zu sein, geht es um die Überwindung von mehr und größeren Barrieren, als sie für Menschen, mit welchem Handicap auch immer, im Einzelnen existieren. Die sozialpolitisch fortschrittlichen Forderungen des letzten SPD-Wahlprogramms hatten vor dem Hintergrund einer nicht aufgenommenen Hegemonialauseinandersetzung und einer im obigen Sinne nicht vollzogenen Inklusion das Problem, bei den von ihnen Profitierenden gar nicht anzukommen. Anders ausgedrückt: Ohne den Kampf um die Köpfe, der den realen Bezug auf die Marginalisierten einschließt, bleibt Inklusion ein Begriff soziologischer Technik.

Bei allem Bestreben um Modernisierung der Diskurs- und Kampagnenfähigkeit der Partei bleibt vorläufig anzunehmen, dass eine gesellschaftliche Öffnung der politischen Auseinandersetzung für alternative Diskurswelten nicht durch die sozialdemokratische Linke, ja nicht einmal durch die SPD als ganzer allein geleistet werden kann. So verstanden hätte eine neue gewerkschaftliche Orientierung selbstverständlich ihre Bedeutung. Gleichzeitig kann dies nur erfolgreich sein, wenn Politisierungsschübe aus der Bevölkerung bewusst aufgenommen werden, punktuelle Proteste einbezogen sind und andere Parteien in einem Verhältnis der produktiven Konkurrenz im Sinne aktiver linker Toleranz ertragen werden.

Es bliebe zu wünschen, dass Politikerinnen wie Susanne Hennig-Wellsow auch außerhalb von Thüringen Gehör fänden, wenn diese formuliert: „Natürlich gibt es politische Unterschiede – in landespolitischen Detailfragen, in der politischen Kultur der Parteien, in

11 Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, 10 Bände. Argument-Verlag, Hamburg 2012, hier: Band 7, S. 1584

12 a.a.O.

13 Bourdieu, Pierre 1992: Die verborgenen Mechanismen der Macht enthüllen, in: ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht enthüllen. Schriften zu Politik und Kultur 1, herausgegeben von Margareta Steinrücke, S. 82

Fragen der Bundespolitik und in langfristigen gesellschaftlichen Vorstellungen. Gäbe es sie nicht, wären wir in derselben Organisation. Klar ist aber auch: Die programmatischen Differenzen zwischen SPD und CDU sind erheblich größer. Für eine linke Regierung auf Landesebene, die nun in Thüringen möglich geworden ist, sollte jedoch gelten: Zuerst einmal das gemeinsam Mögliche realisieren und parallel dazu politische Differenzen abseits der Hektik der Tagespolitik klären. Hier gilt es für alle Partner, die unterschiedliche politische Kultur und Geschichte der Parteien zu akzeptieren und ein Mindestmaß an Vertrauen unter den Partnern und das Verständnis für Differenz aufzubringen.“

Aktive linke Toleranz meint nicht die Einebnung von Unterschieden aus bloß taktischen Gründen, sondern zum einen die Offenheit für gänzlich ungelöste Zukunftsfragen und zum anderen die bewusste Akzeptanz von Unterschieden bei gleichzeitig tätiger Herausbildung von politisch-inhaltlichen Minimumkonsensen.

Eine fortgesetzte Strategiedebatte setzt in der SPD eine doppelte Haltungsveränderung voraus: die Überwindung von Larmoyanz in der Auseinandersetzung um Begriffsprägung mit hegemonialer Bedeutung ebenso wie das hinter-sich-lassen der Indolenz gegenüber tagesaktuellen Problemen mit politischer Sprengkraft. ■

☞ Bertram Sauer, Jahrg. 1961, Studium der Sonderpädagogik und Politikwissenschaft bis 1989 an der Universität Hamburg, ist Förderschullehrer an der Franz-Mersi-Schule der Region Hannover.

Geschichte als Politikum



Geschichte als Politikum

Öffentliche und private Kontroversen um die Deutung der DDR-Vergangenheit

Von Pamela Heß

2014, 305 S., brosch., 59,- €

ISBN 978-3-8487-1671-5

www.nomos-shop.de/23364

Zwar ist unumstritten, dass Geschichte politische Bedeutung hat, dennoch gibt es hierzu kaum politikwissenschaftliche Arbeiten. Das Buch setzt an dieser Lücke an und offenbart, dass vor allem der Generationenwechsel die politische Legitimierungs- und Stabilisierungsfunktion von Geschichte begünstigt. Als Beispiel dient die Deutung der DDR.

Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de



Nomos

SPD-Linke: Politik und Strategie

Einleitung zum Schwerpunkt

von Björn Böhning, Kai Burmeister und Stefan Stache

Foto: © GaToR-GFX - Fotolia.com



Was ist bloß los in der SPD-Linke? Die mediale Berichterstattung über die SPD-Linke war zuletzt geprägt von internen Konflikten, Richtungsstreitigkeiten, Meldungen über Befindlichkeiten und dem Versuch der organisatorischen Neuaufstellung (Magdeburger Plattform).

In den Zeitungen ist der Eindruck entstanden, es streiten alte und neue SPD-Linke vor allem über sich selbst. Doch worin liegt eigentlich der Kern der Kontroverse? Stehen auf der einen Seite die, die gestalten und auf der anderen Seite die, denen papierne Beschlüsse genug sind? Wie groß (oder klein) und wie stark (oder schwach) ist die Linke in der SPD in diesen Zeiten? Was ist die Funktion von Partei-Flügeln im Allgemeinen und der SPD-Linken im Besonderen?

Wir möchten der öffentlich aufgeflamten Diskussion mit all ihren Aufregungen einen

Raum geben. Wir wollen Orientierungspunkte für eine solidarische und produktive Diskussionen der SPD-Linken aufzeigen. Dem Schwerpunkttitel haben wir die Begriffe „Politik und Strategie“ hinzugefügt. Es ist eine politische Binse, aber wir sind der grundsätzlichen Überzeugung, dass die SPD-Linke politischen Inhalt und deren Durchsetzung produktiv miteinander verbinden muss.

Der Schwerpunkt der spw soll nicht der reinen Selbstbeschäftigung dienen, auch wenn diese Gefahr natürlich besteht. Vielmehr wollen wir mit den Beiträgen die Chance nutzen, um über die Rolle der SPD-Linken in Zeiten der großen Koalition und ihre gesellschaftspolitische Reformstrategie zu diskutieren. Dabei wollen wir nicht in das Wünschbare flüchten, sondern Veränderungen von sozialen Strukturen, die ökonomische Entwicklung sowie die veränderte Parteienlandschaft in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Zur heutigen Lage: Es kann nicht überraschen, dass es nach den programmatischen Erfolgen heute zu Auseinandersetzungen über die weitere Strategie in Zeiten der großen Koalition und darüber hinaus kommt.

Nach wie vor hat die SPD und damit auch deren linker Parteiflügel mit der Last umzugehen, dass verloren gegangenes Vertrauen in vielen Milieus nicht kurzfristig wiederhergestellt werden kann. Die SPD-Linke hat eine zentrale Verantwortung für den Wiederaufbau von Vertrauen für die SPD als Ganzes.

Dieses neu zu erlangende Vertrauen ist gleichzeitig die zentrale Voraussetzung, um Mehrheiten für eine sozial-ökologische Reformpolitik zu gewinnen und wirkungsmächtig zu werden. Richtungsweisend wird dabei beispielsweise sein, ob der gesetzliche Mindestlohn und die teilweise Abkehr von der Erhöhung des Rentenzugangsalters Eintagsfliegen oder aber der Beginn einer neuen politischen Richtung im Sinne einer linken Mehrheit sein werden. Diese Auseinandersetzung könnte sich beispielsweise daran entscheiden, ob die Re-Regulierung von Leiharbeit im nächsten Jahr gelingt bzw. inwieweit die Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner gesucht und auf gesellschaftliche Resonanz stoßen wird.

Dies wäre eine Alternative zu der teilweise in der Partei zu vernehmenden Debatte, wonach „soziale Wohltaten“ keine Wahlerfolgebringen, weshalb jetzt die SPD einen diffusen „wirtschaftsfreundlichen Kurs“ einschlagen sollte. Die Parteilinke steht in der großen Koalition zweifellos in einem besonderen Spannungsverhältnis zwischen der Formulierung weitgehender Perspektiven und der Unterstützung des sozialdemokratischen Regierungshandelns. Da die Akteure der SPD-Linken verschiedene Stellungen und Funktionen bekleiden, sind unterschiedliche Sichtweisen Ausdruck von Normalität und nicht ein Problem.

Die Geschichte zeigt, dass die Rolle der Parteilinken sich nicht in der Loyalität zur Regierung erschöpfen kann. Die Geschichte und Geschichtchen über den Frankfurter Kreis und den Leverkusener Kreis – dem Vorläufer der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagfraktion – speisen sich genau aus diesem Spannungsverhältnis: die SPD-Linke kann, neben der kritischen Unterstützung der Regierungsarbeit, Positionen besetzen, die aus einem Regierungsamt heraus schwer eingenommen werden können und so das Diskursfeld auch für die Regierung nach links öffnen.

spw hat in den letzten Jahrzehnten dabei immer eine spezifische Stellung eingenommen und versucht dies als Teil der Linken in der SPD auch heute. spw analysiert die Veränderungen im modernen Kapitalismus und zieht daraus Konsequenzen für die reformpolitische Praxis. spw ist auf der Suche nach modernen Formen sozialistischer Politiken und sozialistischen Wirtschaftens, versucht dabei Korridore für mittelfristige Reformpolitik auszuleuchten und die Vernetzung im linken Lager zu befördern. Diese Aufgabe ist wichtig, ist aber eben nur ein Teil der SPD-Linken.

Die SPD-Linke hat in ihrer Gesamtheit sich nie nur als verantwortungs- oder gesinnungsethisch oder nur als normativ oder materialistisch verstanden. Die SPD-Linke wollte nie Regieren um des Regierens willens, sondern wollte in Wort und Tat gesellschaftsverändernd wirken, um mehr Gleichheit und Solidarität in Freiheit zu erkämpfen. Die SPD-Linke hat in ihrer gesamten Geschichte die Widersprüche als gesellschaftliche Komplexität verstanden, die nicht einfach aufgelöst werden kann, sondern der immer mit einer kapitalismuskritischen und gesellschaftsverändernden Grundüberzeugung begegnet werden muss: in der Regel mit der Vorstellung, dass nur mit und nicht gegen die SPD radikalreformerische Politik durchsetzbar ist. Dies war im Übrigen auch zu den Zeiten von Paul Levi nicht anders, wie der Schwerpunkt 1/2013 „Brüche und Kon-

tinuitäten – 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken“ eindrucksvoll bestätigen konnte.

In der jüngeren Vergangenheit hat die SPD-Linke zwei entscheidende, fundamentale Häutungen erlebt. Zu Zeiten der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder erlebte sie eine lange Zeit der innerparteilichen Diaspora – sowohl machtstrategisch, als auch inhaltlich. Nicht von ungefähr fielen in diese Zeit der Verlust zehntausender Mitglieder, das Ende der privilegierten Partnerschaft zwischen SPD und Gewerkschaften und das Erstarken einer linken Parteiformation jenseits der SPD. Nach dem Machtverlust 2005 und noch verstärkt ab 2009 wurde die SPD-Linke plötzlich zu einem inhaltlich-strategischen Kern der Sozialdemokratie, auf deren Ideen und Wertevorstellungen sich nicht nur das Hamburger Programm positiv bezog, sondern auch Wahl- und Regierungsprogramme in Bund und Ländern. Diese zweite jüngere Häutung der SPD-Linken führte zu einem Spagat zwischen innerparteilicher Opposition und dem Anspruch auf Führung.

Heute – erneut unter veränderten innerparteilichen, aber auch gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen steht die SPD-Linke damit vor einem Wandel. Muss sich, wer führen will, auch anpassen? Wo bleibt aber dann die Kritikfähigkeit? Will, wer grundsätzlich überlegt, nur opponieren oder entsteht nicht erst aus der Kritik das Potential zu Veränderung? Nicht zuletzt mit dem Austritt vieler Genossinnen und Genossen aus dem Forum DL 21 und der Gründung der neuen Magdeburger Plattform ist die Strategiedebatte innerhalb der SPD-Linken in vollem Gange.

Bei aller Offenheit in der Debatte muss die Aufgabe der Zusammenführung geleistet werden. Mit dem vorgelegten Heftschwerpunkt will spw aus unterschiedlichen Blickwinkeln heraus die Debatte begleiten und wo möglich befruchten, immer aber auch rationalisieren.

Unser Magazin wirbt mit dem Slogan „...wissen, was die SPD-Linke diskutiert“. Wir sind der Meinung, obwohl wir uns auf dem Weg befinden und nicht angekommen sind, sowohl ein realistisches Bild der SPD-Linken zu zeichnen, als auch eine gute Werbung für die SPD-Linke abzugeben.

Die Stärke der SPD-Linken ist und bleibt ihre programmliche Ausrichtung und ihr gesamtgesellschaftlich-reformerischer Ansatz. Dieser hat sich stets abgehoben von rein instrumenteller Forderungsapologetik oder sozialdemokratischem Attentismus oder schlimmer Opportunismus. Die SPD-Linke der Zukunft muss weiterhin gesellschaftliche Alternativen aufzeigen, ohne bei einzelnen plakativen Forderungen stehen zu bleiben – oder gar die Frage nach der Zugehörigkeit zur Linken an einzelnen Instrumenten abzuleiten. In Zeiten, wo sich in Wissenschaft, Wirtschaft und auch Gesellschaft die Erkenntnis durchsetzt, dass gesellschaftliche Ungleichheiten ökonomische Krisen auslösen – die wiederum Armut und Ausgrenzung befördern – muss auch die SPD-Linke mithelfen, eine andere Logik von Wirtschaften und Arbeiten durchzusetzen.

Zu den Beiträgen im Heft:

Gerd Mielke rückt die Enttäuschung der ehemaligen SPD-Wähler in den Mittelpunkt. Die Agenda 2010 habe den bisher bekannten wohlfahrtsstaatlichen Deutungsrahmen der Sozialdemokratie verlassen. Dieser Bruch wirke in den Wahrnehmungen linker Wähler bis heute nach. Aktuelle Erfolge der SPD in der großen Koalition würden vor diesem Hintergrund des neoliberalen Deutungsrahmens der 2000er Jahre interpretiert. Dadurch bleibe die höhere Zustimmung zur SPD im Bund aus.

Max Reinhardt analysiert historisch und parteiensoziologisch, wie es gelang, eine SPD-Linke im Frankfurter Kreis, im Leverkusener Kreis und im SPD-Bezirk Hannover zu koordinieren und mit innerparteilichen und zivilge-

sellschaftlichen Bündnispartnern Mehrheiten in der SPD und mit der SPD zu gewinnen. Die Beispiele zeigen auch, dass es die sich von ihrer Partei emanzipierenden Jungsozialisten – viele waren moderne emanzipierte ArbeitnehmerInnen – waren, die sich in der SPD-Linken engagierten und ihre demokratischen und sozialen Teilhabeansprüche erkämpften. Sowohl die SPD-Linke als auch die SPD waren immer dann erfolgreich, wenn die Modernisierung von Einstellungen mit der Modernisierung von Teilhabemöglichkeiten in der Partei synchron verlief.

Matthias Micus und *Clemens Wirries* skizzieren in ihrem Debattenbeitrag beispielhaft die Strukturen und Entwicklungslinien einiger linkssozialdemokratischer Strömungen in Europa. Darüber hinaus stellen sie einige (progressive) Think Tanks vor und analysieren deren unterschiedlichen Einfluss auf die Politik sozialdemokratischer Parteien in Europa. Parteien, die den Anspruch verfolgten, Bewegung zu sein, bräuchten Parteiflügel, die an der Basis der Gesellschaft verankert seien und auch zeitaufwendige Diskussionen führten.

Tom Strohschneider stellt die Flügellandschaft bei den Grünen und der Linkspartei dar und sieht die Rolle von Strömungen nicht in der Funktion der Ämterverteilung als vielmehr als Anschlussstellen in die Gesellschaft. Er schreibt Strömungsorganisationen eine Zukunft „als Mischung aus debattenfrohem Think Tank und bewegungsähnlichen Basisnetzwerk“ zu.

Katrin Budde hebt aus Sicht der SPD Sachsen-Anhalt die strategische Bedeutung einer sozialdemokratischen Politik des sozialen Aufstiegs hervor.

Regionale Beispiele für eine engagierte und glaubwürdige SPD-Linke zeigen *Michael Clivot* für das Saarland und eine *Autorengruppe* (*Andreas Bach, Marco Bülow, Lisa Nettlebusch, Jens Peick*) für Dortmund auf.

Charlotte Rosa Dick und *Moritz Deutschmann* stellen sich die Frage, wie in Zeiten der großen Koalition ein „linker Gesellschaftsentwurf“ aussehen kann und was „gutes, linkes Leben“ ist.

Oliver Kaczmarek stellt die Einrichtung eines starken linken Zentrums in den Mittelpunkt, das nicht nur einzelne Beschlüsse und Forderungen vertritt, sondern erkennbare Erfolge für die Wählerklientel erzielt.

Hilde Mattheis zeigt, dass die Rückgewinnung von politischem Vertrauen ein langfristiger Prozess ist und vor allem die SPD-Linke eine moderne solidarische Gesellschaft basisdemokratisch glaubwürdig vertreten kann.

Thilo Scholle verweist auf die Unzulänglichkeiten im politischen Gebrauch des Strategiebegriffs und fordert dessen Anschlussfähigkeit an die Alltagskulturen und den Alltagsachverstand der Menschen.

Carsten Sieling beschreibt eine „progressive Agenda“ als „Politik gegen Ungleichheit“ und sieht „die SPD als Partei des sozialen Aufstiegs“, die Politik für eine „linke Mitte“ mache.

Sascha Vogt betont die Notwendigkeit von an sozialdemokratischen Grundwerten orientierten Strategien zur Revitalisierung der politischen Beteiligung der „offenbar von der Demokratie derzeit in weiten Teilen entkoppelten Milieus“.

Buchbesprechungen von *Thilo Scholle* (Michael Brie: *Futuring*) und *Ole Erdmann* (Benjamin Mikfeld/Denkwerk *Demokratie: Sprache. Macht. Denken*) runden den Schwerpunkt ab. ■

☞ Björn Böhning (35) lebt in Berlin und ist dort Chef der Senatskanzlei. Er ist Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär in Stuttgart und Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

Politik im neuen Rahmen?

Anmerkungen zur gegenwärtigen Lage der SPD.

von Gerd Mielke



Foto: © suze/photocase.de

Erstens

Auch rund ein Jahr nach der Aufnahme der Amtsgeschäfte der großen Koalition aus CDU, CSU und SPD unter der Führung von Angela Merkel, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel hat sich noch keine strategische Ausrichtung der Sozialdemokratie über die Fortführung des gegenwärtigen Bündnisses hinaus abgezeichnet. Nach den zwei ratlosen Bundestagswahlkämpfen 2009 und 2013 vermitteln auch derzeit die Befunde zum Stand des Parteienwettbewerbs keine Mehrheitsperspektiven für die SPD. Die Lage erscheint unübersichtlich und widersprüchlich.

In den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl waren die Sozialdemokraten erfolgreich. Sowohl in programmatischer Sicht als auch bei der Vergabe der Ressorts konnten

sie durch Geschick und Geschlossenheit, vor allem jedoch durch das Druckmittel des Mitgliederentscheids über den Koalitionsvertrag, der Union einiges abringen, nicht zuletzt den mittlerweile auch schon gewissermaßen als Trumpfas ausgespielten Mindestlohn. Auf der politischen Bühne in Berlin und in der medialen Resonanz machen die sozialdemokratischen Protagonisten im Kabinett eine gute Figur. Vor allem Sigmar Gabriel und Andrea Nahles haben sich im ersten Amtsjahr deutlich profiliert. Außenminister Frank-Walter Steinmeier ist in den verworrenen außenpolitischen Verhältnissen drauf und dran, die legendäre Allgegenwart Hans-Dietrich Genschers zu übertreffen. Dieser starken Präsenz der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder stehen – sieht man von der zumeist präsidentenentrückten Bundeskanzlerin ab – auf christdemokratischer Seite lediglich Ursula von der Leyen mit

ihrer Neigung zur fotogenen Betriebsamkeit und Wolfgang Schäuble mit seiner Schwarzen Null gegenüber.

Freilich: Die sozialdemokratische Regierungsergebnisse auf der Bundesebene findet bislang keinen nennenswerten Niederschlag bei den Wählerinnen und Wählern. Alle Umfragen des vergangenen Jahres vermitteln für die SPD denselben tristen Befund: Die Partei verharrt bei der Sonntagsfrage in einem schmalen Korridor um etwa 25 Prozent. Damit liegt sie dicht bei ihrem Bundestagswahlergebnis von 25,7 Prozent, welches wiederum nur unwesentlich über dem katastrophalen Resultat von 2009 mit 23,0 Prozent lag und das zweitschlechteste Wahlergebnis der SPD in der Geschichte der Bundesrepublik ist. Das hartnäckige Tief in den Umfragen während des zurückliegenden Jahres schließt zudem an die längerfristigen Trends der Umfrage- und Wahlergebnisse auf der Bundesebene an. Fast immer erlangte die Union höhere Werte als die SPD. Zumeist und vor allem im letzten Jahr, und mit der Ausnahme des zwischenzeitlichen Höhenflugs der Grünen im Fukushima-Jahr verfehlten die kumulierten Ergebnisse von Rot-Grün auch immer deutlich die hypothetischen Umfragemehrheiten wie auch die letzten beiden Bundestagsmehrheiten.

Dem Bild einer langfristigen Stagnation der SPD auf der Bundesebene steht in den vergangenen Jahren eine Serie von sozialdemokratischen Erfolgen und Regierungsbeteiligungen auf der Länderebene gegenüber. Die Vormachtstellung der Union aus den Anfangsjahren des neuen Jahrtausends hat sich ins Gegenteil verkehrt. Sie besetzt nur noch in Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und im Saarland das Amt des Ministerpräsidenten. Hier finden sich rein rechnerisch in immerhin drei Ländern – nämlich im Saarland, in Hessen und Sachsen-Anhalt – Mehrheiten für Linksbündnisse. Nur noch Bayern und Hessen werden von der Union ohne tätige Mithilfe der SPD regiert. Demgegenüber stellen die So-

zialdemokraten mittlerweile in neun Ländern die Ministerpräsidentinnen bzw. Ministerpräsidenten. In zweien stützen sie zudem jeweils Ministerpräsidenten aus dem linken Lager, seit 2011 den Grünen Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg und seit kurzem den Linken Bodo Ramelow in der hitzig diskutierten rot-rot-grünen Koalition in Thüringen.

Aber auch diese Dominanz der SPD auf der Länderebene lässt nicht den Schluss auf einen strategischen Vormarsch der Sozialdemokraten zu. Weder wurde in den Landtagswahlen der letzten Jahre eine systematisch ins Spiel gebrachte, übergeordnete politisch-ideologische Ausrichtung der SPD erkennbar noch kann man aus den vielen Regierungsbeteiligungen folgern, die Sozialdemokratie bewege sich auf einer unspezifischen Popularitätswelle und hätte eben „einen Lauf“, wie es so schön bei siegreichen Fußballmannschaften heißt. Beindruckenden Wahlsiegen der SPD in Hamburg, Nordrhein-Westfalen oder Brandenburg stehen starke Verluste wie in Rheinland-Pfalz oder fortwährendes Siechtum wie in Baden-Württemberg, Thüringen oder Sachsen gegenüber. Auch den Koalitionskonstellationen auf Länderebene liegt kein erkennbares politisches Kalkül zugrunde, das sich über die unmittelbaren jeweiligen Landesbezüge hinaus auf eine verallgemeinerbare Zuspitzung oder Marschrichtung der Partei verdichten ließe, wie das bei der SPD seinerzeit in der Sequenz erfolgreicher Landtagswahlen am Ende der Ära Kohl vor der dann so siegreichen Bundestagswahl 1998 der Fall war.

Schließlich hat auch die SPD selbst bislang keine strategischen Interpretationen ihrer Lage angeboten, aus denen sich eine zukünftige Marschrichtung herauslesen ließe. Zwar hat der Vorsitzende Sigmar Gabriel noch unter dem Schock des miserablen Bundestagswahlergebnisses die Option eines rot-rot-grünen Bündnisses nicht mehr kategorisch ausgeschlossen, aber wie sich seither zeigt, folgt diese Konzession der brüchigen Logik der früher so beliebten

Radio-Eriwan-Witze. Gefragt, ob denn eine derartig erweiterte Koalition denkbar sei, lautet die Antwort der SPD-Spitze nun: „Im Prinzip ja“. Allerdings wurde im weiteren Verlauf der Legislaturperiode kaum eine Gelegenheit ausgelassen, diese Option zu relativieren und mit hohen Hürden zu umstellen. Zuletzt erst unterstrich der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Thomas Oppermann noch am Tage des Amtsantritts der rot-rot-grünen Koalition in Thüringen, eine Koalition mit der Linken sei auf der Bundesebene in diesen außenpolitisch so angespannten Umständen auf keinen Fall denkbar. Ähnliche Ambivalenzen finden sich auch hinsichtlich der inhaltlichen Schwerpunkte. Immer wenn sich in der Partei erste Zweifel am politischen Kurs artikulieren, werden sie mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit gekontert, die SPD müsse sich stärker auf die Mitte ausrichten und diese Ausrichtung auf die Mitte erfordere einen wirtschaftsfreundlicheren Kurs.

Wie lassen sich diese eigenartigen Befunde interpretieren: die medial durchaus gelobte Regierungsarbeit in der großen Koalition, das dennoch dauerhafte Umfragetief auf Bundesebene; die Regierungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der SPD auf Länderebene, die bis jetzt jedoch ebenfalls keine breite, wenigstens landespolitische Aufbruchstimmung erzeugen konnten? Oder anders gefragt: Warum erzeugt sozialdemokratisches Regieren so wenig Zustimmung in der Wählerschaft?

Zweitens

Versuchen wir eine Antwort mit dieser These: Der Schlüssel zum Verständnis dieser eigenartigen Inkompatibilität von sozialdemokratischen Politikangeboten und einer nur zögerlichen Wählernachfrage liegt darin, dass viele Vorstöße der SPD einen Teil ihrer Wirkung verfehlen, weil sie sich nicht glaubhaft in einen politischen Deutungsrahmen einfügen lassen oder – umgekehrt – weil der von den Sozialdemokraten während des letzten Jahrzehnts entwickelte neue Deutungsrahmen von vorn-

herein Misstrauen gegen zahlreiche politische Initiativen der SPD erzeugt hat.

Der hierbei verwendete Begriff des Deutungsrahmens spielt auf ein theoretisches Konzept der Kommunikationswissenschaften an, das sich auch für die Analyse von Parteien in der modernen Mediendemokratie anbietet. Die Rede ist vom so genannten „framing“, also der Einrahmung und Einbettung einzelner politischer Botschaften und Vorkommnisse, aber auch bestimmter Akteure in ein umfassendes Bedeutungsumfeld. So galt etwa die Berufung von Gewerkschaftern in sozialdemokratische Schattenkabinette lange Zeit nicht nur als Zeichen der engen Zusammenarbeit zwischen der SPD und den Gewerkschaften. Sie entsprach zugleich durch den historisch gewachsenen Deutungsrahmen einer am Arbeitnehmerwohl ausgerichteten sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatspolitik den Erwartungen der Anhänger und aktualisierte als kommunikatives Symbol die Gewissheit, die SPD würde diesen Kurs auch weiterhin fortsetzen.

Im Sinne dieser Deutungsrahmen operieren die Parteien auf zahlreichen Politikfeldern in einem System von recht stabilen Basisvorstellungen in der Wählerschaft. Diese Vorstellungen prägen ihrerseits wiederum die Images von Parteien und ihren Repräsentanten, aber sie können auch mehr oder minder eindeutige Identifikationen beeinflussen und politische Erwartungshaltungen in der Anhängerschaft hervorbringen. Auch für die Parteien gilt also die alte Weisheit: Man fängt nie wirklich neu an, wie es manche ökonomischen Modelle des politischen Wettbewerbs suggerieren; stets trägt man historische Lasten mit sich herum.

Vor dieser knappen theoretischen Skizze spricht einiges dafür, dass auch mehr als ein Jahrzehnt nach dem großen Schwenk der SPD zur Agenda-Politik unter Gerhard Schröder und Franz Müntefering der tiefe Einschnitt wirksam bleibt, den der damalige Kurswechsel für die Partei, ihre Führungsgruppen, die Mitglieder

und für die Möglichkeiten einer sozialdemokratischen Politikformulierung, aber eben auch für das Verhältnis vieler, wenn nicht gar aller Wählergruppen zur SPD hatte. Sinnigerweise wurde diese Zäsur ausgerechnet im Bundestagswahljahr 2013 durch zwei Jubiläen, das 150jährige Bestehen der SPD und den zehnten Jahrestag der Agenda 2010, ins Bewusstsein gerückt. Zwar bemühte sich die Parteiführung in der Schlussphase des Bundestagswahlkampfes, den Traditionsbruch durch die Agenda 2010 zu überdecken und Hartz IV als Fortsetzung des historisch gewachsenen sozialdemokratischen Politikverständnisses zu interpretieren, aber der veränderte Politikansatz war mit bloßem Auge zu erkennen. Um bei der hier vorgeschlagenen Begrifflichkeit zu bleiben: Die Agenda-Politik unter Schröder und Müntefering hat im Sinne des kommunikativen „framing“ einen neuen Deutungsrahmen für sozialdemokratische Politik geschaffen bzw. sie hat den traditionellen Deutungsrahmen durch ihre neuen Akzente in wesentlichen Teilen für obsolet erklärt.

Wie sah der alte Deutungsrahmen aus? Über alle programmatischen Entwicklungsschübe hinweg folgte sozialdemokratische Gesellschaftspolitik 140 Jahre lang demselben Muster: Gesellschaftliche Probleme wurden durch den Einsatz öffentlicher Gelder und (quasi-)staatlicher Strukturen abgemildert oder gelöst. Diese einfache Formel ist selbstverständlich im Lauf der Geschichte einer fortschreitenden Modernisierung in vielfacher Weise differenziert und modifiziert worden. Neue Problemfelder wurden Zug um Zug der politische Regelung unterworfen, neue gesellschaftliche Akteure und Zielgruppen politischer Maßnahmen wurden in die gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Sozialdemokratie integriert, neue Formen und Strukturen der Zuwendung und Teilhabe konnten sich etablieren. Dabei wurde die SPD von zwei grundsätzlichen Überzeugungen geleitet. Die erste war die Einsicht, dass jeweils ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht in der Lage ist, sich in der freien Wildbahn moderner Gesellschaften zu behaupten und somit der

kollektiv-staatlichen Unterstützung bedarf. Die zweite Grundüberzeugung, eng mit der ersten verbunden, bestand in dem Ziel, durch politische Vorgaben einen wesentlichen Teil der menschlichen Existenz den Risiken der freien Wildbahn moderner Gesellschaften zu entziehen. Der dänische Wohlfahrtsstaatsforscher Esping-Andersen hat diesen Schutz vor Risiken im Zusammenhang mit der Debatte um den modernen Wohlfahrtsstaat „Dekommodifizierung“ genannt.

Für die deutschen Sozialdemokraten war dies eine Parteiphilosophie, die sich als tragfähiges Fundament für ihre Ausbreitung als Volkspartei nach dem Zweiten Weltkrieg weit über den eigentlichen Kern der Industriearbeiterschaft hinaus erweisen sollte und auch Brückenschläge in die Anhängerschaften der anderen Parteien möglich machte. Bis in die unmittelbare Gegenwart haben zahlreiche einschlägige Studien einen über alle sozialen Gruppen und über alle Generationen reichenden Konsens über dieses sozialdemokratische Grundmodell gesellschaftspolitischer Ordnung festgestellt, einen Konsens, der mit der deutschen Vereinigung nochmals eine Vertiefung und Verbreiterung erhielt. Allerdings beruhte die Fortschreibung dieses Konsenses auf der Bereitschaft und der Fähigkeit der Parteien, und hier wieder insbesondere der Sozialdemokraten, diesem, im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung tendenziell wachsenden Wohlfahrtsstaat auch entsprechende, tragfähige Haushaltsgrundlagen zu sichern.

Diese so bedeutsame Bereitschaft zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaats ist ab den späten siebziger Jahren in den allermeisten westlichen Demokratien unter dem polemischen Ansturm neoliberaler Strömungen zerbröselte. Die spezifisch sozialdemokratische Variante, diesen Konsens aufzukündigen, bediente sich der gesellschaftstheoretischen Konstruktion des so genannten „Dritten Weges“, wie ihn Autoren im Umfeld des englischen Soziologen Anthony Giddens entworfen hatten. Auf dem „Dritten

PapyRossa Verlag



Heinz-J. Bontrup
**Krisenkapitalismus
 und EU-Verfall**

Paperback
 978-3-89438-537-8
 231 Seiten | 15,90 Euro

Gestützt auf breites empirisches Material bestimmt Heinz-J. Bontrup Charakter und grundsätzliche Mechanismen der Wirtschaftskrise. Sein Fazit: Das Festhalten an den Glaubenssätzen des Neoliberalismus verschärft die Krise und befördert den Verfall der Europäischen Union.



Georg Fülberth
**G Strich –
 Kleine Geschichte
 des Kapitalismus**

Paperback
 978-3-89438-518-7
 347 Seiten | 16,90 Euro

Was ist das, wovon alle Reden: Kapitalismus? Der theoretischen Klärung folgt eine historische Darstellung. Sie umfasst auch die Gegenbewegungen und mündet in die Frage nach dem Ende dieser Produktions- und Lebensweise.

*»Eine gewaltige Wohltat«
 (Dietmar Dath, FAZ)*

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
 www.papyrossa.de

Weg“ verließen in zahlreichen europäischen Ländern „neue“ Sozialdemokraten wie New Labour unter Tony Blair und dann auch wenig später die deutsche SPD unter Gerhard Schröder die Sphäre traditioneller sozialdemokratischer gesellschaftspolitischer Ordnungsvorstellungen. Ein neuer Deutungsrahmen sozialdemokratischer Politik entstand.

Wie sieht nun der neue Deutungsrahmen aus? An die Stelle einer möglichst weitgehenden Dekommodifizierung und wohlfahrtsstaatlichen Absicherung, die ein Gegengewicht zur fortwährenden Dynamik und Expansion kapitalistischer Wirtschaftstätigkeit bilden sollte, trat die Übernahme einer Ordnungsvorstellung. Sie setzte unter dem euphemistischen Leitmotiv „fördern und fordern“ nunmehr den einzelnen Bürger in weitaus höherem Maße den Anpassungs- und Konkurrenzswängen der Marktgesellschaft und den damit verbundenen Risiken aus. Das alte Motto der europäischen Sozialdemokraten „politics against markets“, mit dem der Kapitalismus durch staatliche Interventionen gebändigt werden sollte, wurde durch den neuen Slogan „politics within markets“ ersetzt, der die Prärogative des Marktes betonte. Die jederzeit messbare und in Wahlen politisch einklagbare Zielgröße einer staatlich überwachten und geschützten Verteilungs- und Ergebnisgerechtigkeit wurde von der vagen, stets das individuelle oder Gruppenversagen insinuirenden, das eventuelle politische Versagen der Regierenden jedoch verschleiernenden Norm der Chancengerechtigkeit verdrängt.

Die beiden Festlegungen, die den grundlegenden Wandel der sozialdemokratischen Ordnungsvorstellungen in der Bundesrepublik symbolisieren und fortan auf fast alle Bestimmungsfaktoren des Wählerverhaltens im Blick auf die SPD ausstrahlen, sind die Agenda 2010 und die Schuldenbremse. Die Agenda 2010 mit der Hartz IV-Regelung als heiß umstrittenem Kern kann als Chiffre für den auf vielen Politikfeldern erkennbaren Versuch gelten, die

Lebens- und Arbeitsrisiken systematisch zu individualisieren. Die Schuldenbremse mit ihrer Verankerung in den Verfassungen ist bislang bei weitem nicht so kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert worden wie seinerzeit die Agenda 2010 und der Politikkomplex aus Regelungen zu vielen Bereichen der Daseinsfürsorge, der gemeinhin als Agendapolitik bezeichnet wird. Allerdings dürfte sich die Schuldenbremse schon bald für die SPD und ihre politischen Gestaltungstraditionen noch verheerender auswirken. Schon jetzt gehen aus den mit der Schuldenbremse verbundenen Haushaltszwängen dramatische Einschränkungen im öffentlichen Finanzgebaren hervor.

Betroffen sind dabei vor allem die Politikbereiche, in denen sich die SPD über lange Jahrzehnte hinweg ihren guten Ruf aufbauen konnte. Zum einen sind dies die infrastrukturellen Bedingungen auf allen Ebenen des politischen Systems, von der Bundesebene bis in den kommunalen Bereich hinein. Überall zeichnen sich schon jetzt Instandhaltungs- und Instandsetzungsnotwendigkeiten mit insgesamt gigantischem Finanzierungsvolumen ab. Deren Vernachlässigung wird nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Grundlagen in Mitleidenschaft ziehen, sondern wird darüber hinaus auch bald zu einer Verelendung des öffentlichen Raums in vielen Städten und Dörfern führen. Schon jetzt lassen sich erste Anzeichen dafür in den Großstädten des Ruhrgebietes oder in der Erosion von Strukturen der Jugend- und Sozialarbeit erkennen. Zum andern engen die Schuldenbremse und die mit ihr verknüpften Sparzwänge natürlich die Gestaltungsräume für eine ebenfalls dringend erforderliche Weiterentwicklung wohlfahrtsstaatlicher Systeme dramatisch ein. Wenn man hier an die notwendigen Vorkehrungen etwa im Bereich der Integration von Zuwanderern, an die schnell wachsenden Aufwendungen im Bereich der Pflege oder an die konsequente Umsetzung des Ganztagschulen-Ansatzes denkt, so ist derzeit nicht erkennbar, wie die zweite Stufe

der gesellschaftlichen Modernisierung im 21. Jahrhundert bewerkstelligt werden soll. Auch hier werden die sozialen Gruppen und Schichten besonders von den Sparzwängen betroffen sein, die traditionellerweise eine Neigung zu den Sozialdemokraten haben. Es hat schon etwas Absurdes an sich, dass in den USA die Zeit der Weltwirtschaftskrise mit ihren in Not geratenen neuen Einwandererströmen aus Italien, Polen und Irland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den New Deal und damit den verspäteten amerikanischen Wohlfahrtsstaat auslöste, während nun ein Jahrhundert später in Deutschland und vielen anderen Gesellschaften Europas ähnliche soziale Problemlagen mit dem Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Standards beantwortet werden.

Drittens

Mit der Ausrichtung auf diesen neuen Deutungsrahmen, die zugleich mit einer weitgehenden innerparteilichen Dominanz des liberalen und wirtschaftsnahen Parteiflügels verbunden war, entstand für die SPD eine neue Lage im Parteienwettbewerb und am Wählermarkt. Sie hat sich seit der Bundestagswahl 2005 herauskristalliert, ihre Folgen sind bis heute zu beobachten. Im Verhältnis zu Teilen der Wählerschaft, aber auch im Blick auf die innerparteilichen Machtverhältnisse zeichnet sich eine ganze Reihe von neuen Problemen ab. Wir können in diesem Rahmen nur drei zentrale Problemfelder der SPD beim Umgang mit ihrem neuen Deutungsrahmen ansprechen.

Mit dem Schwenk zur Agenda-Politik entstand zunächst eine Entfremdung zwischen der SPD mit ihrer neuen Ausrichtung und einem besonders auf den traditionellen Deutungsrahmen ausgerichteten Teil der sozialdemokratischen Anhängerschaft. Einen Teil dieser „Repräsentationslücke“ konnte ab 2005 und bis heute die Linke nutzen; die damit verbundene, partielle Erneuerung und Sozialdemokratisierung der vormaligen ostdeutschen

Regionalpartei ist in mehreren Studien der Wahlforschung ausführlich dargestellt und analysiert worden. Ein anderer Teil dieser befremdeten und entfremdeten Wähler scheint sich ziemlich dauerhaft aus der politischen Arena in die Wahlenthaltung und darüber hinaus in eine politische Marginalisierung und Apathie zurückgezogen zu haben. Gerade diese Wählergruppen bzw. Nichtwählergruppen sind erst zu Jahresbeginn 2014 nach dem Erscheinen der Studie der Bertelsmannstiftung „Prekäre Wahlen“ intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Sie sind eine zumeist in entsprechenden Stadtquartieren räumlich angesiedelte, recht klar profilierte Bevölkerungsgruppe, durch Arbeitslosigkeit bedroht oder geprägt, mit niedrigem formalen Bildungsstatus und geringen materiellen und beruflichen Ressourcen ausgestattet.

Diese Gruppen waren auch schon in den Jahrzehnten zuvor nur mühsam von der SPD zu mobilisieren. Aber bis zur Bundestagswahl 1998 konnten die Sozialdemokraten ihre politischen Angebote in einem Deutungsrahmen vortragen, der dem Appell nach mehr Gerechtigkeit und gezielten staatlichen Interventionen gerade für diese Gruppen Plausibilität und Glaubwürdigkeit verlieh. In dem neuen Deutungsrahmen der Agenda-Politik, vor allem aber angesichts der sich bereits abzeichnenden Zwänge durch die Schuldenbremsen bewegen sich wohlfahrtsstaatliche Versprechen und Initiativen fast immer im Schatten von vagabundierenden Prekarisierungstendenzen und -ängsten in den verschiedensten Gruppen der Gesellschaft¹. Sie verlieren somit einen Teil ihrer Wirkungskraft auf die Wähler.

Auch die Ausstrahlungskraft der sozialdemokratischen Spitzenkandidaten in den letzten beiden Bundestagswahlen, aber auch in einem Teil der Landtagswahlen wird durch den Wandel des Deutungsrahmens beein-

trächtigt. Schon seit längerem wird in einigen Studien gezeigt, dass der Einfluss der Spitzenkandidaten von der Kongruenz zwischen Parteitraditionen, Themen und Kandidatenprofil abhängt². Diese Sichtweise macht gleichermaßen ein taktisches und ein strategisches Problem der SPD deutlich. Das taktische Problem liegt darin, dass es eben nicht zum Wahlerfolg führt, wenn „linke“ Forderungen in einem Wahlprogramm präsentiert werden, das in seinem Tenor gleichwohl an der Linie der Agenda-Politik festhält. Auf das wahrscheinlich viel bedeutsamere, strategische Problem der Sozialdemokraten bei der Auswahl ihrer Spitzenkandidaten macht eine neuere Untersuchung des Parteienforschers Max Reinhardt aufmerksam. Er hat in einer langen Reihe von aufwendigen qualitativen Interviews mit sozialdemokratischen Spitzenpolitikern einen deutlichen Wandel des Habitus bei den Repräsentanten des SPD-Flügels herausgearbeitet, die sich im innerparteilichen Machtkampf um die Durchsetzung der Agenda-Politik gegen die eher traditionalistischen und „linken“ Faktionen bis hin zu einer klaren Dominanz an der Parteispitze durchgesetzt haben. Dies ist bei genauerem Hinsehen ein alarmierender Befund; denn er besagt, dass die eher schwachen sozialdemokratischen Kandidaten bei den letzten beiden Bundestagswahlen nicht nur in den prinzipiell zufälligen Persönlichkeitskonstellationen bei der Kandidatenauswahl begründet waren. Vielmehr legen Reinhardts Befunde zum veränderten Habitus der neuen SPD-Führungselite den Schluss nahe, dass unter den gegebenen innerparteilichen Macht- und Positionskämpfen gewissermaßen systematisch Kandidaten rekrutiert werden, die aufgrund ihres Habitus mit den potentiellen Anhängern der SPD „fremdeln“ und somit die Mobilisierungsprobleme in bestimmten Wählersegmenten perpetuieren.

1 Für einen Teil der von den neuen Flexibilitäten am Arbeitsmarkt betroffenen Gruppen erzeugt diese erhöhte Mobilitätsanforderung erhebliche Unsicherheiten (Standing 2011, S.1–25, insbes. S.10).

2 Siehe hierzu die international vergleichende Studie von Bernhard Weißels und Aiko Wagner (2013); zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch bereits Frank Brettschneider (2002).

Damit rücken schließlich die innerparteilichen Flügel- und Faktionskämpfe in ein verändertes Licht. Zumeist wird in dieser Beziehung die parteiöffentliche Diskussion von der These beherrscht, dass innerparteiliche Geschlossenheit ein hoher, wenn nicht gar der höchste Wert sei. Allerdings sollte diese simple Einsicht nicht für die mittel- und langfristige Bedeutung eines innerparteilichen Faktionspluralismus unempfänglich machen. Rivalisierende Parteiliten bieten immer auch die Chance, Irrwege bei der Entwicklung des politischen Deutungsrahmens zu korrigieren und personelle, habituelle und programmatische Alternativen bereitzustellen. Parteien lernen durch Elitenkonkurrenz und -verdrängung.

Nach den Erfahrungen der SPD während des vergangenen Jahrzehnts des Niedergangs am Wählermarkt bedeutet dies in erster Linie, Alternativen zu dem gegenwärtig dominanten Deutungsrahmen einer weitgehend marktkonformen Sozialdemokratie zu suchen. Auch hier ist zunächst hilfreich, von den Befunden der Wahlforschung auszugehen; sie sind eindeutig. „Seit den 1980er Jahren hat sich die ideologische Selbstpositionierung der deutschen Bürger kontinuierlich nach links verschoben. Es sind zudem Unterschiede zwischen den Generationen auszumachen: Je jünger die Generation, desto weiter links positionieren sich ihre Vertreter. Die SPD hingegen hat den Kampf um die Vorherrschaft im linken ideologischen Raum unter den jüngeren Wählern, wie es scheint, bereits verloren. Während sie bei Wählern aus der Vorkriegs- und Kriegsgeneration noch den linken Raum dominierte, wählten innerhalb der jüngsten Generation links orientierte Wähler entweder die Grünen oder die Linkspartei, jedoch nicht mehr die SPD“ (Roßteutscher, Scherer 2014, S. 222). Der Befund einer deutlichen Mehrheit linker Selbsteinstufungen ergänzt die überwältigende Mehrheit für das traditionelle, sozialdemokratische Verständnis in allen Befragungen zu den Wohlfahrtsstaatstraditionen. Beide Mehrheiten zusammen verleihen dem

klassischen, vor nunmehr einem Jahrzehnt verworfenen Deutungsrahmen einer wohlfahrtsstaatlichen und auf Dekommodifizierung bedachten Sozialdemokratie Aktualität und Attraktivität, übrigens auch und gerade für Europa.

Es wird nun darauf ankommen, Zug um Zug die unterbrochene Debatte über den Wohlfahrtsstaat ohne Denkverbote wieder in Gang zu bringen und dem klassischen Deutungsrahmen wieder näher zu kommen. Mit diesem Deutungsrahmen wird eine um lebendige Faktionen bereicherte SPD schon mittelfristig auch wieder die politische Führungsrolle einer pluralisierten Linken in Deutschland erringen können. ■

Literaturhinweise:

- Brettschneider, Frank (2002): Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Reinhardt, Max (2011): Aufstieg und Krise der SPD: Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei. Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Roßteutscher, Sigrid; Scherer, Philipp (2014): „Ideologie“; in: Rüdiger Schmitt-Beck, Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Bernhard Wessels, Christof Wolf et. al.: Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013. Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 213 – 223.
- Standing, Guy (2011): The Precariat. The New Dangerous Class. Bloomsbury London, New Delhi, New York, Sidney.
- Weßels, Bernhard; Wagner, Aiko (2013): „Repräsentation durch Parteien und Kandidaten in vergleichender Perspektive – was macht den Unterschied für das Wahlverhalten?“, in: Bernhard Weßels, Harald Schoen, Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009. Springer VS, Wiesbaden, S. 553 – 574.

☞ Dr. Gerd Mielke ist Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg – Universität Mainz.

Die SPD-Linke – Beispiele für ihre Funktion als Transmissionsriemen progressiver sozialer Milieus nach 1945

von Max Reinhardt

Einleitung

Die SPD-Linke gibt es nicht. Das ist wohl die Lehre aus der Geschichte der SPD. Dennoch hat es immer wieder, auch erfolgreiche, Versuche gegeben, die SPD-Linke zu koordinieren, um einen linken Reformismus bis hin zu sozialistischen Transformationsvorstellungen zu repräsentieren. Der folgende Beitrag zeigt auf, dass die SPD-Linke nach 1945 vor allem von unten getragen und die SPD durch den gesellschaftlichen Druck von außen und innen modernisiert wurde. Gesellschaftliche und innerparteiliche Modernisierungen verliefen vielfach synchron, wie die Vorgeschichte und Geschichte zur Gründung des *Frankfurter Kreises* und des *Leverkusener Kreises* zeigen. Am Wandel des SPD-Bezirks Hannover lässt sich aufzeigen, wie komplex ein Machtwechsel ist und dass er durch gesellschaftliche Modernisierungen bedingt ist. Das Beispiel zeigt aber auch, wie notwendig innerparteiliche Modernisierungsprozesse sind, um sich modernisierten, kritischen Generationen zu öffnen.

SPD-Linke nach 1945

Die SPD-Linke war nach 1945 nur wenig organisiert (vgl. Seifert 1976: 236). Eine „programmatische und nicht interessenbedingte Opposition“ war „in der Partei kaum in den Ansätzen vorhanden“ (Petry¹ 1954: 665). Zwar wurden beispielsweise auf dem Berliner Parteitag 1954 einige Beschlüsse des SPD-Vorstandes abgeschwächt. Die hierfür u.a. verantwortlichen SPD-Funktionäre wie der Bezirksvorsitzende Südhessen Willi Birkelbach² und der Bezirksvorsitzende Mittelrhein

Heinz Kühn³ sah Petry jedoch nicht als wirkliche SPD-Linke. Selbst der Vorsitzende des Bezirks Hannover Franke, dessen autoritärer Politikstil in diesem Artikel noch näher beschrieben werden wird, versuchte auf dem Parteitag 1954 sich als „linker Oppositioneller“ wieder in den SPD-Vorstand hineinwählen zu lassen, nachdem er zwei Jahre zuvor aus dem SPD-Vorstand abgewählt worden war (ebd.).

Die sozialistische SPD-Linke um Personen wie Wolfgang Abendroth oder Peter von Oertzen organisierte sich in den 1950er Jahren vor allem in Zeitschriftsredaktionen wie der 1954 gegründeten Sozialistischen Politik, nahm aber wenig Einfluss auf die SPD-Politik (vgl. Kritidis 2008). Schon Leo Kofler hatte den Verlust des Marxismus als Leitmotiv für die praktische Arbeit der Funktionäre konstatiert, für die der Marxismus nur noch ethische Maßstäbe hatte, in ihrer praktischen Arbeit aber kaum noch eine Rolle spielte (Kofler 1955: 68). Die programmatische Herabstufung des Marxismus zu einer Weltanschauung konnte die sozialistische SPD-Linke nicht verhindern. Die Herabstufung wurde dann auf dem Godesberger Parteitag 1959 nach jahrelanger Vorbereitung mit eindeutiger Mehrheit und nur 16 Gegenstimmen zementiert (vgl. Kritidis 2008, S. 431-441).

Die SPD-Führung reagierte nach Godesberg mit einem Ende ihrer „relative(n) Toleranz“ und agierte in erster Linie restriktiv gegenüber linksoppositionellen Entwicklungen (Höhne 1975: 210). So wurde im Unvereinbarkeitsbeschluss von 1961 eine gleichzeitige Mitgliedschaft in SPD und im Förderverein für den *Sozialistischen*

1 Richard Petry ist ein Synonym für Peter von Oertzen. Einige Artikel linker Autoren wurden mit Synonym veröffentlicht, weil sie sehr kritisch waren und die Autoren Restriktionen durch den SPD-Vorstand fürchteten, wenn sie mit ihrem Namen publiziert hätten.

2 Ähnlich kritisch schätzte auch Wolfgang Abendroth Birkelbach in einem

Brief am 01.09.1954 ein (vgl. Kritidis 2008: 125).

3 Heinz Kühn meinte in einem Interview im SPIEGEL 1973, er „halte nicht viel von den Definitionen rechts oder links“. Kühn hatte ein positives Verhältnis zur Bundeswehr und zur Kirche und trat für die SPD als „eine linke Volkspartei“ ein (SPIEGEL 1973: 32).

Deutschen Studentenbund (SDS) untersagt. Der SDS war von linken Professoren gegründet worden, um den sich nach links und kritisch entwickelten SDS nach der fehlenden finanziellen Unterstützung durch die SPD finanziell und ideell zu unterstützen. Der in den ersten Jahren nach 1945 noch parteikonforme SDS wurde gemeinsam mit anderen kritischen Studentenverbänden zu einem wichtigen Akteur der Außerparlamentarischen Opposition (zum SDS vgl. Fichter/Lönnendonker 2007; zum Wandel der Verbände vgl. Richert 1969: 88-114).

Bereits vor dem Godesberger Parteitag trafen sich um die 30 linke Sozialdemokraten 1959 in Elze, südlich von Hannover. Ihre Treffen waren nicht öffentlich, um Restriktionen durch die SPD-Führung wegen *Fraktionsbildung* zu vermeiden (Wettig 2009, S. 20; zum *Elzer Kreis* vgl. auch Fichter/Lönnendonker 2007 [1977], S. 92; zusammenfassend vgl. Reinhardt 2014: 35). Der *Elzer Kreis* löste sich 1962 wieder auf, zumal sich die Meinungen zum SDS-Unvereinbarkeitsbeschluss deutlich unterschieden (Kritidis 2008: 496).

Ein anderer Arbeitszusammenhang linker Sozialdemokraten war der „Arbeitskreis IV der Gesellschaft für Forschung unter internationaler Kooperation auf dem Gebiet der Publizistik e. V.“ (GfP), der in Frankfurt am Main tagte und die Zeitschrift *express international* herausgab, die sich mit linken Bewegungen weltweit solidarisierte, die SPD-Führung für ihren autoritären Stil kritisierte und die SPD als Partei der Arbeiter und Arbeitnehmer verstand (zum Arbeitskreis IV vgl. Müller-Rommel 1982, S. 70; zu den Themen der Zeitschrift siehe Reinhardt 2014: 58 f.).

Die Jungsozialisten modernisierten sich seit Mitte der 1965er Jahre und entwickelten sich zu einem kritischen Verband. Die linken Jungsozialisten mit den *Stamokaps*, den *Antirevisionisten* und den *Reformsozialisten* rekurrierten auf Traditionen der Sozialdemokratie, die spätestens mit dem Godesberger Programm 1959 überholt zu sein schienen, und speisten sich wie vor allem

die *Antirevisionisten* in Hannover und Göttingen aus Ideen der Außerparlamentarischen Opposition (vgl. Stephan 1979: 34-38).

Mit der Linkswende der Jungsozialisten seit Ende der 1960er Jahre wurde eine Organisation der SPD-Linken wieder aktuell. So traf sich SPD-Linke in Frankfurt am Main, um programmatisch und personalpolitisch Einfluss zu nehmen (Müller-Rommel 1982: 74). Sie kritisierten „die weitgehend konzessionsbereite Politik der SPD gegenüber der CDU/CSU“, das Primat der Regierungspolitik gegenüber der Partei, den Umgang mit den verlorenen Landtagswahlen, die Abwendung der SPD von ihrem sozialistischen Selbstverständnis und die verklärende Umweltpolitik (Müller-Rommel 1982: 70 f.; zu den Positionen vgl. auch SPIEGEL 1967: 28; zusammenfassend Reinhardt 2014: 51). Die SPD-Linke vertrat einen staatlichen Interventionismus bis hin zu einer sozialistischen Transformation, während die SPD-Rechte Anhängerin einer Sozialen Marktwirtschaft war (vgl. Gebauer 2005: 134-138).

Die SPD-Linke konnte bereits auf dem Saarbrückener Parteitag 1970 Anträge entscheidend mitbestimmen und mehr Teilhabe und Mitbestimmung sowie mit der gemeinsamen Erarbeitung des Orientierungsrahmens '85 eine Diskussion über das Grundsatzprogramm der SPD erreichen (Müller-Rommel 1982: 76). Besonders erfolgreich waren auf dem Parteitag in Hannover 1973 die programmatischen Abstimmungen, so zum Beispiel die Abschwächung der Berufsverbote in der Praxis, und die Wahl von SPD-Linken, insbesondere von linken Gewerkschaftern wie Werner Vitt und Hans Matthöfer in den Vorstand (vgl. Reinhardt 2014: 54 f.).

Auch die neue Generation von Bundestagsabgeordneten unterschied sich von den vorherigen Generationen. Die Fraktionslinke organisierte sich 1969 vor allem aus jüngeren Bundestagsabgeordneten in der *Gruppe der 16. Etage* und seit 1972 im *Leverkusener Kreis*. Viele der jüngeren Bundestagsabgeordneten waren in Berufen des Erziehungswesens mit

einem hohen Grad an Autonomie als Maßstab für das berufliche Leben tätig und wollten keine „parlamentarische(r) Erfüllungsgehilfe[n] der Exekutive“ sein. (Müller-Rommel 1982: 149 f.; zusammenfassend siehe auch Reinhardt 2014: 53; zum Autonomieverständnis der sozialen und kulturellen Dienste vgl. Müller 1998).

Die SPD-Flügel rangen um die programmatischen und personalpolitischen Erfolge. Sie bemühten sich in diesen Jahren um einen Konsens, so zum Beispiel zum Mannheimer Parteitag 1975. Der neue *Faktionskorporatismus* führte zu programmatischen Teilmodernisierungen in der Klimapolitik und der Frauenpolitik (§ 218, Lohnpolitik) (zum *Faktionskorporatismus* siehe Müller-Rommel 1982, S. 86; zu den Themen siehe Glotz 1976: 11; zu beidem zusammenfassend siehe auch Reinhardt 2014: 60 f.). Eine kritische Gruppe um Karl-Heinz Hansen, Norbert Gansel und Erich Meinike wollte verhindern, dass auch die SPD-Linken zu einer theorieleeren, an Wahlen orientierten Karriereseilschaft und damit für *Neue Soziale Bewegungen* (NSB) und Gewerkschafter immer weniger erkennbar wird (zu der kritischen Gruppe siehe Müller-Rommel 1982, S. 87, zu den Gefahren der Entwicklung der SPD-Linken vgl. Raschke 1993 [1974], S. 53 f.). Die SPD-Linke wurde zunehmend dominiert und „jede Kritik in der Fraktion [...] zum potenziellen Kanzlersturz hochstilisiert“ (Schöler 1992, S. 55). Die SPD verlor, trotz Öffnungsversuchen durch Erhard Eppler und andere, zunehmend die neuen, alternativ-ökologisch und emanzipativ eingestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den sozialen und kulturellen Berufen, seit 1979/80 vor allem an die *Grünen* (vgl. von Oertzen 2004; Müller 1998).

Bei ihrem Treffen 1977 im westfälischen Oer-Erkenschwick zeigte die Fraktionslinke mit etwa 100 Mitgliedern, wie stark sie geworden war (vgl. Ristock 1977). Sie repräsentierte zunehmend auch die neuen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und warf dem Bundeskanzler Schmidt vor, „als Gewährsträger herrschender Machtstrukturen zu fungieren“ (Gebauer 2005, S. 145).

Ein entscheidender programmatischer Durchbruch gegen eine Raketenstationierung (Revision des Natodoppelbeschlusses) und zum Ausstieg aus der Kernenergie gelang erst nach dem Regierungswechsel in der Oppositionszeit. Auch das neue Grundsatzprogramm, das *Berliner Programm*, trug mit den Forderungen nach einer *ökologischen Erneuerung* und einer Neuordnung von Wirtschaft und Kapitalismus die Handschrift der SPD-Linken um Peter von Oertzen und Erhard Eppler (vgl. Reinhardt 2014: 60-75).

Der *Frankfurter Kreis* war „eine Koordinierungsstelle der Linken, keine ‚Zentrale‘, keine ‚Fraktion‘ im Sinne einer verbindlich-disziplinierten Einflussgruppe“, so der langjähriger Sprecher Horst Peter. „Der Frankfurter Kreis ist zumindest in den 80er Jahren in der inhaltlichen Arbeit bewusst offen gewesen“ und hat „immer nach dem Konsens-Prinzip gearbeitet, da hat es nie Abstimmungen gegeben“ (Leif/Raschke 1994: 131). Sicherlich auch deshalb war eine Öffnung der SPD für die Themen der *Neuen Sozialen Bewegungen* zumindest thematisch und partiell durch einzelne Akteure auch personell gelungen. Die SPD, auch weite Teile der SPD-Linken, blieben dennoch den NSB gegenüber distanziert, so dass dieses Bündnis eher brüchig war (vgl. ebd.: 137).

Die nachholende Demokratisierung der Gesellschaft seit Ende der 1960er Jahre in Fragen der Erziehung, Bildung, des Polizeiwesens der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der Teilhabe im Betrieb und in den staatlichen Institutionen ging einher mit der nachholenden Demokratisierung der SPD. „Die Auswahl von Funktions- und Mandatsträgern“ wurde, so der frühere linke stv. Juso-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel, durch die Arbeit der Jungsozialisten (Anm. des Verf.: zumindest zeitweise und bei einigen Wahlen) „losgelöst von Verwandtschaften und persönlichen Beziehungen“ (Voigt/Gansel/Roth 1990: 35). Das Blockwahlsystem wurde, so der frühere linke Juso-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt, in der SPD abgeschafft und die

geheime Wahl eingeführt (Voigt/Gansel/Roth 1990: 40).

Der SPD-Bezirk Hannover: Linkswende Konsensorientierung

Auch im SPD-Bezirk Hannover hatte „das politische Klima der SPD“ das um den Vorsitzenden Egon Franke etablierte „System von Machtkonzentration und Machtaufteilung, Personenblockade und Personenpatronage“ befördert (Wettig 1989: 136). Franke war als Vorsitzender des größten SPD-Bezirks gleichzeitig auch Vorsitzender des Landesausschusses der Partei. Der Geschäftsführer des SPD-Bezirks Hans Striefler war gleichzeitig auch Geschäftsführer des Landesausschusses und des Fraktionsvorstandes. Die niedersächsische SPD war vor allem in den Städten erfolgreich und auf dem Lande vergleichsweise schwach, was mit zur Zentralisierung der SPD in Hannover beitrug. „Erst ab Mitte der sechziger Jahre“ änderte sich diese „Selbständigkeit von der Zentrale“ der SPD durch bessere Wahlergebnisse und wachsende Mitgliederzahlen in den Regionen (ebd.). Die SPD änderte sich auch in Niedersachsen durch die neuen Mitglieder und modernisierte sich in den 1960er Jahren. Kritik wurde punktuell formuliert, so 1965 an der von der SPD-Bezirksführung mitgetragenen Konkordatspolitik des Landes Niedersachsens mit der Katholischen Kirche und an der Personalpolitik im Rahmen der Bildung der Großen Koalition nach dem Bruch der Koalition von Union und FDP. Die SPD-Bezirksführung reagierte autoritär und wies die Kritiker harsch zurecht (ebd.: 137).

Es bildete sich eine flügelübergreifende Gruppe von „Kritiker(n) in der Landtagsfraktion [...] um die Landtagsabgeordneten (Richard) Lehnert, (Helmut) Greulich, (Hans) Bartel, (Klaus-Peter) Bruns und (Ernst-Georg) Hüper“ heraus, die „eine Neuverteilung der Positionen, vor allem aber mehr Unabhängigkeit vom Landesausschuss“ wollten. „Peter von Oertzen wurde sehr bald als der politische Kopf der

Gruppe akzeptiert, während Greulich und Hüper die Organisatoren und Motoren waren“ (ebd.). Sehr kritisch waren die Jungsozialisten, der Sozialdemokratische Hochschulbund und die IG Chemie – Papier – Keramik, die entgegen der einstimmigen Mehrheit des Landesausschusses der SPD eine Fortsetzung der Großen Koalition nach der Landtagswahl 1967 verhindern wollten (ebd.: 138).

Auf dem Bezirksparteitag im Februar 1968 trat Peter von Oertzen zwar noch nicht für den Vorsitz an, aber personalpolitisch hatte die Oppositionsgruppe erste Erfolge. Der Parteitag zeigte zudem bereits einen Kulturwandel, auch befördert von der „diskussionsfreudiger(en)“ „Delegierten-Generation“. Er war „mit den früheren Appell-Parteitagern“ nicht mehr vergleichbar. Reformen der Satzung des SPD-Bezirks auf dem außerordentlichen Bezirksparteitag 1969 verbesserten u.a. die Teilhabemöglichkeiten der Jungsozialisten vor allem in den großen Ortsvereinen durch „eine annähernd gleiche Vertretung der Mitglieder“ bei den Delegiertenzahlen (ebd.: 141).

Peter von Oertzen wollte 1970 für den Vorsitz des SPD-Bezirks Hannover gegen Franke und mit Klaus Wettig, dem Vorsitzenden der Jungsozialisten im Bezirk der SPD Hannover, als Wahlkampfkoordinator kandidieren. Von Oertzen wurde über Wettig von den Jungsozialisten, über Greulich und Hüper von den Landtagsabgeordneten in den Unterbezirken und über Greulich vom DGB, IG Metall und IG Chemie unterstützt. Allerdings verlief die Auseinandersetzung zwischen Franke und von Oertzen weitgehend „verdeckt“, auch weil Restriktionen durch die Franke-Gruppe befürchtet wurden, falls von Oertzen nicht gewinnen sollte. Er erreichte aber einen deutlichen Sieg mit 149 gegen 107 Stimmen, vor allem auch weil viele Jungsozialisten Delegiertenmandate hatten erringen können. Auch Bruns und der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag Helmut Kasimier setzten sich gegen Franke-Anhänger durch.

Die Gruppe um von Oertzen, Greulich und Hüper war flügelübergreifend. Die von Oertzen-Anhänger erreichten bei der Wahl zum Bezirksvorstand 1970 noch keine Mehrheit, was eine linke und progressive Regierungs- und Parteiarbeit erheblich erschwerte (ebd.: 143). 1972 änderten sich die Mehrheiten im Bezirksvorstand zu Gunsten der linken Sozialdemokraten um Peter von Oertzen. Der SPD-Rechte Hüper wurde nicht wieder in den Vorstand gewählt. Bis zum Ausscheiden von Peter von Oertzen aus dem Vorstand 1983 erzielten die von Oertzen-Anhänger im Bezirksvorstand immer wieder die Mehrheit (ebd.: 144).

Von Oertzen agierte integrativ und legte großen Wert auf die Einhaltung demokratischer Abläufe, um Chancengleichheit für die Kandidaten der unterschiedlichen Gruppen und Flügel zu wahren. Er setzte seine Personalpolitik nicht autoritär durch, so dass insbesondere in der Gruppe der Bundestagsabgeordneten die Kritiker blieben. Peter von Oertzen unterstützte Jungsozialisten und Gewerkschafter dabei, Funktionen und Ämter zu erreichen, so zum Beispiel Herbert Schmalstieg bei seiner erfolgreichen Wahl zum Oberbürgermeister 1972 sowie die IG-Chemie-Gewerkschafter Hermann Rappe und Wolfgang Schultze bei ihrer Wahl zu Parlamentariern (ebd. 146).

In der Zeit Peter von Oertzens als Bezirksvorsitzender wurde ein offener Diskussionsstil gepflegt und Ausgrenzungen beispielsweise der antirevisionistisch eingestellten Jungsozialisten vermieden, die in der Tradition der *Neuen Linken* für eine sozialistische Transformation der Gesellschaft durch Bündnisse mit außerparlamentarischen Bewegungen eintraten (vgl. Stephan 1979, S. 39-42).

Mit dem Wandel der demokratischen Kultur ging auch der Aufbau einer politischen Bildungsarbeit und der Vertrauensarbeit einher, die aber nicht flächendeckend umgesetzt wurde (Wettig 1989: 147). Auch der Wahlkampfstil, vor allem zur Landtagswahl 1970 in Niedersachsen, war, mit

Unterstützung der Jungsozialisten, sehr modern und kreativ (ebd.: 145).

Rollback

Die SPD-Linke war, zumindest partiell Trägerin und Repräsentantin gesellschaftlicher Modernisierungen und modernisierter sozialer Milieus, vor allem der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mit der zunehmenden Neoliberalisierung der Politik seit den 1980er Jahren, in der Sozialdemokratie vor allem seit den 1990er Jahren wurden Solidaritätszusammenhänge geschwächt. Der Aufstieg der Politikmanager verlief parallel zum Aufstieg der *Neue Manager* in der *New Economy*. Die SPD entfremdete sich nun auch zunehmend von ihrer Mitte, den etatistischen Sozialstaatslinken und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (vgl. Reinhardt/Stache 2014; zu den *Neuen Managern* vgl. Vester 2001 u.a.: 39).

Im Grunde hat die SPD ihre Öffnungs- und Modernisierungsprozesse nur unzureichend fortgesetzt, ja in den 1990er Jahren und folgende sogar partiell nur noch zur Professionalisierung von Wahlkampagnen genutzt. Die SPD-Linke hatte zwar ihren Anteil am Erfolg bei der Bundestagswahl 1998, zumal Oskar Lafontaine ihr Repräsentant geworden war. Nach seinem Rücktritt als Vorsitzender und Finanzminister jedoch führte sie im Grunde genommen nur noch Abwehrkämpfe und hatte meist keinen Erfolg. Erst nach der deutlichen Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2009 mit einem Kandidaten aus dem Netzwerk um Gerhard Schröder konnte die SPD-Linke sich wieder verstärkt einbringen und das intellektuelle Vakuum der SPD-Rechten programmatisch ausfüllen. Die SPD-Linke war für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 maßgeblich verantwortlich. Allerdings verlor die SPD die Bundestagswahl 2013 wieder mit einem SPD-Rechten als Kanzlerkandidaten (Peer Steinbrück).

In linken sozialdemokratischen Zusammenhängen wie dem Forum Demokratische Linke

21, dem Kasseler Kreis, bei den Jungsozialisten, bei der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, bei der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und anderen sozialdemokratischen AGs, in einigen Untergliederungen der SPD sowie in der spw engagieren sich Mitglieder, weil sie Raum für Teilhabe bekommen und ihre progressiv-solidarischen gesellschaftspolitischen Vorstellungen einbringen können. Ein moderner, teilhabeorientierter Politikstil entspricht den Einstellungen moderner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die oftmals der traditionellen Parteipolitik und neoliberalen Managementvorstellungen gegenüber skeptisch bis ablehnend eingestellt sind und unkonventionelle, basisdemokratische Beteiligungsformen bevorzugen (zu den politischen Einstellungen vgl. Vester 2001 u.a.: 61–64).

Ausblick

Eine Koordinierung aller linken Strömungen kann nur dann funktionieren, wenn sie als eine offene Teilhabeplattform organisiert ist, an der sich linke Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beteiligen. Eine SPD-Linke von oben jedenfalls kann es zwar geben, wird aber kaum Anerkennung finden und deshalb nur von geringer Lebensdauer sein. Die Wählerinnen und Wähler, die die SPD-Linke programmatisch repräsentieren könnte, erwarten Teilhabemöglichkeiten und wollen die Programmatik mitbestimmen. Der einige Jahre andauernde Aufstieg der Piraten und das zeitweise Erstarken der Grünen im Zuge von Stuttgart 21 und Fukushima haben diesen Bedarf erneut nachgewiesen. Eine SPD-Linke muss offen sein für neue gesellschaftspolitische Konflikte und neue Solidaritätsformen, aber auch alte Traditionslinien erkennen, wo sie weiterbestehen. Dann könnte ein Bündnis von Gewerkschaften und NSB gelingen (vgl. Reinhardt/Stache 2014). ■

☞ Dr. Max Reinhardt promovierte an der Universität Hannover mit einer Arbeit über die SPD-Flügel seit 1945 und zwei Generationen von sozialdemokratischen Repräsentanten. Er ist Mitherausgeber und Mitautor des 2014 erschienenen Buches „Progressive Mehrheiten mit der SPD? Für eine linke Politik jenseits der Neuen Mitte“.

Literaturverzeichnis

- Fichter, Tilman P./Lönnendonker, Siegwald 2007 [1977]: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, Essen.
- Gebauer, Annetkatrin 2005: Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf, Wiesbaden.
- Höhne, Dieter 1975: Stellungnahme, In: Die Linke in der Sozialdemokratie nach 1945, In: Claudio Pozzoli (Hg.): Jahrbuch Arbeiterbewegung. Band 3. Die Linke in der Sozialdemokratie, S. 204–212.
- Kofler, Leo 1955: Marxismus oder ethischer Sozialismus?, Bovenden b. Göttingen.
- Kritidis, Gregor 2008: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover.
- Leif, Thomas/Raschke, Joachim 1994: Rudolf Scharping, die SPD und die Macht. Eine Partei wird besichtigt, Reinbek bei Hamburg.
- Müller, Walter 1998: Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1/1998, S. 3–46.
- Müller-Rommel, Ferdinand 1982: Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD. Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen von 1969–1980, Opladen.
- Oertzen, Peter von 2004 [1985]: Zum Verhältnis von »Neuen Sozialen Bewegungen« und Arbeiterbewegung. Zur Sozialstruktur des grünen Wählerpotentials, In: Michael Buckmiller/Gregor Kritidis/Michael Vester (Hg.): Peter von Oertzen. Demokratische und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft, Hannover, S. 354–374.
- Petry, Richard 1954: Die SPD und der Sozialismus, In: FH 9/9 (September), S. 663–676.
- Raschke, Joachim 1993 [1974]: Zur Veränderungschance der SPD-Linken, In: spw 6/1993, S. 52–55.
- Reinhardt, Max 2014: Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel seit 1945. Zwischen sozialistischer Transformation, linkem Reformismus und Marktliberalismus, Dortmund/Baden-Baden.
- Reinhardt, Max/Stache, Stefan 2014: Solidarität als Lernprozess. Voraussetzungen und Möglichkeiten einer solidarischen Gesellschaft, In: Max Reinhardt/Stefan Stache/Stephan Meise (Hg.): Progressive Mehrheiten mit der SPD? Für eine linke Politik jenseits der Neuen Mitte, Münster, S. 55–80.
- Richert, Ernst 1969: Die radikale Linke von 1945 bis zur Gegenwart, Berlin.
- Ristock, Harry 1977: Vorwort, In: ders. (Hg.): Mitte-Links. Energie, Umwelt, Wirtschaftswachstum, Bonn-Bad Godesberg, S. 7–9.
- Seifert, Jürgen 1976: Linke in der SPD (1945–1968), In: Bernhard Blanke/F.C. Delius/Tilman Fichter/Niels Kadritzke/Bernd Rabehl/Ute Schmidt/Georgia Tornow (Hg.): Die Linke im Rechtsstaat, Band 1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945–1965, Berlin, S. 236–266.
- Schöler, Uli 1992 [1991]: Demokratische Massenpartei – „Bürokratischer Zentralismus“ ff Parlamentarisierung, In: Peter von Oertzen/Susi Möbbeck 1992: Vorwärts, rückwärts, seitwärts ... Das Lesebuch zur SPD-Organisationsreform, Köln.
- SPIEGEL 1967: SPD. Gemurmel und Gejammer, In: ders. 46/1967, S. 28 f.
- Stephan, Dieter 1979: Jungsozialisten: Stabilisierung nach langer Krise? Theorie und Politik 1969–1979. Eine Bilanz, Bonn.
- Voigt, Karsten D./Gansel, Norbert/Roth, Wolfgang 1990: „Wir sind die SPD der 80er Jahre“ – Aber haben wir es uns so vorgestellt?, In: Martin Gorholt/Karsten D. Voigt/Ruth Winkler (Hg.), Marburg, S. 11–46.
- Wettig, Klaus 2009: Der Sozialdemokrat Peter von Oertzen, In: Wolfgang Jüttner/Gabriele Andretta/Stefan Schostok (Hg.): Politik für die Sozialdemokratie. Erinnerung an Peter von Oertzen, Berlin, S. 13–28.

Kein Flügelschlag, europaweit. Die sozialdemokratische Linke ist ermattet, angepasst und ideenlos

von Matthias Micus und Clemens Wirries

Foto: © zettberlin/photocase.de



Sind die Flügel der sozialdemokratischen Parteien für den europaweiten Niedergang derselben verantwortlich? Der Verdacht liegt nahe, werden Sozialdemokraten doch traditionell mit einem elementaren Hang zu selbstdestruktiven Flügelbildungen und dogmatischen Zwistigkeiten bis hin zur organisatorischen Abspaltung in Verbindung gebracht. Und an der Krise etlicher Mitgliedsparteien der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) besteht ohnehin kein Zweifel. So verbuchte die SPD im Juni 2014 mit 467.000 Mitgliedern ein Minus von knapp 600.000 verglichen mit ihrem Höchststand 1977, die SPÖ in Österreich umfasst statt 721.000 (1979) heute nur noch 205.000 organisierte Anhänger. In der britischen Labour Party hat sich die Zahl der individuellen Mitglieder in nicht einmal 20 Jahren seit 1998 von 400.000 auf 200.000 rundweg halbiert.

Statt 290.000 wie im Jahr 1950 zählten die dänischen „Socialdemokraterne“ 2009 noch 48.000 Mitglieder. Seitdem, also innerhalb ei-

ner halben Dekade, ist diese noch einmal um immerhin 10 Prozent auf 44.000 geschrumpft – ein prozentualer Aderlass, für den die französische PS sogar nur die letzten zwei Jahre benötigte. An den Wahlurnen wiederum haben die schwedischen, dänischen und österreichischen Sozialdemokraten bei den jüngsten landesweiten Parlamentswahlen Ergebnisse eingefahren, die sie auf den Stand von vor etwa 100 Jahren zurückwerfen. In Deutschland erzielte die SPD 2013 mit 25,7 Prozent ihren niedrigsten Wert bei Bundestagswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg – mit Ausnahme einzig der unmittelbar vorangegangenen Wahl von 2009, wo sie mit 23 Prozent noch schlechter abgeschnitten hatte. Und in Spanien liegt die PSOE jüngsten Umfragen zufolge bereits hinter der erst im Jahr 2014 gegründeten Protestpartei Podemos zurück. Überhaupt sind es mittlerweile die Sozialdemokraten, die überall in Europa zu den Hauptleidtragenden des Aufstieges populistischer Parteien und des Vertrauensverlustes der etablierten Politik gehören.

Der schlechte Ruf von Parteiflügel...

Entsprechend schlecht ist das Renommee von Parteiflügel in den Redaktionsstuben von Zeitungen und Magazinen, hier besteht eine weitgehende Einigkeit in der Ablehnung solcher Gruppenbildungen. Assoziiert werden sie mit Unruhe, Dogmatismus, Streit. „Unter Gabriel“, jubilierte kürzlich die Süddeutsche Zeitung, „regiert die SPD so sozialdemokratisch, störungsfrei und geschlossen wie lange nicht mehr.“¹

Flügel widersprechen allem, was die sogenannte moderne Politik auszeichnet. Wo es in der Mediengesellschaft auf Geschlossenheit ankommt, stellen sie einen innerparteilichen Konflikt herdar; statt die Effizienz des Regierungshandelns zu erhöhen, streuen sie Sand in das gouvernementale Getriebe; sie verorten sich als „links“ oder „rechts“ und reklamieren dadurch in Zeiten von Alternativlosigkeit sowie „richtiger“ und „falscher“ Politik Kategorien für sich, die als ewiggestrig verschrien sind. Insofern verwundert es wenig, dass die Mitte November 2014 in der sachsen-anhaltinischen Landeshauptstadt ausgerufenen und nach dem Veranstaltungsort als „Magdeburger Plattform“ deklarierte Neuformierung des linken Flügels im deutschen Blätterwald zum aktuellsten Anlass für ein reges journalistisches Geraune über eine Krise der (deutschen) Sozialdemokratie genommen wurde.

Freilich ist dieses Verdikt über Parteiflügel bemerkenswert ahistorisch. In ihren Glanzzeiten verfügten die Volksparteien schließlich gleich über eine ganze Vielzahl kräftiger, selbstbewusster Flügel. Ja, mehr noch: Die Parteiflügel schufen überhaupt erst die Grundlage für die Ansprache heterogener Wählergruppen, wie sie für Volksparteien charakteristisch ist. Das katholische Zentrum, die erste Volkspartei auf deutschem

Boden, verband bereits im 19. Jahrhundert katholische Arbeiter im Saarland mit Bauern in Ostwestfalen, Schlotbaronen in Preußen und liberalen Bürgern in Baden. Sie alle fanden den Weg in das Zentrum über auf sie zugeschnittene Zugänge und artikulierten ihre Interessen über eigene Kanäle in der Partei, eben Flügel. Mithin: Die Verankerung in unterschiedlichen Bevölkerungskreisen, ihre gesellschaftliche Erdung und Verwurzelung erreichen Parteien über ihre Parteiflügel. Diese sind Seismographen, Horchposten in die Gesellschaft. Wenn Parteien diese Seismographen nicht mehr haben, dann verlieren sie ihre soziale Verwurzelung, dann büßen sie ihr Gespür für Veränderungen bei den Wünschen, Sorgen und Bedürfnissen ihrer Zielgruppen ein und wirken rasch als abgehoben, kalt, technokratisch. Die gegenwärtige Malaise der Volksparteien dürfte ganz im Gegensatz zu den üblichen Klagen weniger mit der Stärke als vielmehr mit der Lähmung ihrer Flügel zusammenhängen.

... und die Folgen ihrer Schwäche

Zunächst ist interessant, dass es institutionalisierte Flügel in verschiedenen sozialdemokratischen Krisen-Parteien gar nicht erst gibt. In Spaniens PSOE lässt sich mit der „Sozialistischen Linken“ allenfalls ein Flügel ausmachen, ein linker, der aber weitgehend einflusslos ist, in der österreichischen SPÖ gibt es gar keine Gruppen mit einem erklärten linken oder rechten Flügelselbstverständnis. In der SAP in Schweden wiederum gab und gibt es immer einmal wieder innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten etwa über den Umfang des öffentlichen Sektors und die Höhe der Steuerquote, in den 1980er Jahren sprach man gar vom „Rosenkrieg“ zwischen den Erneuerern und Traditionalisten. Doch „feste Fraktionen“ gab es in der schwedischen Sozialdemokratie nie.² Es mag damit zusam-

¹ Nico Fried/Christoph Hickmann, Der Plan, in: Süddeutsche Zeitung, 22./23.11.2014.

² Vgl. hierzu Håkan A. Bengtsson, Die schwedische Sozialdemokratie nach der Wahl 2010. Hintergründe, Strategie und Ergebnisse, online einsehbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/1pa/07503.pdf> [eingesehen am 23.11.2014].

menhängen, mit dem Fehlen von Flügeln als institutionellen Kanälen zur Interessenbündelung und Willensbildung, dass die in den letzten Jahren auch in Schweden angewachsenen sozialen Disparitäten unvermittelt auf die Partei durchgeschlagen haben. „Die heutigen Sozialdemokraten leben mehr als früher“, so der Publizist Aron Etzler, „in unterschiedlichen sozialen Wirklichkeiten.“³ Dabei überlappen sich die schichtenbezogenen Diskrepanzen mit einer regionalen Kluft. Die größten Differenzen verlaufen zwischen den peripheren und urbanen Parteidistrikten der SAP, die nicht selten auch unterschiedliche sozialstrukturelle Profile aufweisen. Während sich die sozialdemokratischen Parteivertreter aus den gut situierten urbanen Mittelklasse-Arealen meist für die Zulassung von Gewinnen privater Dienstleister im öffentlichen Sektor, für niedrigere Steuern und Einsparungen bei den Versicherungssystemen aussprechen, kommen die Traditionalisten eher aus den peripheren Gebieten Schwedens, wo die Bevölkerung von höheren Steuern für Besserverdiener und generösen Löhnersatzleistungen stärker profitiert.⁴ Nach dem Machtverlust 2006, als die SAP ein integrierendes Zentrum in Form der Staatskanzlei verlor, bekamen zudem die Parteidistrikte der SAP noch mehr Spielraum.⁵ Die eigentlich sehr hierarchisch geprägte SAP, die früher sehr geschlossen nach außen agierte, hat seit der Wahlniederlage 2006 sichtbar Probleme damit, die verschiedenen Parteidistrikte zusammenzuhalten und deren Interessen zu bündeln.

Indes haben auch dort, wo es sie gibt, die heutigen Parteiflügel mit ihren geschichtlichen Vorgängern nur mehr wenig gemein. In Deutschland sind der (rechte) Seeheimer Kreis und das (zentristische) Netzwerk Berlin

nicht anders als auf der Linken die Demokratische Linke 21 Gründungen der höheren Organisationsebenen, ohne engeren Bezug zur Parteibasis, getragen von der Parteiprominenz der Landes- und Bundespolitik. Sie sind Dachorganisationen ohne nennenswerten Unterbau, das Netzwerk Berlin trägt den Bezug zur Bundeshauptstadt sogar im Namen.

Die Ermangelung eines Fundamentes in der einfachen Mitgliedschaft vor Ort lässt sich noch deutlicher am französischen Beispiel zeigen. Die PS verfügt im Unterschied beispielsweise zu PSOE, SPÖ und SAP gleich über eine Vielzahl von Flügeln, die hier Strömungen genannt werden. Sie bilden sich um bestimmte Spitzenpolitiker herum, als deren Hausmächte im innerparteilichen Positionskampf sie fungieren. Entsprechend fluide ist das Feld der Strömungen, die zusammen mit personellen Wechseln wegfallen, sich umbilden, neu entstehen. Vor allem aber konzentrieren und beschränken sie sich auf die Hauptstadt Paris und die nationale Politik. Auch sie sind ein Ausdruck des Phänomens, dass die PS in „zwei Parteien“ zu zerfallen scheint: eine „nationale“ und eine „lokale“ Partei.⁶ Das dominierende politische Karrieremuster in der PS ist das der Top-to-Bottom-Karriere. Sie beginnt auf hohem Niveau in der Ministerialbürokratie, lokale politische Wahlämter werden im Wesentlichen angestrebt zur Absicherung der nationalen Machtstellung von jenen Spitzenpolitikern, die zunächst Elitehochschulen absolvierten, sodann als Assistenten und Referenten von Ministern tätig waren und im Anschluss ein politisches Leitungsamt errangen. Damit korrespondierend handelt es sich bei den diversen innerparteilichen Gruppierungen desgleichen um kleine Zirkel von in Paris ansässigen Mitgliedern. Anhänger aus anderen Föderationen, fern von Paris, hätten quasi keine Möglichkeiten der Mitarbeit.

3 Vgl. Aron Etzler: Reinfeldteffekten. Hur Nya Moderaterna tog över makten i Sverige och skakade Socialdemokraterna i grunden, Stockholm 2013, S.197.

4 Vgl. ebd., S.197.

5 Vgl. Jenny Madestam: Hur blir man vald? Om ledarskiften i tresvenska partier, Stockholm 2014, S.303.

6 Man kann mittlerweile nahezu von einer Art Teilung der Macht sprechen: Die gaullistische UMP hat die nationale Macht inne, wohingegen die PS alle darunterliegenden Niveaus dominiert.

Postenkampf statt Richtungsstreit

Am Beispiel der PS lässt sich ebenfalls ablesen, dass die Parteiflügel auch in substanzieller Hinsicht im 21. Jahrhundert bloß noch Schrumpfformen ihres einstigen Formates sind. Sie dienen gegenwärtig vor allem als Karrieresprungbretter, die dafür sorgen, dass ihre Mitglieder bei Postenverteilungen nicht leer ausgehen. Entsprechend hoch halten sie ihre Erfolge in der Personalpolitik, dementsprechend uninspiriert wirken vielfach ihre inhaltlichen Forderungen. Bezeichnend ist, dass in Dänemark die verschiedenen Parteinetzwerke just in dem Moment sichtbar in die Öffentlichkeit traten, als nach der Niederlage bei den Folketingswahlen im Jahr 2005 erstmals der Parteivorsitzende per Urwahl bestimmt werden sollte – während sie zuvor kaum bekannt gewesen sein dürften.

Die Gründe für die Schwäche der Flügel können in innerparteilichen Spaltungen liegen, die quer zur Dimension von links hier, rechts da liegen, am markantesten sichtbar in Spanien mit seinen regionalen Konflikten und Unvereinbarkeiten, die einer gemeinsamen Gruppenbildung z.B. von baskischen und katalanischen Linksozialdemokraten zuwiderlaufen. Aber auch Parteiabspaltungen können dazu führen – wenn beispielsweise Linksparteien sich von Sozialdemokraten abspalten und damit deren linken Flügel schwächen. Faktisch können die Funktionen der Flügel auch von innerparteilich gewichtigen Vorfeldorganisationen übernommen werden, etwa bei einer engen Bindung zwischen Parteien und Gewerkschaften, entweder über die kollektive Parteimitgliedschaft von Gewerkschaftern, oder infolge einer institutionellen Verflechtung, wie sie durch die österreichische Sozialpartnerschaft gegeben ist.

Nicht zuletzt absorbiert eine wenig revolutionäre Entstehungsgeschichte sowie eine jüngere Vergangenheit und Gegenwart als regierungserfahrene Staatspartei überschüssige Flügelenergien. Die dänischen Sozialde-

mokraten zeichneten sich wie ihre skandinavischen Schwesterparteien allgemein schon in ihrer Frühphase durch einen satten Pragmatismus aus. Später waren sie über weite Strecken des 20. Jahrhunderts in Regierungsverantwortung eingebunden. Innerparteilich zeichnete sich die dänische Sozialdemokratie folglich durch eine außerordentliche Geschlossenheit aus. Zwar gab es stets Netzwerke, die führende Personen pflegten und untereinander Posten vergaben, organisatorisch institutionalisierte Parteiflügel hingegen gab es nur kurzzeitig – wenn sie denn überhaupt als „Flügel“ bezeichnet werden können. Zwischen 1966 und 1973 organisierten sich einige hundert Parteimitglieder in der „Socialdemokratisksamfund“ (Sozialdemokratische Gesellschaft), die deutlich linkere Positionen als die Parteiführung um Jens Otto Krag einnahm und eine Zusammenarbeit mit den Volkssozialisten deutlich unterstützte. Eine weitere Formation am linken Rand waren die EG-Gegner der „Socialdemokrater mod EEC“ (Sozialdemokraten gegen die EG). Beide Gruppierungen waren mitgliederschwach, zählten aber Protagonisten, die später Karriere machten. Die „Flügel“ leben in einer gewissen Kontinuität bis in die Gegenwart fort, sie tragen heute skurril anmutende Namen wie „Rustbankerne“ (Rostbänke). Doch sind sie eben und noch einmal in erster Linie Personennetzwerke.

Für das inhaltliche Profil der Flügel charakteristisch ist dagegen ein Satz des ehemaligen dänischen Premierministers Jens Otto Krag, den dieser in anderem Zusammenhang nach den Folketingswahlen 1977 gesprochen hat: „Man har et standpunkt, indtil man tager et nyt“ (Man hat einen Standpunkt, bis man einen neuen einnimmt). Nicht ganz mit den dänischen Verhältnissen vergleichbar ist die neugebildete Magdeburger Plattform. Doch zeigt sich der eher nachgeordnete Rang programmatischen Nachdenkens auch hier. Wie gehabt prangern ihre Sprecher die zunehmende soziale Ungerechtigkeit an, fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und

plädieren für eine keynesianische Investitionspolitik – das alles mit den abgestandenen Parolen von anno dazumal. Eine überzeugende Alternative zur Regierungspolitik, die der CDU nützt, die SPD dagegen im Zustimmungstal verharren lässt, kann aus solchen Formeln jedenfalls nicht destilliert werden. An der inhaltlichen Schmalbrüstigkeit ebenso wie an dem mangelnden Einbezug der Parteibasis wird die Magdeburger Plattform im Übrigen absehbar auch zukünftig nichts ändern. Ein einziges Mal im Jahr, so ist es geplant, wollen sich die Parteilinken von nun an zu Konferenzen treffen. Viel zu selten, um die Mitglieder zu aktivieren und Wurzeln in die breitere Parteimitgliedschaft zu treiben; zu selten erst recht, um ernsthaft über neue linke Politikkonzepte nachzudenken.

Thinktanks und Stiftungen als Ideengeber – und ihre Grenzen

Bezeichnend für die Schwäche der Parteilügel als innerparteiliche Ideengeber ist die Konjunktur, die seit einigen Jahren Think Tanks als Vordenker haben. In Frankreich beispielsweise gibt es derzeit rund 160 mehr oder weniger große Think Tanks. Die meisten von ihnen sind erst in der letzten Zeit entstanden. Zum einen gelten sie als Ausdruck einer „Epoche, der es an neuen Ideen mangelt“⁷, zum anderen spiegeln sie die Parteienverdrossenheit wider. „Die politischen Parteien“, so kürzlich der Politologe Pascal Perrineau, „befinden sich in der Krise, ihre Mitgliederzahl ist sehr schwach, ihre Jugendorganisationen sind ausgeblutet, sie sind keine Ideen-Laboratorien mehr, sondern bürokratische Maschinen, die vor allem damit beschäftigt sind, Ämter zu verteilen. Es ist daher logisch, dass sich an ihrer Peripherie Debatten entwickeln“.⁸ Und in Schweden erlebten die sozialdemokratischen Denkfabriken ihre Hochkonjunktur, als die SAP im Jahr 2006 die Wahl verlor und somit auch den Zugang zum Staatsapparat mit

seinen wissenschaftlichen und analytischen Ressourcen.⁹

Wie empfänglich sozialdemokratische Parteien für Ratschläge von außen sind, wie bereitwillig sie die Empfehlungen ihnen nahe stehender Denkwerkstätten aufnehmen, diskutieren und schließlich gegebenenfalls auch umsetzen, hängt nicht zuletzt davon ab, ob das berühmte „Gelegenheitsfenster“ gerade offen steht. Mit anderen Worten: Ein Thema muss in den Kontext, das Umfeld, den Zeitgeist „passen“, um Beachtung zu finden und aufgegriffen zu werden. Am Beispiel der französischen Sozialisten und des Think Tanks *Terra Nova* lässt sich die Bedeutung der Umfeldbedingungen für Erfolg oder Folgenlosigkeit externer Anstöße aufzeigen.

So geht etwa die Idee, zur Nominierung des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten 2012 Vorwahlen durchzuführen, auf *Terra Nova* zurück. Im Sommer 2009 startete diese Denkwerkstatt erste Initiativen dazu, unter anderem eine Petition, in der hundert Persönlichkeiten aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben die PS aufforderten, das Prinzip der Vorwahlen einzuführen und dadurch den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten für 2012 zu bestimmen. Die Petition, die in der Zeitung *Libération* veröffentlicht wurde, konnte im Internet von allen Bürgern unterzeichnet werden.¹⁰

Die Vorsitzende der Sozialisten, Martine Aubry, die Vorwahlen zunächst ablehnend gegenübergestanden hatte¹¹, ließ sich durch den Zuspruch für die Kampagne überzeugen und stellte sich nach anfänglicher Skepsis persönlich an die Spitze der Vorwahlinitiative. Die Vorwahlen markierten denn auch einen spektakulären Erfolg für die Fürsprecher di-

9 Jenny Andersson, *Framtids producenterna*, in: *Tiden* vom 8. Dezember 2011, online einsehbar unter <http://tidenmagasin.se/artiklar/framtidsproducenterna/> [eingesehen am 23.11.2014].

10 Vgl. Agence France Presse: *Terra Nova* lance l'appel des 100 en faveur d'une primaire populaire à gauche, 25.08.2009.

11 Vgl. Nicolas Barotte, *Montebourg lance le débat sur les primaires. Martine Aubry a exprimé des réserves et estime que la priorité est au projet*, in: *Le Figaro*, 20.06.2009.

7 Gérard Courtois, *Les think tanks, des idées en l'air*, in: *Le Monde*, 07.01.2012.

8 Zit. nach ebd.

rekt-demokratischer Partizipationselemente. Statt der im Vorfeld erwarteten eine Million Menschen beteiligten sich am ersten Wahlgang am 9. Oktober 2011 fast 2,7 Millionen Personen¹², bei der zweiten und entscheidenden Runde eine Woche später waren es sogar 2,9 Millionen¹³. Berücksichtigt man, dass die Sozialistische Partei lediglich knapp über 200.000 Mitglieder besitzt, dann wird deutlich, wie viel Interesse die Abstimmung bei ihren Sympathisanten gefunden hat.¹⁴

Beim Thema Integration hingegen hatte sich *Terra Nova* zusammen mit dem Magazin *Respect Mag* Ende Januar dieses Jahres mit 16 Vorschlägen für ein „gemischtes Frankreich“ (*France métissée*) an die Öffentlichkeit gewandt. Die Vorschläge, die unter anderem das Bildungs- und Wohnungswesen, den kulturellen Bereich und den Arbeitsmarkt betrafen, sollten vor allem die herkunftsunabhängige Chancengleichheit erhöhen und das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund verbessern. Ziel der Vorschläge war es, die Präsenz des Themas „Integration“ im Präsidentschaftswahlkampf zu erhöhen.¹⁵ Allerdings: Über die bloße Berichterstattung in den Medien ging der gemeinsame Vorstoß des Think Tanks und der Zeitschrift nicht hinaus. Selbst im Internet fanden wahrnehmbare Debatten über die 16 Vorschläge nicht statt.

Auch eine Diskursinitiative zum Thema Studiengebühren fand kein Gehör. Als Ende August 2011, pünktlich zum Semesterbeginn, die studentischen Organisationen den

Anstieg der Lebenshaltungskosten für Studenten beklagten, trat *Terra Nova* mit einem eigenen Vorschlag an die Öffentlichkeit: Die Einschreibegebühren sollten erhöht werden, um die Universitäten mit mehr Mitteln auszustatten.¹⁶ „Wir sind uns bewusst, hier ein Tabu zu berühren, aber wir müssen die Debatte eröffnen“, begründete Yves Lichtenberger, einer der Verfasser des *Terra Nova*-Berichts, die Position zu den Einschreibegebühren. Doch letztlich griff keine Partei die Vorschläge auf, zu der von *Terra Nova* gewünschten Diskussion kam es nicht. Dies war wenig überraschend – vor der Präsidentschaftswahl wollte keine Partei mutwillig eine Auseinandersetzung mit den Vertretungen der Studierenden vom Zaun brechen.

An den hier gezeigten Beispielen soll deutlich gemacht werden, dass die Bedeutung und Funktion von Think Tanks für die Diskussion sozialdemokratischer Ideen und Konzepte keinesfalls deterministisch vorgegeben ist, sondern sich von den Gedankenschemen von Fall zu Fall immer aufs Neue erarbeitet werden muss. Analog zur Studie über sozialdemokratische Organisationsidentitäten¹⁷ reicht es nicht, zu periodisch aufflackernden Debatten reaktionsschnell ad hoc erarbeitete Beiträge beizusteuern und die eigenen Konferenzthemen in Analogie zur gesellschaftlichen Diskurskonjunktur auszuwählen. Relevanz für die Partei (oder die Öffentlichkeit) entfalten die Thesen und Ideen der Think Tanks nur dann, wenn sie sowohl in die Parteigeschichte eingebettet sind als auch an den Ist-Zustand der Partei anknüpfen, wenn es eine – und sei es auch nur vage – realistische Verwirklichungsperspektive gibt und zugleich die Parteifunktionsträger die Interventionen ermutigen. Auch spielt das Vorhandensein einer sympathisierenden Medienöffentlichkeit eine gewichtige Rolle.

12 Vgl. Nicolas Barotte/François-Xavier Bourmaud, Hollande, champion de la gauche. Le député de Corrèze a remporté largement, hier, la primaire du PS face à Martine Aubry, in: *Le Figaro*, 17.10.2011.

13 Vgl. Marcel Wesfreid/Elise Karlin, Hollande intime, in: *L'Express*, 19.10.2011.

14 Vgl. Pascal Rossignol, Primaire PS: Hollande et Aubry engagent la bataille du 2^e tour, in: *L'Express*, 09.10.2011, online einsehbar unter http://www.lexpress.fr/actualite/politique/directprimaire-ps-le-scrutin-est-clos_1038523.html [eingesehen am 12.03.2012].

15 Vgl. o. A.: 16 propositions pour faire bouger la République, in: *respectmag.com*, 24.01.2012, online einsehbar unter <http://www.respectmag.com/2012/01/24/16-propositions-pour-faire-bouger-larepublique-5894> [eingesehen am 29.02.2012]; Vincent, Elise: Les seize propositions de „Respect Mag“ et „Terra Nova“ pour une „France métissée“, in: *Le Monde*, 25.01.2012.

16 Vgl. Philippe Jacqué, Deux think tanks proposent d'augmenter les droits d'inscription à l'université, in: *Le Monde*, 24.08.2011; Floch, Benoit: L'enseignement supérieur oublié?, in: *Le Monde*, 25.02.2012.

17 Vgl. Matthias Micus, Organisationsidentität und –reform sozialdemokratischer Parteien in Europa, Berlin 2010.

Das Vorkommen und die Wirkungskraft von Think Tanks variieren zudem sehr stark. Im Gegensatz zum französischen Beispiel liegt etwa in Tschechien die grundlegende Diskussion perspektivischer Ideen und Konzepte im Vorfeld der Sozialdemokratie brach. Die Stiftungslandschaft auf der linken Seite des politischen Spektrums ist übersichtlich¹⁸ und die traditionsreiche *Masarykova demokratická akademie (MDA)*¹⁹ – ein aus der Parteibildungsarbeit hervorgegangener, mittlerweile kleiner Think Tank – trifft oft auf das Desinteresse der sozialdemokratischen Partei (ĚSSD) und bleibt mit ihrem geringen Personalbestand und ihrer augenfälligen Finanzschwäche von der Unterstützung ausländischer Stiftungen wie der FES oder der Rosa-Luxemburg-Stiftung abhängig. Auch in Polen ist die organisatorisch und institutionell an die Partei angegliederte Diskussion langfristiger Entwicklungsszenarien sowohl der Sozialdemokratie im Speziellen als auch des politischen Feldes im Allgemeinen nur wenig ausgeprägt. Und so bleiben Diskussionskreise und Kleinstiftungen, wie das Breslauer *Ferdinand Lassalle Centre für Social Thought*²⁰, in ihrer Wirkung und ihrem politischen Einfluss sehr beschränkt.

Mit der aus einer links-intellektuellen Debattenzeitschrift hervorgegangenen *Krytyka Polityczna*²¹ gibt es aber durchaus eine polnische Plattform, die das jüngere Spektrum einer modernen Linken in Polen anspricht. Die Themenpalette reicht dabei von grundsatzprogrammatischen Fragen bis hin zu Kunst, Historie und Kulturphilosophie und bindet über selbst betriebene Kulturzentren, in denen Veranstaltungen, Ausstellungen, Kinovorführungen etc. stattfinden, die Interessenten auch lebensweltlich ein. Die führenden Köpfe der Bewegung

sind mittlerweile bekannte und regelmäßig publizierende Autoren und Kommentatoren in den polnischen Medien, deren Stimmen beachtet werden. Nur: All dies geschieht in Abgrenzung und ohne große Kontaktfläche zur sozialdemokratischen SLD. Als Ideengeber für diese fällt die *Krytyka Polityczna* aus. Diese Rolle möchte sie auch gar nicht spielen, stattdessen meidet sie den polnischen Linksbund, empfindet sie dessen Politik und seine Repräsentanten doch als unglaublich und unehrlich.

Stattdessen erfüllen parteinahe Think Tanks für mehrere sozialdemokratische Parteien eine ganz andere Aufgabe – und hierin ähneln sie wiederum den zeitgenössischen Parteiflügeln, dies gerade in Oppositionszeiten, wenn Stellen in der Regierungsadministration zu ersetzen sind. Sie dienen regelmäßig der Befriedigung persönlicher Ambitionen bzw. der Versorgung verdienter Parteiführer mit einem Posten, der Ansehen und vor allem den Glanz rasonierender Intellektualität verspricht. Wiederum finden sich in Polen prägnante Beispiele, wo die Think Tanks – und gleichfalls Institute wie das *Europäische Institut* oder das *Centrum Duszynskiego*²² – von aktuellen oder ehemaligen Parteigranden geführt werden und im Übrigen eher durch Nichttätigkeit als durch eine aktive Diskussions- oder Publikationskultur auffallen. Auch in Spanien etwa finden sich auffallend oft ehemalige, verdiente Mitglieder der Parteiführung an der Spitze oder in Leitungsgremien von Denkwerkstätten wie der *Fundación Ideas*.²³

Die in den letzten Jahren verstärkt zu beobachtenden Versuche, durch die Mobilisierung einer großen Anzahl von Mitwirkenden, Experten und Sympathisanten ein breiteres Kompetenzspektrum einzubinden und zeitgeistige Modernität auszustrahlen, setzen die aus der Vergangenheit bekannten und oben beschriebenen Erfolgs- oder Misserfolgskonzepte dagegen nicht außer Kraft. Der französische Think

18 Neben der MDA existieren beispielsweise nur Cesta – centrum pro sociálnitržnie ekonomiku a otevřenoj demokracii, gegründet 2011, sowie Glopolis, gegründet 2004, die sich dem linken politischen Spektrum zuordnen.

19 Vgl. <http://www.masarykovaakademie.cz/> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

20 Vgl. http://lassalle.org.pl/?page_id=7&lang=en (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

21 Vgl. <http://www.krytykapolityczna.pl/> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

22 <http://centrumduszynskiego.pl/> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

23 <http://www.fundacionideas.es/en/board> (zuletzt eingesehen am 18.06.2012).

Tank *Laboratoire des Idées* beispielsweise möchte über die ehrenamtliche Tätigkeit von insgesamt etwa 800 Experten und Wissenschaftlern in 30 Arbeitsgruppen gemeinsam mit sogenannten „innovateurs du quotidien“²⁴ (Erneuerer des Alltags) und der Zivilgesellschaft die Parteientwicklung intellektuell vorbereiten und begleiten. Doch auch hier bleibt die entscheidende Frage, inwieweit sich die Parteiführung gegenüber einer solchen Intention überhaupt öffnet. Häufige Wechsel an der Think-Tank-Spitze jedenfalls deuten auf eine schwierige Gratwanderung hin, da sie jeweils mit dem Hinweis auf eine desinteressierte und blockierende Partei begründet wurden.²⁵

Kurzum: Die erfolgreichen Beispiele programmatisch einflussreicher Think Tanks, wie etwa die vom Soziologen José Félix Tezanos geleitete *Fundación Sistemas*, die mit der Zeitschrift *Temas para el debate*²⁶ eine in der spanischen Öffentlichkeit vergleichsweise viel beachtete Publikation herausgibt, sind eher Ausnahmen. Die Zusammenarbeit zwischen Parteien und Think Tanks bleibt oft punktuell und unsystematisch und lässt erhebliches Potenzial durch Reibungsverluste und Desinteresse brach liegen.

Die „Sektion 8“ als Vorbild

Umso wichtiger wäre es, dass die Parteiflügel ihre originären Funktionen zukünftig wieder stärker übernehmen. Eine Alternative zu den inhaltlich uninspirierten und von der Anhängerbasis entkoppelten regulären Parteiflügeln stellt die „Sektion 8“ in Wien dar. Sektionen, so heißen in der SPÖ, der österreichischen Schwesterpartei der SPD, die städ-

tischen Ortsvereine. Die Sektion 8, gegründet als „Protestsektion“ aus Unzufriedenheit über die Bildung der großen Koalition nach der Nationalratswahl 2006, hat sich zum Ziel gesetzt, in engem Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Initiativen von der Basis aus Druck auf die übergeordneten Organisationseinheiten auszuüben, die kritischen Stimmen an der Parteiführung zu stärken, linkssozialdemokratischen Inhalten Gehör zu verschaffen und in die Öffentlichkeit zu vermitteln, dass die SPÖ bunter ist als ihre Regierungsmannschaften. Ein weiteres Ziel ist die Mobilisierung der Mitglieder – zumindest in den eigenen Reihen gelingt das auch bemerkenswert gut. Die Sektion 8 zeichnet sich durch eine enorme Lebendigkeit und ein beachtliches Engagement der Sektionsangehörigen aus. Regelmäßig finden prominent besetzte Diskussionsveranstaltungen in den Sektionsräumen statt, inhaltliche Diskussionen nehmen überhaupt einen Schwerpunkt der Parteiarbeit ein, in den aktuellen Programmprozess schaltet sich die Sektion mit eigenen Konzepten ein, zudem werden immer wieder Initiativen gestartet und Kampagnen organisiert. Die Erfolge sprechen für sich, in erster Linie hinsichtlich der Gewinnung neuer Mitglieder und der Öffentlichkeitswirkung der Sektions-Aktionen, aber auch mit Blick auf die Einbringung und zumindest gelegentliche Durchsetzung von Anträgen bei Landes- und Bundesparteitag.

Parteien, die wieder stärker Bewegungen sein wollen – und das wollen die sozialdemokratischen Parteien als Remedur gegen ihre Krise gegenwärtig europaweit –, brauchen solche an der Basis und in der Gesellschaft verankerten Flügel. Bloß ist das zeitaufwendig und anstrengend und dazu bedarf es mehr als punktueller Treffen und gelegentlicher Zusammenkünfte. ■

24 Christian Paul, zit. nach Julien Martin/David Servenay, Le Lab du PS: vraie boîte à idées ou moulin à vent?, in: Rue89, 21.06.2009.

25 vgl. Zit. nach Stéphane Alliès, Au PS, le laboratoire des idées perd l'une de ses têtes, in: mediapart.fr, 21.12.2009, online einsehbar unter <http://www.mediapart.fr/journal/france/211209/au-ps-le-laboratoire-des-idees-perd-lune-de-ses-tetes> [eingesehen am 18.06.2012].

26 *Temas* ist eine Debattenzeitschrift, die monatlich an vielen Spanischen Kiosken in einer Auflage von aktuell etwa 25.000 erscheint, online einsehbar unter <http://www.fundacionssystema.com/Pubs/Magazine.aspx?ID=3> [eingesehen am 18.06.2012].

☞ Dr. Matthias Micus ist Akademischer Rat am Institut für Demokratieforschung der Uni Göttingen.

☞ Clemens Wirries, geboren 1977, ist Lehrbeauftragter des Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Er forscht zur Funktionsweise von Minderheitsregierungen in Dänemark und lebt und arbeitet in Hannover.

Horchposten statt Karrierenetzwerke

von Tom Strohschneider



Foto: © DWerner/photocase.de

Erstens

Sie haben eine feste Rolle auf der politischen Bühne: die Flügelorganisationen von Linkspartei und Grünen. Sie sind Agenturen von innerparteilichen Auseinandersetzungen um Kurs, Ämter und Ressourcen. Einerseits. Andererseits gelten sie als wichtige Institute der politischen Debatte, als Ausweis von Pluralismus und programmatischer Bewegung. Beginnen sie heftiger zu schlagen, beeinflusst das die politische Kultur in Parteien – nicht immer zum Besseren.

Was durch Strömungsorganisationen in die Diskussion gelangt, vermag Nuancen im Inneren von Parteien zu verdeutlichen, die sonst in deren Außenkommunikation allzu gern mit den Mitteln des politischen Marketings eingeebnet werden. In der Mediendemokratie bekommen die Flügel von Parteien noch eine weitere Funktion – sie bilden die Fixpunkte in einem groben Raster, das zwar keineswegs immer mit den realen Prozessen in Parteien übereinstimmt, diese aber einem an kurzatmige und vor allem einfache Erklärungen gewöhnten Publikum in verdaulichen Häppchen präsentiert. Nicht zuletzt

werden die Flügel von der parteipolitischen Konkurrenz gebraucht: um Abgrenzungsverhalten zu begründen oder Annäherungsoptionen zu markieren.

Also: Bleibt alles Fundis und Realos, oder was? Nein, so einfach kann man sich die Sache nicht machen. Denn auf den Flügeln von Linkspartei und Grünen gibt es schon länger Bewegung – mehr noch: Es wird inzwischen viel darüber diskutiert, ob die Bedeutung von Strömungsorganisationen überdacht werden müsste und in welchem Verhältnis sie zu den Mehrheiten der Parteimitglieder stehen, die sich keinem Flügel zugehörig fühlen.

Das hat auch etwas mit dem Faktor Zeit zu tun. Denn Flügelkulturen sind ein Abdruck der Vergangenheit, Formen, die unter Bedingungen entstanden sind, die inzwischen so nicht mehr existieren. Wenn mit Blick auf die Grünen etwa heute wie selbstverständlich von Fundis und Realos, eher: Linken und Realos die Rede ist, dann spiegelt das zwar auch die tatsächliche Quotierung in den Parteiämtern – aber spiegelt es noch die politische Debatte wider?

Ähnlich verhält es sich bei der Linkspartei, deren Flügelstrukturen sogar aus zwei Vergangenheitsebenen rühren – jener der PDS, in der sich Anfang der 1990er Jahre unterschiedliche Strömungen herausbildeten und jene der Fusionszeit mit der Wahlalternative, als um das Jahr 2006 herum neue Binnenorganisationen entstanden.

Hinzu kommt, dass das Bild von den Flügeln zu grob ist in dem Sinne, als dass damit der Eindruck von zwei Lagern – eines rechts, eines links – erweckt wird, die ziemlich dauerhaft existieren und um eine Art Zentrum herum ihre Kräfte entfalten. Auch das entspricht keineswegs immer den Verhältnissen innerhalb von Parteien, die weit komplizierter sind. Es bilden sich Kooperationen zwischen Strömungsorganisationen, diese bleiben aber nicht stabil. Und mitunter spaltet sich auch eine Flügelgruppe, was wiederum die Balance innerhalb der Flügelkultur beeinflusst.

Auf eine gewisse Weise sind Strömungen auch Anschlussstellen in die Gesellschaft: Wem das Gesamtangebot einer Partei nicht ausreicht, findet in der von einer Flügelorganisation vertretenen Position womöglich einen Ankerpunkt für eigene Mitgliedschaft, vorübergehendes Engagement oder auch nur die politische Vertretung eigener Interessen. Zugleich aber sind sie immer stärker auch zu Gründen geworden, die gegen Parteien sprechen – weil sie das Apparathafte, die Karriere, das Zerstrittene repräsentieren.

Es würde zu weit gehen, einen direkten Zusammenhang zwischen dem Ansehensrückgang von Parteien und dem Gebaren ihrer Strömungsorganisationen zu konstruieren – es fehlt dafür eine empirische Grundlage. Die Annahme, dass die sichtbare Enttäuschung über „die Parteien“ und die Funktionsweise der Parteiendemokratie etwas mit den Strömungsorganisationen zu tun hat, die in den Medien oftmals die „Bilder der Parteien“ erzeugen, ist nicht einfach vom Tisch zu wischen.

Zweitens

Um die prekäre Gegenwart der Flügel bei Linkspartei und Grünen zu verstehen, muss man zunächst an deren Vergangenheit erinnern. Die Ökopartei war zunächst aus einem vielfältigen Spektrum von Akteuren entstanden – der Bogen reichte von einem auf die Natur orientierten Konservatismus über die bunte Alternativszene bis zu den Restbeständen linksradikaler Gruppen. Die Parlamentarisierung der Grünen verdichtete die vielfältigen Differenzen in den 1980er Jahren auf einen zentralen Widerspruch: Mitregieren oder in der Opposition für gesellschaftliche Veränderung eintreten.

Einen wichtigen Hintergrund liefern die Debatten über die erste rot-grüne Koalition in Hessen, die 1985 ins Amt kam und schon 1987 scheiterte. Realos und Fundis repräsentierten dabei aber nicht nur die parteiinterne Konfliktlage, sondern wurden auch zu äußeren Erzählungen, in die politische Bedeutungen eingeflochten sind.

„Realos“ machten Kompromisse, wurden als Pragmatiker dafür nicht nur von der politischen Konkurrenz gelobt – stellten aber womöglich auch grüne Gewissheiten zur Disposition, im schlimmsten Fall: für Ämter.

Das Bild vom „Fundi“ war ebenso doppelsinnig – einerseits negativ aufgeladen, weil dieser Flügel sich angeblich dem üblichen politischen Geschäft des Gebens und Nehmens verweigerte und auf radikale, gegebenenfalls sogar als umstürzlerisch bezeichnete Umgestaltungsziele, schlimmer noch: auf Visionen. Zugleich aber konnte in ihnen auch ein Moment der Glaubwürdigkeit und Stabilität gesehen werden, eine Strömung, welche sich der Bewahrung ureigener grüner Prinzipien wie etwa in der Friedenspolitik verschrieben hat.

Die Lage bei den Grünen hat sich verändert – und ist doch auch gleich geblieben. „Heute

heißen die Strömungen Flügel und gehen wesentlich zivilisierter miteinander um“, heißt es in einer Selbstbeschreibung der Partei. Statt von Fundis und Realos will man lieber von Linken und Reformern sprechen, unterhalb dieser Zweiteilung haben sich zwischenzeitlich neue Mikrozentren gebildet. Dies ist auch und nicht zuletzt eine Reaktion auf die als überkommen betrachtete Flügel-Parität. Es machen sich aber auch generationelle Veränderungen bemerkbar – also die Praxis einer neuen Generation von Grünen-Politikern, die außerhalb der traditionellen Flügelkultur sozialisiert ist oder jedenfalls außerhalb von ihr die größeren Chancen für den eigenen Aufstieg innerhalb der Partei oder die Durchsetzung inhaltlicher Positionen sieht.

Ende November hat Robert Zion, prominenter Linker der Grünen, öffentlich erklärt, „warum ich die Parteiflügel verlasse“. Zion, Jahrgang 1966 und vor allem durch sein Engagement für eine Korrektur der Afghanistanpolitik der Grünen ab 2007 bekannt geworden, nennt die „seit der Gründungszeit überkommene Flügelstruktur“ der Grünen „politisch überholt“. Zion spricht von einem „informellen Personalorganisationsprinzip“, das „dem Debattenbedarf über die strategische und inhaltliche Richtung der Partei nicht mehr gerecht wird“.

Die auf die Flügel projizierten parteiinternen „Gegnerschaften werden in dieser Struktur übermäßig ritualisiert, schwierige und inhaltlich Substanz verlangende Debatten in ihr unverhältnismäßig vereinfacht“, schreibt der Gelsenkirchner, der selbst so etwas wie ein Flügelprominenter war – unter anderem im neuen Koordinationskreis der Grünen Linken. „Nach über zehnjähriger Arbeit in der Partei ist es leider meine Grunderfahrung, dass sich der faktische Zwang zur Flügelloyalität – aufgrund der informellen Hoheit der Flügel über Ämter- und Mandatsvergaben – in diesem Organisationsprinzip auch vor politisch eigen- und selbstständigem Denken und Agieren nahezu immer durchsetzt.“

Die Kritik kommt aber nicht nur von links. Robert Habeck, schleswig-holsteinischer Umweltminister und den Realos zugerechnet, hat sich ebenfalls Ende November zu Wort gemeldet – und ebenfalls die Flügelstruktur als überholt bezeichnet. Was sich einst daran ausgerichtet habe, ob man mit der SPD regieren wolle oder nicht, passe nicht mehr zur heutigen Wirklichkeit. Es bestimmt aber weiterhin die Grünen-interne Praxis, etwa bei der Besetzung der Ämter, bei denen nach wie vor gilt: einer von den Linken, einer von den Reformern. „In dieser Suppe hängen die Vorsitzenden. Da ist es enorm schwierig, sich zu positionieren oder zu behaupten“, sagt Habeck.

Welche Chancen ein Selbstverständnis jenseits der Flügelarithmetik hat, lässt sich schwerlich vorhersagen. Die letzte Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Hamburg hat erahnen lassen, dass die alte Frage „mit der SPD oder nicht“ inzwischen abgelöst worden ist von einem diffuseren Konflikt um grüne Eigenständigkeit und die Offenheit in beide Richtungen des Parteiensystems – also hin zu Rot-Rot-Grün oder zu einem Bündnis mit der Union. Klare Unterschiede lassen sich auch heute noch feststellen, etwa wenn es um die Rolle steuerlicher Umverteilung geht oder um das, was neuerdings nicht nur bei den Grünen „Wirtschaftsfreundlichkeit“ heißt. Die Liste ließe sich fortsetzen, etwa mit Blick auf die Zustimmung der grün-geführten Landesregierung in Baden-Württemberg zum so genannten Asylkompromiss.

Es spricht auch etwas gegen die These von der Prekarität der Flügel: die Vermutung, dass gerade das medial verbreitete einfache Raster von Fundis und Realos oder Linken und Reformern ein Vorteil für die Grünen darstellt. Zwar herrscht in der Parteienforschung die Annahme vor, dass sich parteiinterner Streit negativ auf die Wählerzustimmung auswirkt. Wenn die Konflikte aber auf verträgliche Weise geführt werden, kann das Realo-Fundi-Bild auch positiv wirken – weil es das Festhalten an einer Tradi-

tion und den Eindruck von Prinzipienfestigkeit vermittelt.

Veränderungen in der Strömungsdynamik lassen sich seit längerem auch bei der Linkspartei beobachten. Deren Flügelstruktur ist komplexer ausgestaltet als jene der Grünen. In der Öffentlichkeit wird das Innere der Partei aber auch meist auf Reformer und Fundis oder Pragmatiker und Radikaloppositionelle reduziert. Dass es bei näherer Betrachtung schon falsch sein kann, von einem geschlossenen Reformerlager auszugehen, haben die Diskussionen im Forum demokratischer Sozialismus in den vergangenen Jahren gezeigt. Auf dem Flügel der Linken, der sich als der linke betrachtet, hat es in den vergangenen Jahren zudem Neuordnungsprozesse gegeben: Von der Antikapitalistischen Linken spaltete sich ein Netzwerk „Freiheit durch Sozialismus“ ab. Die sich als Nicht-Strömung verstehende Emanzipatorische Linke hatte erhebliche Existenzprobleme – und das in einer Zeit, in der die Mitgründerin Katja Kipping an die Parteispitze gelangte.

Nicht zuletzt sind auch die Kooperationsverhältnisse zwischen den Strömungsorganisationen in Bewegung. Im Januar trifft sich mit der Sozialistischen Linken einer der größeren Player im parteiinternen Flügelgeschäft, dann wird auch ein Antrag zur Beratung stehen, der sich gegen eine Fortsetzung der „Aktionseinheit“ mit der Antikapitalistischen Linken ausspricht.

In der Linkspartei gibt es schon seit einigen Jahren immer wieder Versuche, zumindest eine Überbetonung der Flügelarithmetik in den innerparteilichen Prozessen zu überwinden. Schon 1998, also vor der Fusion mit der Wahlalternative, hieß es aus dem Reformerlager, „so unverzichtbar Flügel und Strömungen für einen lebendigen, demokratischen, innerparteilichen Pluralismus sind, eines vermögen sie nicht – der Partei als Ganzes Profil und Handlungsfähigkeit zu geben“. Zugleich aber wurde damals schon gewarnt, dass einer Partei ohne Flügel, „die sich inhaltlich definieren“, die Sta-

gnation droht, „weil ihr der innere Drang zur Weiterentwicklung ausginge“.

Drittens

Bleibt also nur medial getriebener Streit oder programmatischer Stillstand? Wenn man einen Ausblick wagen soll, dann vielleicht diesen: Die Parteienlandschaft ist nicht nur insofern in Bewegung, als dass sich Bündnisoptionen verändern (Rot-Rot-Grün), die Voraussetzungen für parlamentarische Gestaltung schwieriger werden (Schuldenbremse) und den großen bekannten Herausforderungen sich neue hinzugesellen, die nicht ohne weiteres Vertretung im klassischen Parteiensystem finden (Digitalisierung) – die politische Landschaft ist noch auf eine weitere Probe gestellt: die Parteien müssen sich neu erfinden.

Dabei könnten Strömungsorganisationen eine wichtige Rolle spielen. Allerdings nicht, wenn sie weiterhin vor allem als Agenturen der Ämterverteilung, als wenig legitimierte Hausmächte agieren – sondern ihre Zukunft wieder in der Vergangenheit suchen, worauf Matthias Micus vom Göttinger Institut für Demokratieforschung unlängst in „neues deutschland“ verwiesen hat.

Es könnte so wieder zum hauptsächlichen Zweck von Flügelorganisationen werden, die Verankerung von Parteien in unterschiedlichen Bevölkerungskreisen zu stärken, für „gesellschaftliche Erdung und Verwurzelung“ zu sorgen, als „Horchposten in die Gesellschaft, Seismographen“ (Micus) zu wirken. Das stärkt und reaktiviert soziale Verwurzelung – und macht sensibel für Veränderungen in der Gesellschaft. Die Strömungsorganisation haben also eine Zukunft: als Mischung aus debattenfrohem Think Tank und bewegungsähnlichem Basisnetzwerk. ■

⇨ Tom Strohschneider, Jahrgang 1974, ist Chefredakteur der Tageszeitung „neues deutschland“. Von ihm erschien zuletzt: „Linke Mehrheit?“ Eine Flugschrift über Rot-Rot-Grün, politische Bündnisse und Hegemonie bei VSA: Hamburg.

Bildet euch – bildet andere – bildet Banden!

SPD-Parteilinke in Dortmund

von Andreas Bach, Marco Bülow, Lisa Nettlenbusch und Jens Peick

Die Geschichte der Dortmunder Parteilinken ist so lang, dass die Autor*innen dieses Artikels nicht alles persönlich miterleben konnten. Bis ungefähr 1988 gab es in Dortmund den „August-Bebel-Kreis“, der zum Schluss nur wenig Berührungspunkte zur SPD-Politik in Dortmund hatte und so kaum noch Einfluss nahm. Daher gründete sich 1991 mit der „SPD 2000 – Dortmund“ ein Kreis von aktiven Linken in der Dortmunder SPD. Eine Besonderheit war, dass fast alle Mitglieder dieses Kreises in Funktionen aktiv tätig waren in der damals noch über 15.000 Mitglieder starken Parteiorganisation. Dieses Merkmal trifft bis heute zu. Allerdings hat die Parteilinke ihren Einfluss gegenüber den frühen Zeiten, in denen lediglich ein bis zwei Mitglieder auch im Unterbezirksvorstand vertreten waren, deutlich ausgeweitet und stellt fast die Hälfte der Vorstandsmitglieder in Dortmund. In der engen Zusammenarbeit mit anderen Gliederungen der Partei sind wir immer wieder mehrheitsfähig und gestaltende Kraft innerhalb der Dortmunder SPD. Bundesweit in Erscheinung getreten sind wir erstmals 1993. Mit dem von uns initiierten „Dortmunder Appell“ wurden Ulrich Klose und Björn Engholm als Fraktions- und Parteivorsitzender, zum Rücktritt aufgefordert. Grund war der 1992 geschlossene Asylkompromiss, den wir strikt ablehnten und der faktisch zu einer Aushöhlung des Rechts auf Asyl geführt hat. Die Unterschriftensammlung zum Appell erfuhr breite Presseaufmerksamkeit und setzte die Parteispitze in Bonn massiv unter Druck. Bereits 1995 führten wir eine erste Diskussionsveranstaltung zur Öffnung der SPD hin zur damaligen PDS durch. Ein Thema, das sich bis heute in unserem Kreis fortsetzt. Noch vor der Gründung des Institut Solidarische Moderne

(ISM) im Jahr 2010 trafen wir uns regelmäßig mit den Dortmunder Grünen und als Folge einer erfolgreichen Crossover-Veranstaltung des ISM mit Marco Bülow, Katja Kipping und Sven Giegold in Dortmund 2011, gründete sich das „Dortmunder Crossover“. Seitdem finden regelmäßig Treffen zwischen interessierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Grünen und Mitgliedern der Partei „Die Linke“ statt.

„Solare Zukunft auf Dortmunds Dächern“ hieß unser Thema 1996, unter dem wir die kostendeckende Einspeisevergütung forderten, die damals noch auf breite Ablehnung stieß. In den Jahren 2001 bis 2003 mobilisierten wir die Dortmunder SPD mit Hilfe von Unterschriftenlisten zuerst gegen den Afghanistan- und später gegen den Irak Krieg. 2008 unterstützten wir Kurt Beck öffentlich als Vorsitzenden.

2002 erschien der Name „SPD 2000“ überholt und wurde in Anlehnung an die Gründung des Vereins DL21 in „DL21 Dortmund“ geändert. Um bei uns mitzumachen, muss man aber nicht Mitglied der DL21 sein. Wir sind offen für alle Interessierten mit einem linken Politikanspruch innerhalb der Dortmunder SPD.

Schwerpunkte unserer Arbeit waren aber immer die lokalpolitischen Themen in der Dortmunder SPD. Wir initiieren inhaltliche Debatten, sind Diskussionsforum und bereiten Parteitage vor. Die Meinungsbildung innerhalb der SPD beginnt vor Ort in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Kreisverbänden. Hier braucht es eine starke Linke, die Bildungsarbeit leistet, Debatten anstößt und Beschlusslagen herbeiführt. So haben

wir zum Beispiel auch einen Beschluss zu TTIP auf einem Unterbezirksparteitag im März diesen Jahres herbeigeführt, der dann als Antrag an den Parteikonvent im September gestellt wurde, wo es auf Initiative der Parteilinken zu einer klaren Positionierung der SPD kam.

Deswegen halten wir es für wichtig, die linken und progressiven Kräfte innerhalb der SPD-Gliederungen zu vernetzen und so die Durchsetzungsfähigkeit linker Politik zu erhöhen. Daher darf sich die Linke in der SPD nicht zersplittern. Nur auf diesem Weg können größere Gestaltungsmöglichkeiten der Parteilinken auf Landes- und Bundesebene errungen werden. Daher unser Aufruf an alle Linken in unserer Partei: Organisiert euch! ■

☞ Andreas Bach ist OV Vorsitzender und Mitglied im UB Vorstand sowie Einlader DL21 Dortmund.

☞ Marco Bülow ist MdB und Einlader DL21 Dortmund.

☞ Lisa Nettlebusch ist Mitglied im UB Vorstand und Einladerin DL21 Dortmund.

☞ Jens Peick ist stellvertretender UB Vorsitzender und Einlader DL21 Dortmund.



Bei diesem Band handelt es sich um das leicht überarbeitete und um die Zeit nach der Bundestagswahl 2009 bis zum SPD-Mitgliederentscheid 2013 erweiterte Kapitel „Geschichte der Strömungs- und Faktionskämpfe der SPD“ der im Nomos Verlag erschienenen Publikation „Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei“.

Der Autor analysiert die Geschichte der SPD-Flügel nach 1945 und legt dar, dass sie Transmissionsriemen sozialer Milieus und gesellschaftspolitischer Lager und damit Gradmesser für den Erfolg der SPD sind. Die Hochzeit der SPD als linke Volkspartei in den 1970er Jahren mit über 40 Prozent der Wählerstimmen und über einer Million Mitgliedern war auch die Erfolgszeit der SPD-Flügel. Erst mit der Ausgrenzungspolitik unter dem SPD-Vorsitzenden und Kanzler Schröder setzte mit der Verabschiedung der Agenda 2010 die Krise der SPD ein. Sie fand bei der Bundestagswahl 2009 ihren Höhepunkt und dauert bis heute an. Die Geschichte der SPD-Flügel zeigt Auswege aus der Krise auf und weist anhand von programmatischen und personalpolitischen Aushandlungsprozessen nach, dass eine partizipatorische Politik mehrheitsfähig ist und sich nicht auf legitimatorische Mitgliederentscheide beschränken muss.

spw-verlag, 178 Seiten, € 18,00

Die Erneuerung des Aufstiegsversprechens

von Katrin Budde

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind der politische Kern der Sozialdemokratie. Diese Grundwertewaren zu den unterschiedlichen Epochen unserer über 150-jährigen Parteigeschichte mit unterschiedlichen Inhalten und Forderungen verbunden, gemein sind ihnen aber das Streben nach einer besseren Gesellschaft mit guten Lebensperspektiven für alle Menschen.

Die nähere Definition für Freiheit als die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben, für Gerechtigkeit als gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung und für Solidarität als Bereitschaft des Füreinander-Einstehens und der gegenseitigen Hilfe, kann an dieser Stelle unterbleiben. Sie ist ideengeschichtlich-philosophisch im Grundsatzprogramm hinreichend beschrieben und damit sozialdemokratisches Gemeingut. Darauf fußt jedoch eine konkrete Erwartung, die die Milieus der früheren Arbeiterbewegung und die heutigen sozialdemokratischen Wählergruppen an die SPD hatten und haben: die Erwartung von Sicherheit und Aufstieg.

Zur Sicherheit gehört nicht nur, dass man nachts auf der Straße unbehelligt seiner Wege gehen kann, dazu gehört auch die Sicherheit des Sparsäckels vor den Irren und Wirren eines Finanzmarktes, die Sicherheit vor Ausbeutung durch prekäre Arbeit und die Sicherheit vor Diskriminierung, egal ob auf Grund von Alter, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Dazu gehört auch die Sicherheit, dass das Bemühen in und nach Ausbildung oder Studium zu einem guten oder besseren Leben führt und nicht in Arbeitslosigkeit, Dauerpraktika oder prekärer Arbeit endet. Das bedeutet die Sicherheit, dass Aufstieg möglich ist und dass bei Abstiegsgefahr die sozialen Sicherungssysteme greifen.

Diese Erwartung war auf der anderen Seite immer auch das Versprechen der Sozialdemokratie. Es galt die unausgesprochene Übereinkunft: „Wir wählen Euch, damit es uns besser geht.“ Das heißt im Umkehrschluss, dass die Sozialdemokratie nicht mit der Aussicht gewählt wird, es werde den Menschen schlechter gehen.

Diese Erwartung haben wir bei Teilen der Bevölkerung mit der Agenda 2010 bitter enttäuscht. Die Aussicht, nach vielen Jahren des Berufslebens nach relativ kurzer Zeit mit Menschen gleichgestellt zu werden, die noch nie gearbeitet haben, die Aussicht auf Dequalifizierung durch die Absenkung der Zumutbarkeitsregelungen und die Umsetzung des Prinzips „Fördern und Fordern“ ungeachtet der Tatsache, dass keine Lohnuntergrenze existiert, haben zu einer Abstiegsangst in großen Teilen unserer Wählerschaft geführt. Arbeiten zu müssen und nicht einmal davon leben zu können, ist für niemanden eine Lebensperspektive. Das ist der Kern des Vertrauensverlustes, an dem wir seitdem laborieren. Wie aber erneuern wir das Versprechen an Aufstieg und Sicherheit?

1. Ordnung am Arbeitsmarkt

Mit der Einführung des Mindestlohns haben wir einen großen Defekt auf dem Arbeitsmarkt behoben. Dabei stellt die Erfüllung des Grundsatzes „wer arbeitet, muss davon leben können“ das Mindestmaß sozialer Gerechtigkeit in einer sozialen Marktwirtschaft dar. Zudem brauchen wir eine Beschränkung der Leih- und Zeitarbeit und von Werkverträgen. Die Flexibilitätsbedürfnisse von Unternehmen dürfen nicht einseitig zu Lasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gehen.

Unser Ziel muss weiter das tarifgebundene Normalarbeitsverhältnis sein. Dabei ist es gerade an der SPD in Regierungsverantwortung, staatliches Lohndumping zu bekämpfen. Sie muss dafür stehen, dass der Staat als direkt politisch gestaltbares Gemeinwesen mit gutem Beispiel vorangeht. Das ist nicht nur eine Frage der gesellschaftlichen Notwendigkeit, sondern verstärkt auch die Argumentation gegenüber Unternehmen in Bezug auf gute Arbeit und gute Löhne.

Gute Arbeit und gute Löhne sind zwei der wichtigsten Voraussetzungen für eine positive Entwicklung der Länder und des Bundes. Gerade in strukturschwächeren Flächenländern wie Sachsen-Anhalt sind sie das beste Mittel gegen Abwanderung. Dabei hat vor noch nicht allzu langer Zeit das Land bei Investoren mit niedrigen Löhnen in Sachsen-Anhalt als Standortfaktor geworben. Damit muss Schluss sein. Es ist nicht positiv für die Entwicklung eines Landes, wenn diese mit der Perspektivlosigkeit ganzer Arbeitsbiographien erkaufte wird. Sachsen-Anhalt hat als Billiglohnland ausgedient. Das gilt auch für alle anderen Bundesländer, die irgendwann auf eigenen Beinen stehen wollen.

In Sachsen-Anhalt haben wir dazu ein Vergabegesetz mit Tariftreueklausel eingeführt. Es ist absurd, öffentliche Aufträge zu Billigpreisen wegzugeben und sie dann über die Sozialsysteme querzusubventionieren. Gleiches gilt für die Vergabe von Fördermitteln. Auch hier müssen wir bundesweit dazu kommen, dass nur tariftreue Unternehmen diese Förderung erhalten.

2. Soziale Marktwirtschaft als krisenfestes Gegenmodell zum Wirtschaftsliberalismus

Das Gegenteil von Billiglohnland ist eine funktionierende soziale Marktwirtschaft. Ludwig Erhard hat in den Düsseldorfer Leitsätzen die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft formuliert. Darin heißt es: „Die

„soziale Marktwirtschaft‘ kann nur verwirklicht werden, wenn sie das Vertrauen der gesamten Gesellschaft besitzt, d.h. wenn Unternehmer, Arbeiter, Angestellte und Verbraucher aktiv an ihrer Durchführung beteiligt werden.“ Dieser Grundsatz ist das genaue Gegenteil eines entgrenzten Marktes, der die noch immer nicht ausgestandene Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht hat.

Dieser Grundsatz schließt die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmerinnen und Unternehmer genauso ein wie die Verantwortung und Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Er beinhaltet das Recht auf vernünftige Arbeitszeiten, auf Arbeitsschutz, auf Kündigungsschutz und auf betriebliche Mitbestimmung, also all das, was wir als SPD unter dem Begriff der Guten Arbeit zusammenfassen und fordern.

Zwei wichtige Säulen der sozialen Marktwirtschaft sind eine funktionierende Tarifautonomie und eine funktionierende Sozialpartnerschaft in den Betrieben. Das ist es, was die soziale Marktwirtschaft neben den sozialen Sicherungssystemen überhaupt erst sozial macht. Dazu gehört auch die Verantwortung des Unternehmers, der nicht nur für das Betriebsergebnis verantwortlich ist, sondern auch für das Wohl seiner Angestellten. Das funktioniert übrigens auch unter dem Druck der Globalisierung, die gern als Argument angeführt wird, wenn es um den Abbau von Arbeitnehmerrechten geht.

Zudem ist die soziale Marktwirtschaft ein krisenfestes Modell oder besser, ein Modell, das bei der Krisenbewältigung hilft. Das haben wir in der Finanz- und Wirtschaftskrise gesehen, in der viele Betriebsräte sehr verantwortlich zum Wohle des Unternehmens agiert haben. Da haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Verzicht geübt, um das Unternehmen und damit den eigenen Arbeitsplatz zu retten. Umgekehrt bedeutet das, dass sie in besseren Zeiten von einem

besseren Betriebsergebnis profitieren müssen. Das alles geht nur in einer funktionierenden Sozialpartnerschaft im Betrieb.

3. Aufstieg durch Bildung

Eine der Wurzeln der Sozialdemokratie in den Arbeiterbildungsvereinen ist die Emanzipation durch Bildung. Dabei ist das Prinzip des lebenslangen Lernens die moderne Ausformung der sozialdemokratischen Grundüberzeugung, dass Aufstieg durch persönliche Qualifizierung jederzeit möglich ist und möglich sein muss. Dazu müssen wir eine geschlossene Bildungskette gewährleisten, die von der frühkindlichen Bildung über die Schule bis zur Ausbildung oder zum Studium reicht, die Übergänge schafft, statt Hürden zu errichten, die Brüche in Bildungsbiographien auffängt und die zweite und dritte Bildungswege ermöglicht.

Die frühkindliche Bildung ist das in der öffentlichen Debatte am wenigsten beachtete Glied dieser Kette. Kinderbetreuung wird oft vor allem unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, also als Serviceeinrichtung für die Eltern – was unzweifelhaft ein wichtiger Aspekt ist – weniger aber unter dem Aspekt der Bildung betrachtet, also dem kindgerechten Lernen und der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder. Dabei werden mit der frühkindlichen Bildung die Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungsweg gelegt, in den Familien genauso wie in den Kindertageseinrichtungen. Gute frühkindliche Bildung als Teil der Bildungskette muss also qualitativen ebenso wie quantitativen Ansprüchen gerecht werden. In Sachsen-Anhalt haben wir daher nicht nur den Anspruch auf Ganztagsbetreuung – bis zu zehn Stunden – für alle Kinder, ungeachtet des sozialen Status ihrer Eltern, sondern auch ein Bildungsprogramm zur Absicherung der frühkindlichen und kindgerechten Bildung in den Kitas eingeführt.

Das gegliederte Schulsystem ist nach wie vor eines der größten Aufstiegshemmnisse auf dem Bildungsweg, jedenfalls für die Kinder, die irgendwann falsch aussortiert werden. Diese Sortierung findet in einer Lebensphase statt, in der die Entwicklung eines Kindes überhaupt nicht absehbar ist. Danach ist zwar die Durchlässigkeit theoretisch gegeben, aber die Praxis sieht anders aus. Solche institutionellen Bildungshürden sind weder gerecht für die Kinder noch gesellschaftlich sinnvoll. Sie müssen abgeschafft werden. Das längere gemeinsame Lernen ist dafür nicht nur ein vernünftiger, sondern vielfach erprobter Weg. Wenn Kinder bis zur achten statt bis zur vierten Klasse gemeinsam lernen, verdoppelt sich für sie die Wahrscheinlichkeit, den bestmöglichen Abschluss zu machen, und verdoppeln sich damit die Aufstiegschancen.

Die Debatte um die Hochschulen ist heute vor allem eine Debatte um Finanzen. Natürlich ist die Finanzierung der Hochschulen in vielen Bundesländern ein Problem. Daher ist eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Hochschulen der richtige Weg. Aber Hochschulen sind mehr als Kostenstellen. Sie sind wichtige Orte der Wissensgenerierung und -sicherung und spielen eine immer wichtigere Rolle bei der Berufsqualifizierung und Weiterbildung. Sie sind ein zentraler Ort für die Innovationen mit direkter Auswirkung auf die Wirtschaft in ihrer Region. Vor allem aber sind sie getreu dem Humboldtschen Bildungsideal eine wichtige Stätte der Persönlichkeitsbildung. Wir brauchen gut qualifizierte Fachkräfte, aber genauso brauchen wir Persönlichkeiten, die wissen, dass am Ende der Bildungskette Aufstieg nicht nur eine Frage der Erreichung persönlicher Lebensziele ist, sondern auch die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung bedeutet.

4. Aufstieg durch Gleichstellung

Die Aufstiegschancen in diesem Land bemessen sich trotz vieler Fortschritte bei der

Gleichberechtigung nach wie vor auch nach dem Geschlecht. Frauen sind diejenigen, die am meisten in Teilzeit arbeiten. Frauen haben zwar gleich gute oder oft auch bessere Berufs- und Bildungsabschlüsse als Männer, in der Arbeitswelt werden sie trotzdem oft abgehängt. Frauen werden auf gleichen Positionen im Schnitt schlechter bezahlt und sie werden seltener Chefin. Zusammengefasst zahlt sich Leistung für Frauen weniger aus. Das ist eine strukturelle Diskriminierung, deren Abschaffung eines unserer wichtigen Aufstiegs- und Emanzipationsprojekte ist.

Wenn wir heute über Gleichstellung und Selbstbestimmung reden, reden wir nicht mehr von einem einzelnen singulären Ziel, sondern über Frauen in vielen verschiedenen Lebenssituationen. Selbstbestimmung und Gleichstellung heißt, Frauen in Führungspositionen zu bringen genauso, wie auf allen anderen Ebenen des Berufslebens, Familie und Beruf unter einen Hut bringen zu können. Das heißt genauso die Einführung von Quoten wie eine gute Kinderbetreuung und ein Programm für Alleinerziehende – auch hier sind es vor allem Mütter. Und das heißt, ein Rückkehrrecht nach Teilzeitarbeit in eine Vollzeitstelle – für Frauen und Männer – wenn die Zeit einer intensiveren Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen vorüber ist.

Um die Gleichstellung von Frauen in so wichtigen Lebensgebieten wie der Arbeitswelt rechtlich zu verankern, bedarf es gesetzgeberischer Schritte. Dazu gehören zwingend ein Entgeltgleichheitsgesetz und die Haltung, dass die aktuell diskutierten Quoten nur ein Anfang sein können.

5. Durchsetzungsmöglichkeiten einer linken Aufstiegs politik

Die für die Durchsetzung einer linken Aufstiegs politik notwendigen gesellschaftlichen Mehrheiten sind möglich, denn der Wunsch

nach Aufstieg, die Sehnsucht nach Sicherheit und das Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit sind Grundeinstellungen in vielen Teilen der Bevölkerung. Das hat das Beispiel des Mindestlohns gezeigt.

Wir müssen aber auch jenseits unserer traditionellen Wählerschichten neue Verbündete suchen und alte Verbündete zurückgewinnen. Von einer linken Aufstiegs politik profitieren eben nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Studierende oder Familien, davon profitieren auch Handwerk und regionaler Mittelstand. Sie sind auf eine funktionierende Sozialpartnerschaft, den Schutz vor Lohn- und Preisdumping und die Versorgung mit Fachkräften ebenso angewiesen wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf einen guten und sicheren Arbeitsplatz. Auch sie sind eigentlich unsere natürlichen Verbündeten. Wir müssen sie nur überzeugen. ■

☞ Katrin Budde ist SPD-Landesvorsitzende Sachsen-Anhalt und Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.

Diskussionen von links ... aber vor allem von unten

von Michael Clivot

In diesem Monat gründet sich im Saarland eine Regionalgruppe der DL21. Nun könnte man sich fragen, ob der Zeitpunkt etwas mit den Diskussionen um die DL21 oder den linken Parteiflügel zu tun hat. Dennoch ist der Zeitpunkt völlig zufällig. Die Beweggründe sind andere. Sie sind vorrangig im Saarland verortet.

Der Landesverband der SPD im Saarland gilt bundesweit zwar als einer der linkeren Landesverbände, doch nennenswerte Diskussionsbeiträge oder eine herausragende inhaltliche Grundlage für Debatten auf Bundesparteitagen liefert er nicht. Selbstverständlich verfügt gerade ein Landesverband, der immer noch den höchsten Organisationsgrad aller Landesverbände aufweist, über zahlreiche linke Kräfte in den eigenen Reihen, doch in der Meinungsbildung der SPD Saar kommen sie nicht zu Wort. Seit vielen Jahren setzt sich die SPD Saar kaum noch mit grundsätzlichen Fragen wie beispielsweise in der internationalen Politik (selbst während der Euro-Krise nicht), in der Wirtschaftspolitik (bspw. über neue Formen des Wirtschaftens) oder auch in der Gesellschaftspolitik auseinander und bietet keine Weiterbildung mehr an. Nur im Vorfeld von Wahlen gelang es der SPD Saar im Rahmen der Entwicklung von Regierungsprogrammen inhaltlich Akzente zu setzen. Auch das letzte Regierungsprogramm war an zahlreichen Stellen von linken Inhalten geprägt, dennoch enthielt es keine neuen Konzepte. Ohne aber den inhaltlichen Unterbau stetig weiterzuentwickeln geht eine solche Strategie irgendwann nicht mehr gut. Die SPD Saar lebt sozusagen nur noch von Ihrer Substanz.

13 Jahre lang saß die SPD im Saarland in der Opposition, nachdem sie 14 Jahre lang mit absoluter Mehrheit regiert hatte. Diese

Zeit hat sie nicht genutzt, um sich personell und inhaltlich wesentlich zu erneuern. Seit 2012 ist die SPD an einer großen Koalition beteiligt. Dadurch ist es definitiv nicht leichter geworden, innerhalb der Partei einen Diskussionsprozess zu fördern, der über die Tagespolitik hinausgeht.

Aus diesen Gründen hat sich eine Gruppe von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verschiedener Altersgruppen, mit verschiedenen Hintergründen zusammengefunden, um der SPD Saar zu einer neuen inhaltlichen Grundlage zu verhelfen. Denn vielen in der Partei geht es nicht nur um eine inhaltliche Erneuerung, sondern um linke Fundamente, um die Formulierung und Weiterentwicklung linker Politik.

1. Ein wesentlicher Anspruch ist, dass dies möglichst breit geschehen soll. Alle, die sich einem solchen Projekt zugehörig fühlen, sollen sich beteiligen können. Dies steht natürlich diametral der bisherigen funktionärsgetriebenen Meinungsbildung in der Partei entgegen. Doch nur, wenn linke Diskussionen und Reformprojekte in der Partei breit verankert sind, können diese auch mehrheitsfähig gemacht werden. Die DL21 soll auch als Plattform die linken Kräfte in der Partei zu Wort kommen lassen und bündeln.
2. Linke Politik lässt sich nicht nur auf Bundes- oder Landesebene machen. Denn auch auf der kommunalen Ebene können wichtige linke Impulse gesetzt werden, bspw. in der Familienpolitik oder in der Daseinsvorsorge. Auch beim Outsourcing kommunaler Aufgaben oder im Falle von Public Private Partnership sind linke Positionen ein wichtiges

Korrektiv. Daher setzt die DL21 Saar darauf, möglichst viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu integrieren.

3. Nicht zuletzt soll die DL21 auch die personelle Erneuerung der SPD unterstützen. Ziel muss es sein, den politischen Gestaltungsanspruch auch bei der Mandatsvergabe und der Besetzung von Gremien durchzusetzen.

Die DL21 bietet dabei günstige Rahmenbedingungen. Denn als Verein stellt sie eine kontinuierliche Diskussionsplattform mit basisdemokratischen Strukturen dar. Sie kann

dadurch für Transparenz sorgen, bietet klare Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und ein bundesweites Netzwerk. Nur gemeinsam kann es gelingen linke Reformpolitik zu erarbeiten und durchzusetzen. Und wenn die Geschichte der Linken in der Partei oft durch Spaltung geprägt war, so wollen wir im Saarland den Versuch wagen, den entgegengesetzten Weg einzuschlagen. ■

⇒ Michael Clivot ist Mitglied im SPD-Landesvorstand des Saarlandes und Mitinitiator der DL21 Regionalgruppe im Saarland.

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

310 Kriegsszenarien

W. ADOLPHI: Die Neuen Schlafwandler

N. PAECH: Krieg im Irak und in
Syrien. Fünf Thesen

M.C. DINÇER: Mitteleuropa unter
deutscher Führung

D. KANNAPIN: Nationalitäten im
Spätimperialismus – Russland-
Ukraine

W. RÖHR: Kriegsschulddebatten
hundert Jahre danach

FRIGGA HAUG: »Das Vaterland nicht
im Stich lassen«. Rosa Luxemburgs
Antikriegspolitik

G. DIETRICH: Kasten-Demokratie.
Perry Anderson über Indien

R. COHEN: Der Gefängnisbriefwechsel
Antonio Gramsci / Tatjana Schucht

W. D. HUND: Crusoes Kreuzzug. Zum
Krieg gegen den Teufel bei Defoe

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: 030-611-3983 · Fax: -4270

www.inkrit.org/argument

Redaktion DAS ARGUMENT · I. Schwerdtner
Aug.-Hecht-Str. 33 · 63067 Offenbach
Tel: 069-27244151 · argument@inkrit.org

Links leben

von Moritz Deutschmann und Charlotte Rosa Dick



Foto: © I. M. Redesiuk - fotolia.com

„Mit den Arschlöchern von der CDU koaliere ich nicht.“ Das sagte einmal Regine Hildebrandt. Sie sprach damit etwas aus, was viele Jusos, immer wenn sich die Debatte um eine große Koalition dreht, schnell denken.

Sicher, dieser Satz mag nicht auf Zustimmung aller Jusos stoßen, da das Pro oder Contra zu einer Koalition für viele immer, berechtigter Weise, ein langer Abwägungsprozess ist. Alle Parteimitglieder stellten sich vor dem Mitgliederentscheid letztes Jahr die Frage: „Welche unserer Forderungen könnten umgesetzt werden?“ Der Mindestlohn, Verbesserungen beim Doppelpass, die Frauenquote? Ein Schluss, der auch den ein oder die andere Juso im Mitgliederentscheid für die Koalition mit CDU/CSU stimmen ließ.

Dennoch steht der Satz von Regine Hildebrandt stellvertretend für eine Stimmung, die viele Jusos in der SPD auch ein Jahr nach dem deutlichen Votum für den Koalitionsvertrag immer noch so unterschreiben würden.

Aber warum ist das so? Die SPD macht in den Augen vieler Genossinnen und Genossen (und wenn man der Meinung mancher Berichterstatter folgt) ihre Sache doch gar nicht so schlecht. Sie ist „der Motor der großen Koalition“, wird Sigmar Gabriel nicht müde, zu betonen. Sie kann zentrale Projekte umsetzen und so real etwas an der Lebenswirklichkeit vieler Bürgerinnen und Bürger verändern. Der Mindestlohn kommt, die Rente wird umgestaltet und die Frauenquote ist bald nicht mehr reines Wunschenken. Dennoch, die SPD muss sich mit teils schmerzhaften Kompromissen arrangieren, mit denen sie sich eigentlich nicht abfinden darf. Dazu gehören ein Mindestlohn, der durchlöchert ist von Ausnahmen, eine Frauenquote, bei deren Nichteinhaltung bislang keine Konsequenzen vorgesehen sind, die Einstufung Bosniens, Serbiens und Mazedoniens als sichere Herkunftsländer, unzureichende Fortschritte in der Umweltpolitik sowie keine konsequente Politik, wenn es um Waffenexporte geht.

Unsere Generation hat keinen Bock auf eine Politik ohne Visionen, eine Politik, die an unserer Lebensrealität vorbei geht. Die SPD schafft es nicht, unabhängig von der Koalition, die Lebensrealität unserer Generation zu erkennen und diese konsequent zu verbessern. Es fehlt an überzeugenden politischen Lösungen. Die SPD übersieht entscheidende Fragen und Entwicklungen.

Um linke Politik zu machen, müssen wir uns und unser Handeln immer wieder hinterfragen und vor dem Hintergrund neuer Entwicklungen in der Gesellschaft auf den Prüfstand stellen. Uns stellen sich die Fragen: „Wie sieht ein linker Gesellschaftsentwurf aus? Was ist gutes Leben? Was ist gutes, linkes Leben?“. Wir Jusos stellen diese Fragen stellvertretend für unsere Generation.

Wieviel Wir braucht das Ich?

Wir müssen uns als Jusos und als SPD programmatisch weiterentwickeln – völlig unabhängig von der aktuellen Regierungskoalition. Diese Entwicklung entsteht aber nicht nur durch Parteitagebeschlüsse und Wahlprogramme. Wir müssen die entscheidenden Fragen unserer Zeit identifizieren, ihre Hintergründe beleuchten, sie diskutieren und Antworten finden. Diese Antworten dürfen aber nicht nur für morgen reichen, sondern müssen Antworten für die nächsten zwanzig Jahre liefern. Sie müssen einen modernen linken Gesellschaftsentwurf vom Guten Leben formen.

Was sind diese Fragen und wem stellen wir sie?

Das neoliberale Dogma, Probleme seien am besten individuell zu lösen, prägt unsere Zeit. Es geht darum, was der oder die Einzelne in seinem/ihrer eigenen Leben verbessern kann. Unsere Gesellschaft individualisiert sich. Wir sind uns immer mehr selbst die Nächsten. Es scheint, wir müssten es sein.

Es reicht uns aber nicht, nur jedem Menschen gleiche Chancen einzuräumen und auf das Prinzip der Eigenverantwortung zu setzen! Und damit sind wir nicht alleine. Das Gute Leben, das unsere Generation fordert, kann niemals nur Aufgabe eines Individuums sein. Finanzielle Sicherheit und beruflicher Erfolg, Work-Life-Balance, Zeit für Familie und Freunde kann sich kein Mensch alleine erkämpfen.

Unsere Gesellschaft verändert sich, bringt neue Herausforderungen. Wir stellen uns dem.

Guckt man sich die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre an, ist eine der Hauptveränderungen schnell identifiziert: die Digitalisierung der Gesellschaft. Sie stellt uns vor immer neue Herausforderungen. Sie erleichtert Arbeitsprozesse und birgt ein riesiges Potenzial. „Das Internet ist ein Ur-Sozialdemokratisches Projekt“, schrieb Nico Lumma in der letzten Ausgabe unseres Juso-Verbandsmagazins Update (Vgl. Update 14.2). Und damit hat er Recht! Die Digitale Gesellschaft ermöglicht uns kreative Entfaltung, erleichtert Kommunikation und vernetzt alle Teile der Welt miteinander. Sie ist eine riesige Chance, um eine gerechtere Gesellschaft zu erkämpfen.

Sie birgt aber auch viele Probleme. Die Digitale Teilung der Gesellschaft wird immer deutlicher. Wohnort, Alter und finanzielle Mittel haben erheblichen Einfluss darauf, wie ich mich an der Digitalen Gesellschaft beteiligen kann. Viele Teile des Internets monopolisieren sich, Datensammler wollen alles über uns wissen, Cyberkriminalität nimmt zu. Daneben treten immer neue Probleme auf, die wir offline gar nicht kannten. Eine teils beängstigende Anonymität, eine Entfremdung tritt auf. Viele fragen sich: „Bin ich im Internet noch ich? Bin ich allein? Gibt es noch ein Wir?“. Doch liefert die SPD hier noch nicht die Antworten, die diesen Fragen begegnen.

Auch in anderen Lebensbereichen, beispielsweise in der Bildung, kommt es immer mehr auf uns selbst an. Über unserer Generation hängt ein erheblicher Erwartungsdruck. G8, Bachelor-Master, verkürzte Ausbildungsgänge. Alle müssen schneller und besser sein. Probleme sollen nicht gemeinschaftlich gelöst werden, sondern Du musst es alleine schaffen. Schaffst Du die Schule nicht, oder schmeißt dein Studium hin, hast Du versagt! Dass es an Leistungs- und Zeitdruck liegen könnte, die uns eine kapitalistische Gesellschaft aufdrücken, wird als Antwort nicht zugelassen. Es fehlt an Anerkennung und die Chance auf Selbstentfaltung. Wir werden in ein Korsett gepresst, das uns die Gesellschaft vorgibt. Wir wollen nicht ständig mit der Angst zu versagen rumlaufen und abhängig sein von dem, was uns die Gesellschaft hinwirft.

Deshalb kämpfen wir für echten gesellschaftlichen Fortschritt. Diesen Fortschritt kann es nur mit Gerechtigkeit geben. Wir müssen uns die politischen Rahmenbedingungen zur Erfüllung unserer Ziele erkämpfen. Das geht nur, wenn wir alle gemeinsam kämpfen.

Über diesen Fortschritt, diese Herausforderungen werden wir Jusos im kommenden Jahr diskutieren. Wir fragen uns und alle anderen: „Was ist gutes Leben? Und was ist gutes Leben für alle, wenn gut immer etwas anderes ist? Wie können wir den Begriff der Solidarität wieder bedeutsam machen? Was ist unser Zukunftsentwurf für eine solidarische und selbstbestimmte Gesellschaft?“

In unserer Kampagne Links Leben wollen wir in verschiedenen Formaten zusammenkommen und unsere Idee, unsere Forderungen nach einem guten, linken Leben entwickeln. Es wird online diskutiert. Es gibt einen Videowettbewerb, wir treffen uns im ganzen Land verteilt in Zukunftswerkstätten und stellen uns diesen Fragen. Der Höhe-

punkt wird das Sommercamp sein. Dort werden wir vier Tage lang gemeinsam links leben und die Diskussionen der vorhergegangenen Wochen und Monate zusammenführen und unsere Vision für ein gutes linkes Leben, einen zukunftsfähigen Gesellschaftsentwurf präsentieren. Aber nicht nur als Jusos. Wir wollen über den Verband hinaus mit Partnerinnen und Partnern, mit Nicht-Mitgliedern und anderen gesellschaftlichen Akteuren zusammenkommen. Wir Jusos vertreten eine Generation, die ein anderes Leben will.

Mit dieser Kampagne gehen wir einen Schritt, den keine andere politische Jugendorganisation beschreitet. Uns reicht es nicht, nur die aktuellen Fragen unserer Zeit ad hoc zu lösen. Wir streiten für einen Gesellschaftsentwurf, der unser aller Leben verbessert. Wir stellen Fragen und werden gemeinsam Antworten finden. Das birgt auch eine riesige Chance für die SPD. Unsere Kampagne zeichnet einen Gesellschaftsentwurf, der sozialdemokratische Politik in den nächsten zwanzig Jahren beeinflussen wird. Es wird eine sozialdemokratische Politik sein, die die Sorgen, Hoffnungen und die riesigen Potenziale junger Menschen anspricht und unsere Gesellschaft verändern kann. ■

↳ Charlotte Rosa Dick ist stellv. Bundesvorsitzende der Jusos.

↳ Moritz Deutschmann ist stellv. Bundesvorsitzender der Jusos.

Der SPD ein linkes Zentrum geben

von Oliver Kaczmarek

Die Zeichen mehren sich, dass einigen der Einfluss der Parteilinken auf die Programmatik der SPD zu groß geworden ist. Korrekturen am Programm werden gefordert. Man sei ja schließlich nicht der Betriebsrat der Nation. Statt sich aber ihres Einflusses bewusst zu werden und den Anstoß zu liefern, dass einmal mit großen Mehrheiten getroffene Entscheidungen auf Parteitag kein Rückspiel haben, sondern Zukunftsdebatten weiter geführt werden sollten, mäkelte die Parteilinke an ihrem eigenen Erfolg und hadert, ob sie weiter im Zentrum oder doch lieber am Rand der SPD stehen möchte.

Manch einem mag die Kontroverse über die strategische Ausrichtung der Parteilinken in der SPD irritierend vorkommen. Selten wurden so viele ihrer mittel- und langfristigen Forderungen in der Programmatik der SPD verankert. Selten gab es über Parteitagmehrheiten und Vertreter in den Parteigremien eine bessere Möglichkeit, Einfluss auf Programmatik und Handeln zu nehmen. Selten hat die Parteilinke ihren Platz so klar inmitten der Partei gefunden. Und doch gibt es unterschiedliche Ansichten darüber, wie man diesen erfolgreichen Weg fortsetzen kann. Die Linken in der SPD müssen sich eben fragen, ob sie genau das sein wollen: ein linkes Zentrum in der SPD – mit allen dazugehörigen Konsequenzen. Dieser Artikel soll ein klares Plädoyer für die Verankerung der Parteilinken im Zentrum der SPD sein.

Dieses Plädoyer ist zuerst der Einsicht geschuldet, dass die Parteilinke eben kein geschlossener und in sich konsistenter Verein, sondern plural zusammengesetzt ist. Der Sinn einer Strömung liegt sicher darin, Themen für die Debatte in der SPD zu setzen, aber auch darin, in Debatten Orientierungspunkte zu setzen – in der SPD und nicht daneben! Die politischen Konzepte der Parteilinken müs-

sen klar und wiederkennbar profiliert sein. Sie müssen zugleich aber auch eine Option auf reale Veränderung von Politik und Gesellschaft beinhalten. Das ist die Sicht vieler Menschen, die politische Verantwortung für die SPD tragen, als Ortsvereinsvorsitzende, in Arbeitsgemeinschaften, in den Unterbezirken, Bezirken, Landesverbänden und in der Parteispitze genauso wie in den Stadt- und Gemeinderäten sowie auf allen parlamentarischen Ebenen. Denn in allen Rollen müssen wir gemeinsam und deutlich erkennbar als SPD Politik konkret gestalten. Und so verstehe ich auch die Parteilinke: fest verankert in der SPD, im Zentrum und nicht am Rande, gestaltend und umsetzend, in Verantwortung für die gesamte Partei, eben als ein linkes Zentrum in der SPD.

Der alte Spruch, wonach man nicht nur Recht haben, sondern auch Recht bekommen müsse, um politisch etwas zu bewegen, ist so simpel wie wahr. Es war nie die Sache der Linken in der SPD, kritiklos abzufeiern und etwas über die Loyalität in der Sache zu stellen. Das wird so bleiben, denn wir sind zuerst neugierig auf die Zukunftsfragen und ihre Lösungskonzepte. Die Linken in der SPD arbeiten sich nicht an den Alltagsfragen ab, sondern suchen nach dem grundsätzlichen Entwurf, nach den langfristigen gesellschaftspolitischen Zielen, manchmal auch auf der Grundlage einer sauberen theoretischen Herleitung. Jedenfalls habe ich es nie so verstanden, dass die Linken in der SPD dazu da sind, den kleinsten Widerspruch aufzuarbeiten und so aufzublasen, dass daraus eine Fundamentalkritik wird.

Ich möchte, dass wir darüber diskutieren, wie wir die in der großen Koalition durchgesetzte Erhöhung und Modernisierung des BAföG weiterentwickeln zu einer grundlegenden Reform des Systems der Aus- und Weiterbildungsfinanzierung. Und nicht darüber, warum

sie erst 2016 kommt und warum die Bedarfsätze nicht 10 statt 7 Prozent erhöht werden. So bedenkenwertes auch im Grundsatz sein mag, leuchtet mir nicht ein, wer davon profitieren sollte. Jedenfalls weder die BAföG-Empfänger, auf die es ja ankommen sollte, noch die SPD, die mit diesem Erfolg, den sie unter widrigen Umständen einer großen Koalition erreicht hat, dann nicht in Verbindung gebracht würde. Das ist auch eine Frage der inneren Haltung zu dem, was die SPD erreicht hat und was die Linken in der SPD dazu beitragen konnten.

Ich möchte, dass die Linken in der SPD nicht nur bei der sich möglicherweise abzeichnenden Debatte zur Steuerpolitik für das nächste Wahlprogramm das Steuerkonzept aus dem Wahlprogramm 2013 sichern. Aus der Sicht eines lokal verankerten Abgeordneten, direkt gewählt in seinem Wahlkreis, mit Verantwortung für einen deutlich über 5.000 Mitglieder starken Unterbezirk und in Mithaftung für den größten Landesverband der SPD gibt es dazu überhaupt keine Alternative. Denn Zukunft kann nicht anders gestaltet werden im roten Revier. Aber ich finde, die Linken in der SPD müssen einen Schritt weiter denken und dürfen sich nicht allein auf die nachträgliche Umverteilung einmal falsch verteilten Kapitals beschränken. Es wäre sinnvoll, mal wieder darüber nachzudenken, wie erzeugter Mehrwert direkt besser verteilt werden kann. Ich glaube, dass dieses auch eine Antwort auf die neuerdings immer wieder geforderte Wirtschaftskompetenz sein kann. Aber sich insgesamt auch diesem weitergehenden Thema zu stellen, ist auch eine Frage der Haltung zu dem, was wir aktuell tun müssen und welche Antworten wir für die Zukunft brauchen, damit die SPD ein konsistentes und ausstrahlungsfähiges Konzept für die Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft hat.

Diese langen Linien als Impulse für eine Debatte über die Zukunft linker Politik insgesamt zu skizzieren, zu verfolgen und in umsetzbare Teilschritte zu operationalisieren sollte das

Kerngeschäft eines linken Zentrums in der SPD sein. Diesem Anspruch wird jedoch die gelegentlich zu beobachtende auf die Kleinstwidersprüche in politischem Alltagshandeln orientierte Kritik in ihrer radikal-exponierten Mediendarstellung nicht gerecht.

Allzu oft ist in der Debatte um die strategische Ausrichtung bemüht worden, dass man die Basis bei allem nicht vergessen dürfe. Wer wollte dem schon widersprechen!? Aber je mehr man über diese Debatte hört, desto mehr wird deutlich: was Basis ist, darüber gehen die Ansichten auseinander. Wenn die Orientierung eines linken Zentrums in der SPD doch hauptsächlich auf die Zugehörigkeit in der SPD gehen sollte und muss, dann kann doch die Basis niemand anderes als die Basis der SPD sein. Ein linkes Zentrum versteht sich eben nicht als freischaffende und -schwebende Linke, sondern als Teil der SPD. Also ist entscheidend, was auf dem Platz ist. Und das Spielfeld sind nicht selbst geschaffene Nischen, in denen man immer Recht behält, weil man ja unter sich ist, sondern das Spielfeld sind Parteitage, Gremien und Mitgliederversammlungen. In ihnen werden unsere Impulse dem argumentativen Härtetest unterzogen und in ihnen erweist sich auch, ob inhaltliche Angebote mehrheitsfähig sind.

Das schließt nicht aus, dass wir uns gelegentlich eigene Plattformen für den inhaltlichen Diskurs schaffen, so wie spw eine davon ist, deren Reichweite und inhaltliche Tradition im Übrigen über jedes andere Debattenorgan in der SPD weit hinausreicht. Die Magdeburger Plattform macht ein sinnvolles Angebot. Denn vorgesehen ist nicht nur die unabdingbare strategische Koordinierung der Entscheidungsträger sondern auch der inhaltliche Diskurs in Form von bis zu zwei Mal pro Jahr stattfindenden Konferenzen aller Teile, die sich als links in der SPD betrachten. Das ist ein realistischer Anspruch und eine gute Basis, um sich eben nicht am alltäglichen Kleinklein und der Frage abzuarbeiten, wer für die Parteilin-

ke in welcher Organisationsform sprechen darf, sondern inhaltliche Impulse zu setzen. Die Magdeburger Plattform bildet dabei eine Basis für alle, die sich teilweise in unterschiedlicher Tradition, als Parteilinke verstehen und so agieren. Sie ist deshalb ein Fortschritt, weil sie die Pluralität der Parteilinken anerkennt und die Debatten auf die tatsächlichen Eingriffsfelder lenken wird.

Im Ergebnis zählt, dass die Orientierung eines linken Zentrums immer wieder auf die SPD geht, deren informeller Teil sie ist. Daran bemisst sich auch, wie ernst man es mit der Basis nimmt. Denn man kann die Basis nicht in beliebige kleine Portionchen aufteilen, bis man endlich den Wohlfühlraum hat, in dem man sich ungestört entfalten kann. Basis meint immer die Gesamtheit der SPD. Deshalb ist der gelegentlich konstruierte Widerspruch zwischen vermeintlichen Funktionärseliten und vermeintlichen Basisgenossen ein großer Popanz, weil die Legitimation aus der heraus man in der SPD sprechen kann, sich immer wieder nur auf die Legitimation aus der Parteibasis bezieht. Und dabei ist es egal, ob man Ortsvereinskassierer ist oder Parteivorsitzender.

Ein solches Verständnis vorausgesetzt, geht es letztlich darum, in der SPD anschlussfähig zu sein, um politische Mehrheiten schaffen zu können. Es hat die Partei selten vorangebracht, wenn ein Lager auf einem Parteitag eine 51-Prozent-Mehrheit durchgesetzt hat. Sicher braucht man gelegentlich auch solche Mehrheiten, aber im Kern geht es doch darum, mit einem linken Zentrum in der SPD, das sich als eines der ausgleichenden und gestaltenden Zentren der Partei sieht, den Raum für den größtmöglichen Konsens zu suchen. Es gehört zu den einfachen Wahrheiten, dass für eine Mehrheit immer mehr als ein Teil der Partei benötigt wird. Um es anders auszudrücken: eine Parteilinke, die bis zur letzten Patrone die eigene Position ohne Abstriche mit wehender Fahne bis in die Abstimmungsniederlage führt, ist

für die Parteiführung bequem. Die Meckerecke macht einem niemand streitig. Eine Parteilinke aber, die sich in das Zentrum der Partei stellt und Verantwortung durch inhaltliche Impulse und Mitgliedschaft in Gremien zugleich übernimmt, wird als gestaltende Kraft wahrgenommen. Sich zu diesem Anspruch zu bekennen und darauf die Kräfte zu richten, wird für die Durchsetzungsfähigkeit linker Themen in der SPD von nachhaltiger Bedeutung sein.

Eine starke und gestaltende Parteilinke, die sich im Zentrum der SPD verortet, ist dringender denn je, denn die nächsten Konfliktpunkte in der Partei sind bereits aufgerufen. Auf dem Bundesparteitag 2015 wird die SPD sich erstmals programmatisch auf die Bundestagswahl 2017 einstellen. Die verschiedenen Einlassungen der vergangenen Monate lassen den Schluss zu, dass es dabei zentral um die Frage gehen wird, ob die SPD eine moderne Wirtschafts- und Investitionspolitik mit der Notwendigkeit einer gerechten Verteilungspolitik weiterhin verbindet. Hier ist ein linkes Zentrum in der SPD gefordert. Und an diesem Thema mag sich vielleicht auch im Besonderen zeigen, dass es in der Parteilinken derzeit weniger um inhaltlich trennende Fragen, als um die Frage geht, wie wir diesen Zielen strategisch näher kommen.

Ein linkes Zentrum, das auf die Gesamtheit der Partei und ihren bestmöglichen Erfolg orientiert ist, wird gestaltende Kraft in der SPD sein können, wenn es auf der Höhe der Zeit ist, sich als Impulsgeber für über den Tag hinausgehende Debatten in der SPD versteht, anschlussfähig für die Mehrheit ist, sich in Verantwortung für die Gesamtpartei im Zentrum und nicht am Rand der Partei aufstellt. ■

☞ Oliver Kaczmarek ist MdB, spw-Mitherausgeber, SPD-Unterbezirksvorsitzender und lebt in Kamen.

Eine moderne solidarische SPD-Linke

von Hilde Mattheis

Einleitung

Der Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust der SPD war spätestens mit der Bundestagswahl 2009 auch auf Bundesebene offensichtlich geworden. Zuvor hatte die SPD auch schon bei vielen der Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen zum Teil deutlich verloren. Ihre Glaubwürdigkeit als Partei der Verteilungsgerechtigkeit war beschädigt, viele Genossinnen und Genossen hatten die Partei verlassen.

Aufbau- und Vertrauensarbeit

Seit 2009 wurde viel Wiederaufbau- und Vertrauensarbeit geleistet und es gelang in einigen Ländern und Kommunen wieder, Wahlen zu gewinnen. Die Hauptbotschaft war: Die SPD hat ihre politische Grundhaltung nicht verloren. Sie ist keine Partei der Beliebigkeit, auch nicht des beliebigen Kompromisses.

Sigmar Gabriel hatte in seiner Bewerbungsrede auf dem Dresdener SPD-Parteitag im November 2009 zu Recht hervorgehoben, dass „linke Politik [...] nicht ein Politikinstrument, sondern [...] Ausdruck einer Grundhaltung, der Ausdruck eines Menschen- und Gesellschaftsbildes“ (Gabriel 2009: 8) ist. Für Sozialdemokraten ist „der Mensch zur Freiheit fähig, aber eben auch zur Verantwortung und Solidarität mit allen anderen, die bei uns und woanders leben“ (ebd.).

Die SPD-Linke hat sich immer als Repräsentanz der progressiven und emanzipierten sozialen Milieus verstanden und sich dagegen gewehrt, eine Governancelogik ohne Wertebezug hinzunehmen. Regierung um des Regierens willen war und ist nicht unsere Haltung. Eine linke Sozialdemokratie arbeitet

für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für Teilhabe am Wohlstand für alle und für Aufstiegsmöglichkeiten für alle.

Nicht umsonst war es die SPD-Linke, die die programmatische und parlamentarische Arbeit insbesondere seit 2009 wesentlich mitgestaltet hat. Die SPD hat sich ein Stück Glaubwürdigkeit wiedererarbeiten können: sowohl bei Bündnispartnern wie den Gewerkschaften als auch bei der Bevölkerung. Das Forum Demokratische Linke (DL 21) hat hieran einen bedeutenden Anteil. In ihren Programmbausteinen wurden neben vielen weiteren Punkten

- ein Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro,
- eine Überwindung der Sparpolitik durch langfristige öffentliche Investitionen und deren Finanzierung durch gerechtere Steuern
- „flexible Übergänge vom Beruf in die Rente“ (DL 21 2013: 14),
- „eine Regulierung der Finanzmärkte und der Finanzwirtschaft“ (ebd.: 17) wie die Finanztransaktionssteuer,
- „eine Regulierung von europäischen Waffenexporten“ (ebd.: 29)
- und „eine verbindliche Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen“ (ebd.: 35) gefordert.

Die Programmbausteine der DL 21 zur Bundestagswahl 2013 haben in weiten Teilen Eingang in das Bundestagswahlprogramm der SPD gefunden. Allerdings wurde durch das zweitschlechteste Bundestagswahlergebnis nach 1945 nochmals klar: Es reicht nicht, sich

allein programmatisch neu aufzustellen. Vertrauen und Glaubwürdigkeit müssen in der politischen Arbeit zurückgewonnen werden. Das Ergebnis hat gezeigt, die Partei hat einen langjährigen Prozess vor sich, die Bindungen ihrer ehemaligen Wähler*innen wieder aufzubauen.

Vertrauen zurück gewinnen

Es ist daher wenig überraschend, dass der Beschluss des Mindestlohns und die Verbesserung des Rentenzugangs sich nicht sofort positiv in den Umfragen niederschlagen. Die Erfahrung mit der Agenda-SPD sitzt in den Arbeitnehmer*innenmilieus zu tief.

Und es verunsichert die Wähler*innen zudem, wenn u.a. das Ziel mehr Steuergerechtigkeit zu wollen, um dringend notwendige öffentliche Aufgaben finanzieren zu können und auch einer weiteren sozialen Spaltung entgegen zu wirken, innerhalb kurzer Frist aufgegeben wird. Diese Aufgabe eines zentralen politischen Zieles auch noch mit einer pauschalen Steuerverweigerungshaltung der Bevölkerung zu begründen, demonstriert fahrlässig, dass wichtige Ziele wohl doch nicht so ernst gemeint sind.

Wir gewinnen Vertrauen nur zurück, wenn Positionen auch wirklich durchgehalten und auch in einer großen Koalition nicht aufgegeben werden, sondern klar gemacht wird, was in dieser Konstellation möglich ist, aber für die eigene Partei das formulierte Ziel weiter gilt.

Daher müssen wir als Partei ein eigenständiges ökonomisches Profil vertreten, das nicht Gerechtigkeit gegen Wirtschaftskompetenz ausspielt, sondern Verteilungsgerechtigkeit und sozial-ökologische Innovation als zentrale Voraussetzung für ökonomischen Erfolg darstellt.

Rolle der Linken

Wir als Linke in der SPD haben mehrfach bewiesen, dass wir am Ende eines Diskurses dann gemeinsam Kompromisse vertreten, wenn wir zuvor auch wirklich beteiligt wurden!

Politische Diskussionen und Konflikte zwischen rechter und linker Strömung der Partei sind dabei keine Frage von Spiegelstrichen um ihrer selbst willen. Zur Debatte stehen z.B. grundlegende Fragen der Verteilung und der wirtschaftspolitischen Strategie (Stichworte Investitionen und Steuergerechtigkeit), der Nachhaltigkeit (Stichworte Energiewende und Klimaschutz) und der sozialen Sicherung (Stichworte Bürger-, Erwerbstätigen- und Arbeitsversicherung sowie eine sichere Rente). In diesen Debatten muss der linke Flügel für die von ihm repräsentierten Milieus erkennbar sein.

Der Rückblick auf die jüngere Geschichte zeigt, dass die SPD-Linke auch in schwierigen, fast aussichtslos erscheinenden Situationen Positionen offensiv vertreten oder durchkämpfen kann, die dann auch mehrheitsfähig sind. Beispiele sind die Frage der guten Arbeit und der Bahnprivatisierung, der Rentenniveausicherung und der Vermögensbesteuerung.

Mehrheitsfähigkeit

Die SPD muss sich wieder öffnen und offen für neue gesellschaftliche Entwicklungen sein. Transparenz und Teilhabemöglichkeiten sind wesentlich, damit sich Menschen aus modernen progressiven sozialen Milieus politisch engagieren. Sie sind in der Regel gut qualifiziert und wollen sich nicht bevormunden lassen (vgl. Vester u.a. 2001). Die Willensbildung erfolgt bei der DL 21 basisdemokratisch und gewährleistet dadurch eine langfristige Vertrauensbildung zwischen Mitgliedern und gewählten DL21-Funktionärinnen und Funktionären.

Die SPD-Linke arbeitet mit unterschiedlichen Bündnispartnern wie z.B. den Gewerkschaften, ATTAC und Umweltorganisationen zusammen und repräsentiert heterogene soziale Milieus. Es ist entscheidend, dass wir als SPD-Linke dieses Vertrauen nicht wieder verlieren, weshalb wir auch klare Haltelinien für Kompromisse formulieren. So ist es wichtig, dass wir bei den Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA (CETA und TTIP), die unseren Wohlfahrtsstaat grundlegend neoliberalisieren könnten, standhaft bleiben und unser Mietrecht, unsere Kulturpolitik, unsere sozialstaatlichen und umweltpolitischen Standards nicht durch parallelrechtliche Strukturen wie die Schiedsgerichte unterlaufen. Hier muss die SPD-Linke stehen – und wir stehen sicher nicht allein. Wir aber können anders als unsere Bündnispartner aus der Zivilgesellschaft direkt im Parlament wirken.

Umso wichtiger ist eine Teilhabe aller Beteiligten auf Augenhöhe. Es ist ein wichtiger Schritt, dass sich die gemeinsame SPD-Linke auf die demokratische Tradition des Frankfurter Kreises bezieht, der Entscheidungen im Konsens traf und damit auch erfolgreich war. Das Aushandeln strittiger politischer Fragen auf Augenhöhe ist wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Debatte in der Gesamtpartei. Es ist ein Ansatz, der weniger an Hierarchien und mehr an der Möglichkeit offener und produktiver Diskurse orientiert ist.

Teilnahme an politischen Diskursen ermöglichen

Politische Professionalität zeigt sich immer auch darin, ein Gespür für gesellschaftliche Veränderungen und Konflikte zu haben. So haben die Gegensätze zwischen wachsender Qualifikation und Produktivität, dem Wunsch nach mehr autonomen Gestaltungs- und demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten auf der einen Seite und den gesellschaftlichen und betrieblichen Hierarchien zugenommen. Gerade junge moderne Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer mit mittleren bis höheren Qualifikationen sehen ihre Teilhabe- und Aufstiegsansprüche durch prekäre, belastende und fremdbestimmte Arbeit blockiert. Ihnen fehlt häufig die Zeit für sich und andere. Soziale Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit sind für sie keine Gegensätze. Sie haben klare Vorstellungen einer guten Arbeits- und Lebensweise, die aber materielle und immaterielle Ressourcen voraussetzen, um sie praktisch leben und erfahren zu können. An dieser Alltagserfahrung sollte die SPD-Linke bei der strategischen Diskussion und Auswahl ihrer Projekte und Erzählungen anknüpfen. Die modernen (jungen) Arbeitnehmer*innen lassen sich in den politischen Debatten und für Wahlen jedoch nicht per Anweisung (auch wenn sie in nette Kampagnen gekleidet ist) und einem technokratischen Verständnis von Politik als besserem Management mobilisieren. Sie können sehr gut unterscheiden, ob politisch taktiert und bloßes Marketing betrieben wird oder sie tatsächlich politisch mitgestalten können und ihre politischen Positionen glaubwürdig repräsentiert werden.

In einer großen Koalition werden wir immer wieder zu weitgehenden Kompromissen gezwungen, manchmal zu zu weitgehenden Kompromissen. Daher sollten wir über die politische Alternative Rot-Rot-Grün offen diskutieren.

Entscheidend aber ist, dass sich politische Alternativen strategisch und parteipolitisch langfristig entwickeln, um gesellschaftliche Mehrheiten zu erringen. Daher müssen wir als linke Sozialdemokratie präsent sein und uns nicht durch Governancelogiken und Sachzwänge im vorseilenden Gehorsam anpassen.

Ausblick

Eine SPD-Linke muss Kritik aushalten und kritik- und handlungsfähig sein, um Alternativen für eine moderne solidarische Gesell-

schaft nach innen und nach außen in Europa und auf internationaler Ebene vorzuleben und aufzuzeigen. Dazu zählt die Solidarität zwischen sozialen Milieus, zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen.

Im Zentrum unserer Forderungen sollten die Verteilungsfrage in ihren verschiedenen Dimensionen, demokratische Teilhabe und die nachhaltige Transformation in Deutschland und Europa stehen. Die SPD-Linke muss weiterhin der Treiber einer alternativen ökonomischen Strategie der Investitionen in Bildung und sozial-ökologische Modernisierung und eine Revitalisierung des öffentlichen Sektors mit einer Ausweitung von Bildungs- und Sozialdienstleistungen etc. sein. Eine Pfadverschiebung wird Jahrzehnte brauchen und verlangt einen langen Atem.

In Europa muss die Austerität durch Zukunftsinvestitionen überwunden, Mindeststandards vorangetrieben, die demokratischen Rechte des Parlaments ausgeweitet und langfristig Visionen für europaweite soziale Sicherungselemente entwickelt werden. Mit dieser Grundorientierung und den sich daraus ergebenden Projekten hat weder die SPD-Linke noch die politische Linke als Ganze bereits Deutungshoheit gewonnen oder eine Mehrheitsfähigkeit erreicht.

Die SPD-Linke muss daher in der Lage sein, Bündnisse zu bilden. Über die verschiedenen Teile des linken politischen Lagers und sozialen Milieus sowie die verschiedenen Diskurse der Linken hinweg. Hierzu bedarf es breiter öffentlicher Debatten zwischen den linken Parteiströmungen, Gewerkschaften, Sozialverbänden, kritischen Wissenschaftlern und sozialen Bewegungen. Wir brauchen Debatten von unten darüber, wie wir Innovation, soziale Gerechtigkeit und globale Nachhaltigkeit miteinander verzahnen und mit welchen Erzählungen die Linke für sozial-ökologische Projekte mobilisieren will. Hierbei steht die SPD-Linke vor der Herausforderung, ihre Vor-

stellung von Wohlstand und Wachstum fortzuentwickeln, etwa mit einer Wachstumspolitik, einer weit weniger klimaschädlichen Bildungs- und Sozialdienstleistungsbranche, einer ökologischen Modernisierung der Infrastruktur, einer zukunftsweisenden energiepolitischen Wende mit anspruchsvollen Standards und einer modernen internationalen Wirtschaftsdemokratie (Stichworte internationale Sozial- und Teilhabestandards, Genossenschaften, Öffentliche Unternehmen und Solidarwirtschaft, Verteilungsgerechtigkeit, etc.). ■

Literaturverzeichnis

- DL 21: Mit links zur sozialen Gerechtigkeit. Impulse und Forderungen für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm 2013. Ergebnisse aus dem Dialog Linke Programmbausteine (letzter Abruf 5.12.2014: http://2014.forum-dl21.de/wp-content/uploads/2014/03/DL21_Mit_links_zur_sozialen_Gerechtigkeit-Impulse_und_Forderungen_fuer_das_SPD_Regierungsprogramm_2013.pdf)
- Gabriel, Sigmar 2009: Rede des SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel auf dem SPD-Bundesparteitag in Dresden (letzter Abruf am 05.12.2014: <http://www.sigmar-gabriel.de/reden/rede-des-spd-vorsitzenden-sigmar-gabriel-auf-dem-spd-bundesparteitag-in-dresden/>).
- Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar 2001. Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a.M.

☞ Hilde Mattheis, MdB, ist Bundesvorsitzende des Forums Demokratische Linke 21.

Das Strategiedilemma der (SPD-) Linken

von Thilo Scholle

Die Linke – nicht nur in der SPD – befindet sich in einem Strategiedilemma. Das heißt: Eigentlich wird kaum noch ernsthaft über politische Strategie diskutiert. Deshalb liegt in dieser Frage auch einer der Hintergründe für aktuelle Debatten innerhalb und zwischen verschiedenen Parteilinken.

Trotzdem wird dieses Problem kaum wahrgenommen. Dies hat zu einem damit zu tun, dass „Strategie“ insgesamt ein schillernder Begriff ist, der erst seit einigen Jahren in Politikwissenschaft und Politikberatung schärfere Konturen bekommt. Das hat zum anderen damit zu tun, dass die Diskussion von Strategie und von politischen Inhalten oft miteinander verwechselt wird. Offensichtlich wird dies in vielen Debatten über die Machbarkeit von rot-rot-grünen Bündnissen, wenn ProtagonistInnen der drei Parteien in Diskussionsrunden unter dem Begriff „Strategie“ dann doch über einigendes oder trennendes in einem bestimmten Politikfeld diskutieren.

Und drittens gibt es gerade innerhalb der Parteilinken ein großes Misstrauen gegenüber allem, was zu sehr nach Strategie riecht. Manchmal hat man den Eindruck, dass eine Diskussion über politische Strategie bei manchen eigentlich als Einstieg in den politischen Opportunismus (ab-)gewertet wird. Viel „linker“ und damit wünschenswerter sei demgegenüber das tapfere Hochhalten einer Position, egal ob dies erfolgsversprechend ist, oder nicht (oder am Ende der eigentlich gewünschten Sache nicht vielleicht sogar noch Schaden zufügt). Strategische Überlegungen gelten dann eher als Verwässerung eigentlich hehrer Ziele, als etwas, von dem man sich am besten fern halten sollte. Oder aber als etwas, das ganz simpel dadurch zu lösen ist, indem man einfach eine Position

so lange durchhält, bis endlich die Mehrheit – auf welchem Weg auch immer – ebenfalls dieser Ansicht ist. Eigenartigerweise wird aber gerade dann oft noch nicht einmal bemerkt, wenn die Mehrheit tatsächlich da ist, geschweige denn politisch genutzt.

Debatten über Inhalte sowie über politische Strategie und Taktik stehen daher immer wieder entweder unverbunden nebeneinander, oder werden sogar gegeneinander ausgespielt.

Die Debatte über ein gemeinsames politisches Projekt unterschiedlicher Akteure scheinen sich viele wie eine große Antragsberatung auf einem Juso-Bundeskongress vorzustellen: Alle Protagonisten präsentieren zunächst ihre Anträge. Dann wird geklärt, welcher Antrag die Beratungsgrundlage sein soll, und dann werden die unterschiedlichen Positionen in einem langen Prozess ausdiskutiert und zu einem Kompromiss zusammengeschoben, mit dem alle im Saal mehr oder minder gut leben können. Nur – das ist dann halt ein beschlossener Antrag, aber kein politisches Projekt. Und dann reicht es auch nicht, motiviert von dem guten Beschluss einfach begeistert auf andere – mögliche weitere Bündnispartner, UnterstützerInnen oder WählerInnen – zuzugehen, um sie nun von der guten Sache zu überzeugen.

Zugestehen ist, dass sich in den letzten Jahren auch ein anderes Extrem, meist weniger auf Seiten von (Partei-)Linken beobachten ließ: Das Phänomen derjenigen, für die Inhalte offensichtlich vernachlässigbar sind. Für die „Inhalte“ dann möglicherweise im Ergebnis schlicht die Positionen sind, die „uns den Wahlsieg gekostet haben“ – oder den Wahlsieg bringen sollen. Ob ein Vorschlag

politisch Sinn ergibt oder nicht, ob sich damit gesellschaftlich etwas zum Guten ändern würde oder nicht, spielt in dieser Logik nur eine geringe Rolle. Politische Strategie und Taktik wird dann reduziert auf simple Mehrheitsarithmetik. Erreicht man mit dem Thema, mit der Zielsetzung, mit der Forderung politische Machtpositionen? Dann ist es gut. Erreicht man sie nicht, waren die Inhalte falsch. Umfragen werden dann wichtiger als politische Debatten, nette Verpackung bedeutender als der Inhalt. Dass sich politischer Erfolg bei einem solchen Vorgehen trotzdem nicht automatisch einstellt, besitzt zwar eine gewisse ironische Note, hilft aber niemandem. Gerade der Habitus und zum Teil auch das tatsächliche Verhalten der Protagonisten aus den Schröder-Blair-Jahren nährt auch diesen Verdacht zu einem nicht geringen Maße.

Ein mehrheitsfähiges linkes Projekt ist aber in der Tat darauf angewiesen, beides zu haben, Inhalte und Strategie. Strategie ist nicht das simple Hantieren mit Umfragen und Zustimmungswerten. Strategiebildung ist ein anspruchsvoller Prozess, der in der Tat zunächst die Klärung der Inhalte voraussetzt. Aber dazu gehört zum Beispiel auch, sich darüber Gedanken zu machen, wie denn die Interessenlagen in bestimmten gesellschaftlichen Milieus tatsächlich sind. Darüber nachzudenken, mit welchen Begrifflichkeiten in welchen Milieus über Politik insgesamt oder über das in Frage stehende Politikfeld diskutiert wird. Schließlich geht es auch darum zu überlegen, wer aus welchen Gründen mit den eigenen politischen Überlegungen etwas anfangen kann, und wer nicht. Es könnte bei Diskussionen über rot-rot-grün ja interessant sein, nicht in jedem Politikfeld über einen Konsens bei jedem Thema zu diskutieren, sondern auch einmal abzugleichen, ob und wenn ja welche unterschiedlichen Milieus und politischen Diskurse eigentlich die jeweiligen Parteien aktuell bedienen oder bedienen könnten.

Oder ob man eigentlich vor allem innerhalb derselben Gruppe konkurriert.

Es ist durchaus sinnvoll, schon bei der Debatte über die Inhalte darüber nachzudenken, wer denn eigentlich innerhalb der Gesellschaft TrägerIn des politischen Projekts sein soll, und was das Projekt beinhalten muss, damit es so angenommen wird. Das ist nicht zu verwechseln mit den politischen Akteuren, die bei der Formulierung des Projekts zusammensitzen. Ein solches Vorgehen ist vielleicht etwas weniger befriedigend weil nüchterner und etwas mehr auf einen Zweck ausgerichtet als die reine inhaltliche Diskussion. Möglicherweise ist es aber letzten Endes dann doch auch die Variante, die überhaupt politische Umsetzungschancen schafft.

Ein politisches Projekt wird nicht (nur) deshalb gesellschaftlich wirkmächtig, weil es den objektiven Interessen einer bestimmten Gruppe dient, oder weil es „richtig“ ist. Es wird nur dann wirkmächtig, wenn es sich auch in die Alltagsdiskurse, den Alltagssachverstand der Menschen anschließen kann. Und das kann durchaus heißen, dass man widersprüchliche und informelle oder unausgesprochene Allianzen bilden kann. Will eine (Partei-)Linke politischen Erfolg haben, muss sie sich dieser mühseligen Aufgabe stellen. ■

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Auf zu neuen Mehrheiten!

von Carsten Sieling

» *Wir haben uns einreden lassen – und mit uns viele andere in der Sozialdemokratie Europas –, die politische Mitte sei etwas Festgelegtes, an das man sich anpassen müsse, wenn man Wahlen gewinnen will.*

Der Politologenglaube, man müsse sich einer vermeintlich festgelegten Mitte annähern, statt sie mit eigenen Antworten und Konzepten wieder für sich zu gewinnen, ist – so glaube ich – die eigentliche Ursache für unsere Wahlverluste.“

Sigmar Gabriel, 2009

Der Schlüssel zu neuen Mehrheiten liegt für die Sozialdemokratie nicht im bürgerlichen Lager. Nur wenn sich die SPD als Partei der linken Mitte positioniert, kann sie Nichtwähler zurückgewinnen und neue Wählerschichten erschließen. Eine starke und geeinte Parteilinke mit Gestaltungsanspruch muss diesen Kurs durchsetzen.

Die Erschütterung ihrer Glaubwürdigkeit setzt der Sozialdemokratie immer noch massiv zu und spiegelt sich vielerorts in Wahlergebnissen weit unter 30 Prozent wider. Insbesondere das Ergebnis der letzten Bundestagswahl zeigt, dass die SPD es noch nicht geschafft hat, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Diejenigen, die Peer Steinbrück als „SPD-Wähler im Wartestand“ bezeichnet hat, waren weniger eng an die SPD gebunden als erhofft: Für viele hat die Sozialdemokratie ihre Rolle als Garant für Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Aufstiegsangebüßt.

Ob es in Deutschland Mehrheiten für eine fortschrittliche Politik geben kann, steht und fällt mit der Stärke der SPD. Schaffen wir es nicht, die Menschen zu überzeugen, gibt es jen-

seits der großen Koalition oder Schwarz-Grün keine Regierungsmehrheit im Bundestag. Das Ziel, führende Regierungspartei zu werden und so Politik maßgeblich gestalten zu können, ist für die SPD nur dann realistisch, wenn wir unsere Glaubwürdigkeit in zentralen Politikfeldern zurückgewinnen.

Bisher hat die Sozialdemokratie keine schlüssige Strategie, wie sie wieder Wahlergebnisse über 30 Prozent erzielen kann. Zeitweise kann man sogar den Eindruck bekommen, politische Instrumente werden je nach aktueller Umfragelage wahlweise aufs Tableau gehoben oder wieder beerdigt. Die Rolle der Parteilinken ist deshalb wichtiger denn je: Als programmatischer Motor der SPD fällt uns die Aufgabe zu, eine solche Strategie zur formulieren und innerparteilich durchzusetzen.

Eine SPD der linken Mitte

Die aktuelle Debatte über die Wirtschaftskompetenz der SPD ist nicht neu. Die dahinter stehende Analyse lautet: Die Linkspartei wird mittelfristig nicht verschwinden und bindet einen Teil der links orientierten Wähler in Deutschland. Will die SPD Wähler gewinnen, so meinen die Protagonisten der Debatte, muss sie deshalb stärker in die – vermeintlich politisch festgelegte – Mitterücken. Das Ziel der aktuellen Debatte über einen Kurswechsel ist es, Stimmen aus dem bürgerlichen Lager zu gewinnen. Die Politik der SPD soll unternehmensfreundlicher gemacht werden und dabei wird auf die alten Rezepte konservativer und liberaler Wirtschaftspolitik gesetzt. Der Anspruch auf eine eigenständige sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wird dabei nicht formuliert oder sogar aufgegeben.

Dass die SPD mit einer solchen Politik riskieren würde, ihre Kernwählerschaft noch stärker zu dezimieren, wird dabei entweder ausgeblendet oder in Kauf genommen. Nach der Bundestagswahl 2013 beschrieb eine Wahlanalyse von Infratest, wie die kulturelle Kluft zwischen SPD

und ihr einstiger Kernklientel – den einfachen Leuten – steigt. Die SPD musste in den letzten 15 Jahren einen dramatischen Stimmenverlust bei der Arbeitnehmerschaft hinnehmen: Während 1998 noch 49 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter sozialdemokratisch wählten, waren es 2013 nur noch 27 Prozent. Die aktuelle Debatte ist Ausdruck dieser Entfremdung und treibt sie weiter voran.

Eine Antwort der SPD-Linken muss strategisch überzeugen. Der bloße Verweis auf an die Linkspartei verlorene Wähler und die damit verbundene Forderung nach einer Annäherung an deren Programm genügt bei genauerem Hinsehen nicht: Wenn die SPD sich darauf konzentriert, Stimmen innerhalb des eigenen politischen Lagers zu gewinnen, sieht die Perspektive auf politische Mehrheiten links der Union düster aus. Dafür braucht es keine Stimmverschiebungen zwischen SPD, Grünen und Linkspartei, sondern eine Sozialdemokratie, die ihr Wählerpotential mobilisieren kann.

Wie das gelingen kann, hat Sigmar Gabriel bereits 2009 treffend formuliert: Wir müssen uns von dem Gedanken verabschieden, dass die politische Mitte ein inhaltlich festgelegter Raum ist, sondern sie mit unseren Ideen aktiv gestalten. Die Sozialdemokratie muss den Kampf um politische Ideen und Ziele wieder aufnehmen, statt den Interessen des bürgerlichen Lagers hinterherzulaufen. Was unsere Gesellschaft braucht, ist eine SPD der linken Mitte!

Politik gegen Ungleichheit

Nie in der Geschichte der Bundesrepublik war die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet als heute. Das empfinden nicht nur die einkommensschwachen Schichten als ungerecht, sondern auch weite Teile der Mittelschicht. Es gibt in Deutschland breite gesellschaftliche Mehrheiten für eine Politik, die das ändern will – das wird z.B. an den hohen Zustimmungswerten zu den zentralen SPD-Projekten Mindestlohn und Rentenreform deutlich.

Eine glaubwürdige Politik gegen soziale Ungleichheit muss zum Kernanliegen der SPD werden. In diesem Bereich werden ihr die höchsten Kompetenzwerte zugeschrieben und hier sind folglich auch die Erwartungen am höchsten. Die Voraussetzungen für eine solche Politik hat die SPD während ihrer programmatischen Erneuerung seit 2009 unter maßgeblicher Beteiligung der Parteilinken hergestellt – mit weitreichenden Beschlüssen in der Arbeitsmarkt-, Renten- und Steuerpolitik. Jetzt geht es auch darum, diese Beschlüsse zu verteidigen und auf ihre Umsetzung zu pochen.

Dass die soziale und kulturelle Spaltung Deutschlands größer geworden ist, spiegelt sich inzwischen auch in den politischen Prozessen wider. Dem unter anderem von Thomas Piketty beschriebenen Einfluss der Superreichen auf politische Entscheidungsprozesse steht eine zunehmende Wahlenthaltung derer gegenüber, die von diesen Entscheidungen betroffen sind. Das zeigt ein Blick auf die sozio-ökonomische Zusammensetzung der Nichtwähler: Die Beteiligung an Wahlen ist in Deutschland immer stärker an den sozialen Status gekoppelt. Arbeitslosigkeit, Bildungsstand und Kaufkraft haben nachweislich maßgeblichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung.¹ Allein bei der Bundestagswahl 2009 gingen über zwei Millionen Wähler nicht mehr zur Wahl, die 2005 noch SPD gewählt hatten. Insgesamt gibt es in Deutschland mittlerweile über 17 Millionen Nichtwähler. Wenn es uns aber gelänge, nur einen Teil dieser Menschen (wieder) für uns zu gewinnen, sähen die politischen Mehrheitsverhältnisse in Deutschland ganz anders aus.

Eine Politik der linken Mitte heißt, die SPD als Partei des sozialen Aufstiegs zu positionieren. Traditionell eng verknüpft mit dem sozialdemokratischen Aufstiegsversprechen ist die Bildungspolitik. Hier muss es uns darum gehen, die Herstellung von Chancengleichheit im Bil-

¹ Schäfer, Armin: „Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013“. Bertelsmann 2013.

dungssystem durch die bessere Ausstattung von Kitas und Schulen, Schulsozialarbeit und die Ausweitung des Bafögs zu ermöglichen. Hiervon profitieren insbesondere die jetzigen Verlierer des Bildungssystems, aber auch alle anderen. Darüber hinaus wäre eine höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem auch ein Beitrag, um dem vielfach befürchteten Engpass an Fachkräften vorzubeugen. Um Investitionen in Bildung zu finanzieren, brauchen wir eine andere Steuerpolitik, in der hohe Einkommen und Vermögen stärker herangezogen werden. Das ist das einzige überzeugende Rezept zur Bekämpfung der sozialen Spaltung in Deutschland und muss Kernelement sozialdemokratischer Programmatik bleiben.

Gleichzeitig ist mehr Umverteilung kein Gegensatz, sondern Voraussetzung für eine kluge Wirtschaftspolitik. Dass es dabei nicht nur um Gerechtigkeit, sondern auch um Wachstum und Wohlstand geht, zeigt eine neue Studie der OECD: Die Einkommensungleichheit in Deutschland beeinträchtigt das Wirtschaftswachstum in Deutschland erheblich.² Statt die wirtschaftspolitischen Dogmen der letzten 20 Jahre auf der Suche nach Stimmen aus dem bürgerlichen Lager neu aufzuwärmen, sollte die Sozialdemokratie eine gerechtere Verteilungspolitik und die Forderung nach mehr Investitionen mutig vertreten.

Denjenigen, die sich enttäuscht vom politischen Prozess abgewandt haben, müssen wir ein ernstzunehmendes Angebot zur Teilhabe machen. Dass eine solche Politik Menschen, die sich eher im bürgerlichen Lager verorten, nicht ausschließen muss, zeigt die Geschichte: Die SPD war auf ihrem politischen Höhepunkt in den siebziger Jahren eine Volkspartei, die traditionellen und sich modernisierenden Arbeitnehmern wie auch einem Teil der Bildungs- und Dienstleistungselite bis hin zum wertkonservativ eingestellten Bürgertum etwas zu bieten hatte. Bezogen auf die heutige Situation

bedeutet das, dass die SPD ausgehend von der Stärkung ihrer Kernwählerschaft mit Initiativen zum Ausbau der Bürgerrechte, zur Kulturpolitik oder den Perspektiven junger Selbstständiger ihre Basis erweitern muss. Wenn es uns so gelingt, neue Wählerschichten zu erschließen, sind Wahlergebnisse über 30 Prozent wieder eine realistische Perspektive.

Die SPD-Linke stärken

Eine solche, progressive Agenda innerparteilich zu formulieren und mehrheitsfähig zu machen, ist Aufgabe der SPD-Linken. Mit ihrem Erfolg steht und fällt auch der Erfolg der SPD – verweilt sie in der strategischen Sackgasse oder findet zu alter Stärke zurück? Umso wichtiger ist, dass sich die Parteilinke über ihre Schlüsselrolle im Klaren ist und gemeinsam agiert.

Der Weg der programmatischen Erneuerung, den die SPD seit 2009 eingeschlagen hat, ist der Richtige. Diese Erneuerung wurde insbesondere in der Arbeitsmarkt-, Renten- und Steuerpolitik maßgeblich von der SPD-Linken erkämpft. Konsequenterweise fällt uns nun die Rolle zu, die Beschlüsse gegen Aufweichungsversuche zu verteidigen und über die genaue Umsetzung unserer Verhandlungserfolge im Koalitionsvertrag zu wachen. Das darf uns aber nicht davon abhalten, inhaltlich weiterzudenken. Die SPD-Linke darf sich nicht zum Gewissen der Partei machen lassen, das aktuellen Debatten mit erhobenem Zeigefinger hinterherläuft – sie muss Politik gestalten und dafür Verantwortung übernehmen.

Um Nichtwähler zu gewinnen, neue Wählerschichten zu erschließen und nach links bündnisfähig zu sein, muss die SPD ein attraktiver Ort für all diejenigen sein, die sich gesellschaftlich links verorten und neue Ideen einbringen wollen. Es ist eine zentrale Aufgabe der SPD-Linken, die SPD zu einem solchen Ort zu machen. ■

² www.oecd.org/berlin/presse/einkommensungleichheit-beeintraechtigt-wirtschaftswachstum.htm

↳ Dr. Carsten Sieling, MdB, ist Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im SPD-Parteivorstand.

Mehr Machtbewusstsein bitte

von Sascha Vogt



Foto: © Leonard/photocase.de

Auch wenn mit der Gründung der Magdeburger Plattform ein nicht zu unterschätzender Schritt zur Stärkung der Parteilinken unternommen wurde, blieben Fragen zur strategischen Aufstellung im Rahmen der Konferenz weitgehend ausgeklammert. Das ist kein Vorwurf an die InitiatorInnen. Denn schließlich ging es richtigerweise darum, die Gemeinsamkeiten zu betonen. Andererseits wird die Parteilinke nicht umhin kommen, ihre strategische Aufstellung zu klären. Dabei spielt aus meiner Sicht die Analyse von Machtverhältnissen eine zentrale Rolle. Denn andernfalls drohen Konflikte, die auf dem Weg zur Gründung der Magdeburger Plattform deutlich erkennbar waren, immer wieder aufzubrechen.

Von guten und bösen Linken

Was mussten sich die InitiatorInnen auf dem Weg nach und in Magdeburg selbst nicht alles vorwerfen lassen. Da war und ist die Rede von Zersplitterung, einem Versuch der Spaltung und der Gründung einer handzahmen

Struktur um persönliche Karriereambitionen zu unterstreichen. Wer diese Story einmal nachlesen möchte, dem seien zwei Artikel von Wolfgang Lieb und Jens Berger auf den „Nachdenkseiten“ empfohlen: Es gibt die guten, basisdemokratisch organisierten Linken, die eigentlich die Mehrheit stellen und daher auch definieren wer zur Linken gehört: „Was ist von einer »linken Plattform« zu halten, die maßgeblich von Nahles initiiert wurde, um die parteiinterne Kritik an ihrer vergurkten Regierungspolitik zu zähmen, ja zu unterbinden? Das DL21 ist, bei aller Kritik, immer noch ein basisdemokratisch organisierter Verein, der die Partei und nicht die Parteispitze vertritt.“¹ Damit ist auch klar, dass es neben dem guten auch den finsternen Teil der Parteilinken gibt. Nämlich diejenigen, die sich eigentlich nur zugehörig fühlen, um Karriere zu machen: „Während die DL 21 basisdemokratisch organisiert ist, droht die Neue Plattform zur Inszenierung

¹ Jens Berger: Handzahme Parteilinke. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=24012> Abgerufen am 23.11.14

einzelner SPD-Linken zu werden, die ihre Regierungsarbeit legitimieren lassen wollen, um „durchregieren“ zu können und in der Karriereleiter weiter aufzusteigen.“² Und natürlich geht es auch darum, unliebsame Stimmen mundtot zu machen: „Wer Karriere machen will, braucht seine Netzwerke. Was liegt da näher, als sich ein eigenes Netzwerk aufzubauen und es als offizielle linke Parteiströmung zu promoten, um dem kritischen DL21 das Wasser abzugraben?“³ Die Handlungsanleitung ist aus Sicht von Wolfgang Lieb daher auch sehr einfach: „Es gilt, über die Entwicklungen in der SPD-Linken aufzuklären, die basisdemokratische Ausrichtung der SPD-Linken in der DL 21 zu stärken und in der SPD-Linken demokratisch durchzusetzen.“⁴

Die Parteilinke als Suborganisation

Dem offensichtlichen Konflikt liegen aus meiner Sicht zwei grundlegend verschiedene Verständnisse von Organisation und Strategie einer Parteilinken zugrunde, die viel mit dem Verständnis von Macht zu tun haben: Erstens Macht- und Legitimationsfragen innerhalb der Partei sowie zweitens die Berücksichtigung gesellschaftlicher Machtverhältnisse für die eigene strategische Aufstellung.

Das oben von Lieb und Berger vertretene Verständnis einer Parteilinken ist im Kern das einer Suborganisation innerhalb der SPD. In dieser Organisation werden sowohl Personal- als auch Sachfragen demokratisch entschieden und erst mit den so abgestimmten Vorschlägen wird die Bühne der Partei betreten. Damit wird zwar nicht unterstellt, dass es ex ante einen gemeinsamen Willen der Parteilinken gibt, dieser aber durch den demokratischen Prozess innerhalb der Parteilinken entsteht und am Ende der oder die Vorsitzende innerhalb der Partei vertreten

kann, was die Auffassung „der Parteilinken“ ist. Dieser Willensbildungsprozess lässt sich nun basisdemokratisch organisieren oder nicht, das aber verändert die Sichtweise im Kern nicht. Macht und Legitimation (also wer mit welchen Themen für die Parteilinke spricht) ergibt sich in dieser Perspektive aus der organisierten Parteilinken selbst heraus. Die Mitglieder sehen sich als Teil der Parteilinken, die Partei ist vielleicht am ehesten mit einem Parlament vergleichbar, in dem mit den anderen Parteiflügeln demokratisch über die personelle und inhaltliche Aufstellungen entschieden wird. Parteilinke, die innerhalb der SPD eine Funktion haben sind quasi „Delegierte“ der Parteilinken. Damit verbunden ist auch ein eher eindimensionales Verständnis zu Erlangung gesellschaftlicher Mehrheiten: Zunächst muss die Parteilinke überzeugt werden, dann die Partei und im Anschluss die Gesellschaft. Das kann man so betrachten. Wirklich mächtig wäre die Parteilinke aber nur dann, wenn es ihr gelänge eine im Verhältnis zur Gesamtpartei respektable Zahl von Mitgliedern zu haben. Und das auch nur innerhalb der Partei.

Ein alternatives Verständnis

Ich vertrete aus mehreren Gründen ein grundsätzlich anderes Verständnis. Ich sehe mich selbst als Linken innerhalb der SPD, der sich gerne mit anderen Personen, die sich auch der Parteilinken zugehörig fühlen, austauscht, vernetzt und gemeinsame Positionen und Strategien entwirft. Ich finde es gut, dass in Magdeburg vereinbart wurde, einmal jährlich eine größere Konferenz zu veranstalten, um über inhaltliche Fragen und Strategien gemeinsam mit vielen zu diskutieren und neue Impulse zu gewinnen. Legitimation ergibt sich aber aus der Partei selbst heraus, die aus meiner Sicht die zentrale Arena ist, in der für Personalentscheidungen, Wahlen und für inhaltliche Positionierungen Entscheidungen getroffen werden. Deshalb gibt es zwar etliche Themen, in der eine Par-

2 Wolfgang Lieb: Gründung einer neuen SPD Linken? <http://www.nachdenkseiten.de/?p=23898> Abgerufen am 23.11.2014

3 Jens Berger a.a.O.

4 Wolfgang Lieb a.a.O.

teilinke gemeinsame Auffassungen vertritt, eine demokratische „Abstimmung“ (im Sinne von mehrheitlicher Entscheidung mit Bindungskraft) innerhalb der Parteilinken halte ich aber für kontraproduktiv. Denn es wird immer wieder auch Themen und Situationen geben, in denen ich in meiner Funktion oder Rolle auch aufgrund bestehender Machtverhältnisse vielleicht gerade nicht eins zu eins das ansprechen oder umsetzen kann (oder möchte), was die „organisierte“ Parteilinke von mir erwarten würde. Oder anders ausgedrückt: Politisches Handeln findet immer in einem Kontext von Machtverhältnissen statt. Und genau aus diesem Zusammenhang entstehen etliche Konflikte: Oftmals wird denjenigen, die in Funktionen sind, pauschal vorgeworfen, keine „linken“ Inhalte (mehr) zu vertreten. Das ist nicht nur atmosphärisch verstörend. Das hat auch etwas damit zu tun, dass es denjenigen, die diese Vorwürfe äußern, offensichtlich schwerfällt, die bestehenden Machtverhältnisse bei einer Beurteilung des Handelns einzelner Personen zu berücksichtigen. Schlimmer noch: Es geht ja nicht nur um die feuilletonistische Kommentierung und die Einordnung des Handelns anderer, es geht um die eigene Strategiefähigkeit.

Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in den Blick nehmen

Damit sind wir mitten im zweiten angesprochenen Problemkreis. Der Analyse der gesellschaftlichen Mehrheits- oder eben Machtverhältnisse und den Schlussfolgerungen für das Handeln der Parteilinken. In Anlehnung an den Hegemoniebegriff Gramscis verfügen diejenigen Gruppen über Macht, denen es gelingt gesellschaftliche Allianzen zu bilden und eine Hegemonie in der Deutung und den präferierten Lösungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Probleme zu erlangen. Dies muss in Demokratien freilich nicht bedeuten, dass eine Partei die gesellschaftliche Hegemonie in allen gesellschaftlichen Fragen übernimmt. Entscheidend

ist vielmehr, dass in den als besonders relevant empfundenen Fragen ein Politikangebot gemacht wird, das über Milieugrenzen hinweg Akzeptanz findet. Oder anders formuliert: Zur Durchsetzung politischer Ziele bedarf es nicht nur einer formalen „mächtigen“ Position, sondern auch einer gesellschaftlichen Mehrheit zumindest für die überwiegende Zahl der politischen Ziele und Projekte – spätestens bei der nächsten Wahl. Eine aufgeklärte Linke muss daher zweierlei tun: Sie muss einerseits die gesellschaftlichen Mehrheitsverhältnisse „im Blick“ haben und sich der Restriktionen, die sich daraus für das unmittelbare Handeln ergeben bewusst sein, um einen solidarischen Umgang miteinander pflegen zu können. Das alleine wäre aber reichlich passiv und damit zu wenig. Deswegen muss sie andererseits auch Strategien entwickeln, um gesellschaftliche Mehrheiten zu erlangen. Dazu gehört die Bildung von gesellschaftlichen Allianzen durch die Erarbeitung von politischen Lösungsansätzen, die an mehrheitsfähige Deutungsmuster anknüpfen und über Milieugrenzen hinweg wirken und natürlich die (Rück)gewinnung von Deutungshoheit in Politikfeldern, die derzeit andere politische Kräfte besetzen. Letzteres aber ist je nach Themenfeld ein komplexes Unterfangen. Denn sicherlich wirken politische Parteien bei der Willensbildung mit, weswegen eine passive Ausrichtung der politischen Vorhaben an Umfragewerten, wie es leider zu häufig praktiziert wird, nicht nur un kreativ, sondern auch durch und durch defensiv ist. Andererseits aber sind politische Grundüberzeugungen bei den meisten Menschen relativ stabil⁵. Deshalb dürfte es jedenfalls nicht ausreichend sein, sich immer wieder in Selbstbestätigung zu üben und die immergleichen Beschlüsse zu fassen frei nach dem Motto: Irgendwann muss die Mehrheit doch verstehen, dass wir es nur gut mit ihr meinen. Auch wenn das durchaus stimmen mag.

⁵ Vgl. Paul A. Sabatier (1993): Advocacy-Koalitionen. Policy-Wandel und Policy-Lernen. Eine Alternative zur Phasenheuristik. In: Héri-tier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analysis. Kritik und Neuorientierung. Opladen, S. 116-149.

Schlaglichter der aktuellen Machtverhältnisse

Vielleicht lassen sich diese abstrakten Gedanken gut an der aktuellen Lage illustrieren. Ohne eine umfassende Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zeichnen zu können, lohnt es sich, die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl einzuordnen: Obwohl die SPD in ihrem Programm gemessen an Umfragewerten durchaus viele mehrheitsfähige Einzelforderungen vertrat (ja, sogar die Erhöhung des Spitzensteuersatzes wurde mehrheitlich befürwortet), ist das Ergebnis bekannt: Das desaströse Wahlergebnis von 2009 konnte nur um einige wenige Prozentpunkte verbessert werden, die Dominanz der Union war enorm, das linke Lager vereinte nur knapp 43 Prozent der Wählerstimmen auf sich. Nun mag es für dieses Ergebnis etliche Gründe geben (etwa die Performance des Kandidaten), aus meiner Sicht sind aber zwei Faktoren für die Beurteilung der Mehrheitsverhältnisse entscheidend.

Erstens handelte es sich bei der Bundestagswahl 2013 um eine „prekäre Wahl“, mit folgender Kurzformel: Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto geringer war die Wahlbeteiligung⁶. Mit gravierenden Folgen für die SPD, für die sich das Ergebnis so zusammenfassen lässt: Gerade die Milieus, für die die SPD programmatisch vieles zu bieten hatte (die Bekämpfung von prekären Arbeitsverhältnissen etwa), gingen nicht zu Wahl. Andere Milieus teilten zwar grundsätzlich die Programmatik, es fehlte aber die persönliche Betroffenheit, damit daraus ein wahlentscheidendes Motiv wurde.

Zweitens gelang es Angela Merkel mit einem sehr entscheidenden Thema zu punkten: Dem Versprechen nach wirtschaftlicher Stabilität und damit der Sicherung von Ar-

beitsplätzen. Denn Deutschland erschien als das Land, das anders als viele Nachbarländer unbeschadet durch die Eurokrise gekommen war. Dabei wurde seitens der Union (aber auch in der öffentlichen Wahrnehmung!) Wirtschaftskompetenz synonym mit konservativ-liberalen Vorstellungen der Finanzpolitik gesetzt. Und zwar sowohl als Garant für wirtschaftliche Stabilität in Deutschland (Schuldenbremse, Ausschluss von Steuererhöhungen) als auch als Lösungsansatz für die Krise in der EU (Fiskalpakt). Mit Erfolg: Die Kompetenzwerte der Union in den Bereichen „Wirtschaft“ und „Arbeitsplätze“ waren am Wahltag zweieinhalb bis dreimal so groß wie die der SPD⁷.

In den anschließenden Koalitionsverhandlungen stellte sich die Wahrnehmung ein, die SPD habe sich in nahezu allen Fragen durchgesetzt. In der Tat konnten etliche Punkte des Regierungsprogramms in den Koalitionsvertrag überführt werden. Ein Erfolg, der nicht kleingeredet werden sollte, gelang es doch erstmals seit Jahren einen partiellen Ausbau des Wohlfahrtsstaats (Mindestlohn, Rente mit 63, Pflegereform) sowie Elemente einer gesellschaftlichen Modernisierung (doppelte Staatsbürgerschaft, Frauenquote) durchzusetzen. Forderungen, für die auch die Parteilinke lange gekämpft hatte. Auf der anderen Seite aber konnte sich die Union sowohl in Fragen der nationalen Finanzpolitik (schnellstmöglich ausgeglichener Haushalt, keine Steuererhöhungen) als auch hinsichtlich der Fortsetzung der europäischen Austeritätspolitik durchsetzen⁸. Das lag sicherlich einerseits an den bestehenden Machtverhältnissen der Koalitionspartner. Andererseits aber wirken in den beschriebenen Politikfeldern konservativ-liberale Deutungsmuster

7 Vgl. Wahlanalysen von Infratest zur Bundestagswahl bei tagesschau.de: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/index.shtml> Abgerufen am 01.12.2014

8 Vgl. zur Analyse des Koalitionsvertrags ausführl. Timo Grunden (2015 / im Erscheinen): Das Programm der Großen Koalition: Eine Regierung der sozialstaatlichen Restauration? In: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden.

6 Vgl. (auch zum Folgenden): Armin Schäfer, Robert Vehrkamp, Jérémie Felix Gagné (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Gütersloh.

bis tief in die SPD hinein, so dass sie dort über keinen kohärenten Gegenentwurf verfügte. Die Schuldenbremse etwa ist ein solches dem Neoliberalismus entnommenes Instrument, das der Logik folgt, der Staat (bzw. die Politik) müsse reguliert werden (und nicht etwa die Wirtschaft), sich aber in der SPD großer Beliebtheit erfreut. Das bedeutet nun weder, dass man als Kritiker der Schuldenbremse für eine überbordende Staatsverschuldung sein muss, noch, dass in der SPD Neoliberale unterwegs wären. Ich sehe diesen Umstand vielmehr als Indiz dafür, dass konservativ-liberale Vorstellungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik eine gewisse gesellschaftliche Hegemonialstellung besitzen.

Was tun?

Um wieder in eine mehrheitsfähige Position zu kommen scheint die Strategie der Parteiführung derzeit darin zu bestehen, neben der „Säule“ der sozialen Gerechtigkeit eine zweite Säule der Wirtschaftskompetenz zu setzen. Letztere besteht aber – darauf deutet derzeit zumindest vieles hin – hauptsächlich in einer Übernahme konservativ-liberaler Vorstellungen (schwarze Null, Infragestellen der Vermögensteuer etc.). Neben dem Umstand, dass ich diese inhaltlich nicht teile, ergeben sich zwei strategische Probleme. Erstens ist fraglich, wie gewinnbringend eine Kopie des Originals ist. Und zweitens ergeben sich zumindest mittelfristig Konflikte zwischen einem konservativ-liberalen Wirtschaftsverständnis und einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsverständnis, allein schon in Fragen der Finanzierung. Wie auch immer: Die Parteilinke könnte und sollte in der kommenden Zeit – die gesellschaftlichen Mehrheitsverhältnisse vor Augen – dazu beitragen eine alternative Strategie für die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie zu entwickeln. Hierzu könnten zum Beispiel folgende Ansätze lohnen:

Erstens benötigen wir eine Strategie, um die Partizipation (und damit Wahlbeteili-

gung) in den offenbar von der Demokratie derzeit in weiten Teilen entkoppelten Milieus zu steigern.

Zweitens muss ein Thementableau entwickelt werden, das auch anknüpfungsfähig an Lebensrealitäten und Problemwahrnehmungen der mittleren Milieus ist. Hierzu könnte sich etwa die Frage von zeitlichen Ressourcen von jungen Familien in der „Rush Hour“ des Lebens eignen.

Drittens bedarf es eines Entwurfs eines an sozialdemokratischen Grundwerten orientierten eigenständigen wirtschaftspolitischen Profils. Hierzu hat etwa Carsten Sieling einen guten Beitrag geleistet⁹. Darin inbegriffen sollten auch kommunikative bzw. argumentative Strategien im (weiteren) Bereich der Wirtschaftspolitik sein, um mittelfristig die konservativ-liberale Deutungshoheit zu brechen. Wenn sich etwa das Bild der vererbten Schulden an unsere Kinder eingepägt hat, warum sollte es auch nicht das Bild des einsturzfähigen Hauses sein, um auf die marode Infrastruktur und den entsprechenden Finanzierungsbedarf hinzuweisen?

Sicherlich, das sind nur sehr rudimentäre Thesen. Eine Debatte in der Parteilinke (wie in der Partei) über Strategien für eine linke Mehrheitsfähigkeit und damit die Macht, Gesellschaft zu verändern, erscheint mir aber mehr als geboten und allemal sinnvoller als weitere ermüdende Diskussionen über innerorganisatorische Befindlichkeiten. ■

☞ Sascha Vogt ist Mitglied des SPD Parteivorstands und lebt und arbeitet in Düsseldorf und Berlin.

⁹ Vgl. Carsten Sieling (2014): Zusammenhalten, was zusammengehört. Wirtschaftspolitischer Erfolg braucht Verteilungskompetenz. http://www.carsten-sieling.de/files/Carsten_Sieling_-_Zusammenhalten_was_zusammen_gehrt.pdf

Rezension: „Sprache. Macht. Denken – Politische Diskurse verstehen und führen“

Lange Linien und kurze Botschaften – Diskurse verstehen und führen

von Ole Erdmann

Welcher politisch aktive Mensch hat sich angesichts von politischen Entwicklungen nicht schon einmal gefragt: „Wie kann das denn sein?“ Wie kann Angela Merkel sich von einer Vertreterin einer neoliberalen Steuerpolitik im Bundestagswahlkampf 2005 zur Bundeskanzlerin derjenigen Regierung wandeln, die erstmals in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn einführt? Wieso bleiben viele ehemalige Stammwähler der SPD auch über zehn Jahre nach der Agenda 2010 den Urnen fern, obwohl eine Abkehr von der damaligen Programmatik zumindest teilweise stattgefunden hat? Einzelne Wahlergebnisse, parlamentarische Mehrheitskonstellationen oder darauf basierende Regierungsentscheidungen sind dabei offensichtlich nur die Spitze des Eisbergs. Dieser liegt bekanntlich größtenteils unter Wasser verborgen. Das Buch „Sprache. Macht. Denken“ hilft uns, die Beschaffenheit dieses Eisbergs, den wir auch „Mechanismen der mittel- und der langfristigen Meinungsbildung“ nennen könnten, bis in beachtliche Tiefen zu erkunden.

„(...) Es gibt zu jeder Zeit politische Forderungen und Ideen, die mehrheitlich als „richtig“ und „angemessen“ beurteilt werden, und andere, für die dies nicht gilt. Solche Regelsysteme, die hinter den sichtbaren Machtstrukturen und -mechanismen liegen, bezeichnen wir als Diskurse (...).“

Mit dieser Definition umreißen Benjamin Mikfeld und Jan Turowski den Ausgangspunkt des Buches, das beide für den Think Tank „Denkwerk Demokratie“ im Frühjahr 2014 vorgelegt haben. Es befasst sich in einer vielseitigen Sammlung von Artikeln und Interviews mit der Frage, wie Diskurse entstehen, wie sie wirken

Denkwerk Demokratie (Hg.) Sprache.Macht.Denken

Politische Diskurse
verstehen und führen

Campus Verlag Frankfurt/New York
308 Seiten, 19,90 €



und – was für politisch Aktive natürlich spannend ist – wie sie beeinflusst werden können. Mikfeld und Turowski nennen daher ihren Ansatz auch „strategieorientierte Diskursanalyse“, weil es ihnen darum geht, wie linke politische Kräfte die maßgeblichen Diskurse in Deutschland und Europa ihren Zielen entsprechend verändern können.

Die Beiträge zur strategieorientierten Diskursanalyse im vorliegenden Buch beleuchten zunächst die unterschiedlichen Aspekte und Eigenschaften von Diskursen. Sie zeigen den Zusammenhang von sozialen Milieus und politischer Lagerbildung auf und gehen der hoch spannenden Frage nach, wie Habitus, Milieuzugehörigkeit, tief liegende Wertemuster und sinnstiftende Erzählungen, ausgedrückt z.B. im klassischen wie auch modernen „Mythos“, die diskursive Meinungsbildung über sehr lange Zeiträume beeinflussen. Mikfeld und Turowski betonen zur Einleitung des Buches: Diskurse haben ihrer Auffassung nach unterschiedliche zeitliche Reichweiten und verfügen neben den Trägern, Protagonisten, Botschaften und Werten, die sie ausmachen, auch über Strukturen und eine Geschichte. Sie würden über eine In-

frastruktur, die sogenannten „Dispositive“, die Pfadabhängigkeiten erzeugt, verfügen.

Wenn man das Konzept der Dispositive anwendet, wie es in dem Buch beschrieben wird, so könnte man die Sozialversicherung oder auch die Institution „Euro“ als solche diskursiven Infrastrukturen verstehen, da ihre Existenz und ihre Geschichte darüber mitbestimmen, was in der aktuellen politischen Auseinandersetzung als „richtig und angemessen“ erscheint. Wer dies ignoriert, wird große Probleme in der öffentlichen Wahrnehmung oder im konkreten politischen Handeln bekommen. Daraus folgt, dass nicht die Ausgestaltung des einen oder anderen Paragraphen eines Gesetzes oder ein mehr oder weniger populäres Label für den Erfolg oder Misserfolg einer politischen Forderung ausschlaggebend sind. Vielmehr entzündeten sich rund um den hohen politischen Aufwand, der betrieben werden muss, um etablierte Regelungen zu ändern, oftmals gesellschaftliche Debatten, die viel tiefer liegende Werte und Interessen ansprechen. Der Ansatz der strategieorientierten Diskursanalyse verknüpft auf gelungene Weise strukturelle Bedingungen von Interessenwahrnehmung und Meinungsbildung mit subjektiven, emotionalen und symbolischen Dimensionen von politischer Willensbildung. Wertemuster und mit ihnen verbundene Emotionen sind demnach nicht einfach nur „in den Köpfen“, was sie durch Medien oder Personen beliebig manipulierbar machen würde. Vielmehr sind sie an Milieus – also die soziale Position der Akteure in der Gesellschaft – gebunden, abhängig von Dispositiven und verändern sich in sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfen.

Ideen und Ansätze, wie Diskurse zielgerichtet zu führen sind, liefert der zweite große Teil des Buches. Den Titel aufgreifend wird in mehreren Beiträgen u.a. die Bedeutung von Sprache als Trägerin kollektiver Botschaften und Emotionen untersucht, exemplarisch unter anderem an Instrumenten wie dem Manifest oder dem politischen Programm. Dabei wird den Leser/innen bei der Lektüre deutlich, dass bereits scheinbare

Kleinigkeiten eine große Wirkung entfalten können, wie das Beispiel einer Diskussion um Steuerlasten zeigt: Unabhängig davon, ob es sich um eine Ent- oder Belastung handelt und weshalb sie eingeführt werden soll, dreht sie sich dem Wortlaut nach vor allem um Lasten. Sprache ist schon in den einfachsten Botschaften und Überschriften politisch. Bemerkenswert ist die Fallanalyse des SPD-Bundestagswahlkampfes, die Benjamin Mikfeld und Christian Kellermann am Ende des Buches vorlegen. Die seit 2008/2009 aufgekommenen Diskurse über Ursachen und Schlussfolgerungen der Krise werden auf diese Wahlkampfauseinandersetzung angewendet. Als erfolgreiche Strategie der Union erwies sich demnach die Umdeutung der Krisenursache von einer bankenverschuldeten Finanz- zu einer staatlichen Schuldenkrise und die Positionierung der Kanzlerin als Stabilitätsgarantin in einem krisengeschüttelten Europa. Dabei knüpfte die CDU an den nach wie vor attraktiven Mythos der „sozialen Marktwirtschaft“ an. Aus Sicht der Autoren gelang es der SPD hingegen vor allem aufgrund ihrer Zustimmung zu den Euro-Rettungspaketen und in Ermangelung einer eigenen abweichenden Krisenerzählung nicht, eine attraktive Alternative aufzuzeigen.

Das Buch bietet interessante Denkanstöße für eine strategische Entwicklung der eigenen Kommunikation und ihrer Verknüpfung mit eigenen Positionen. Zentrale Schlussfolgerung aus der Lektüre ist, dass nicht nur die geschickte kurzfristige Pressearbeit und die Arbeit mit der richtigen Werbeagentur für nachhaltigen Erfolg in der politischen Meinungsbildung zählen. Vielmehr muss die Verknüpfung von Programm, Repräsentant/innen, Unterstützer/innenmilieus und deren Habitus mit den in der Kommunikation eingesetzten Symbolen und Sprache unter Berücksichtigung der historischen Vorgeschichte und der aktuellen Situation gelingen. Das ist, wie es klingt: anspruchsvoll. ■

☞ Ole Erdmann, Dipl.-Volkswirt, ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Köln.

Rezension: Futuring – Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus

von Thilo Scholle

Der Begriff der „Transformation“ ist in vielen politischen Debattenbeiträgen präsent. Oft mit den Herausforderungen des Klimawandels verbunden, findet er sich im Feuilleton der „Zeit“ genauso wie in radikal-linken Diskussionsforen. Zugleich ist weitgehend unklar, was mit „Transformation“ eigentlich gemeint ist, vor allem aber, wie denn „Transformation“ herbeizuführen ist.

Viele Beiträge bleiben bei simplen Beschreibungen und Kritiken der Gegenwart hängen. Aufgezeigt wird, was die (ökologischen und sozialen) Probleme des real-existierenden Kapitalismus sind, und warum der Kapitalismus sein eigenes Fortschritts- und Wohlstandsversprechen nicht einlösen können wird. Konkrete Strategien einer Transformation im oder über den Kapitalismus hinaus werden dagegen selten ausgearbeitet, oder bleiben in voluntaristischen Appellen an die politischen Eliten stecken. Beliebte ist auch der Verweis auf Veränderungsprozesse in bestimmten gesellschaftlichen Nischen oder gar in anderen Regionen der Welt, aus deren Existenz dann ohne große Umwege auf die Möglichkeit der Veränderung im großen Ganzen geschlossen wird.

In diese Debatte führen Herausgeber Michael Brie sowie weitere Autorinnen und Autoren aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung nun den Begriff des „Futuring“ als Leitbegriff der Transformationsdebatte ein. Gedacht werden sollen „Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus“.

Dabei will Brie den Begriff des „Futuring“ nicht als naturwüchsig linke Perspektive sehen. Projekte des „Futuring“ betrieben gesellschaftliche Akteure mit völlig unterschiedlichen Zielsetzungen und Interessenlagen.

Michael Brie (Hrsg.)

Futuring

Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus



Verlag Westfälisches Dampfboot,
Münster 2014,
437 Seiten, 39,90 €

Ausgangspunkt des Herausgebers ist die Feststellung, „Transformation“ sei zur neuen Meta-Erzählung aufgestiegen. Bezogen werde dies zum einen auf das Projekt eines neoliberalen Umbaus der Gesellschaften, zum anderen aber auch auf die „Hoffnung oder Illusion“, die Lösung drängendster ökonomischer oder sozialer Probleme mit einer langfristigen Strategie des umfassenden gesellschaftlichen Umbaus von Produktions- und Lebensweise verbinden zu können, ohne dabei Macht- und Eigentumsverhältnisse ernsthaft anzutasten, wie dies beispielsweise bei Vorschlägen im Bereich der Umweltpolitik zu Ausdruck komme.

Entscheidend ist für Brie, dass sich Linke (im plural) nicht nur auf Abwehrkämpfe konzentrieren. Zwar soll Ausgangspunkt der Betrachtung ein Blick auf das „Futuring der Herrschenden“ sein. Eine Linke, die nach Gegen-Hegemonie strebe, könne aber auf ein „Gegen-Futuring“ nicht verzichten. Dabei wendet er sich gegen die Suche nach „der“ einen Transformation. Solidarisch-emanzipatorische Transformationen gebe es nur im Plural der Transformationen, die in die richtigen Verknüpfungen gebracht werden müssten.

Für weitere Diskussionen mitentscheidend ist sicherlich Bries Hinweis, dass Transformationsanalyse verlange, sich den „objektiven Strukturen wie Akteurskonstellationen“ zu stellen. Gerade an dieser Stelle wird der theoretische Anspruch des Sammelbandes in Abgrenzung zu wesentlich luftigeren Theorien der Transformation besonders deutlich.

In einleitenden Beiträgen versuchen u.a. Rainer Rilling und Rolf Reißig, dem Begriff der „Transformation“ weitere Konturen zu geben. Für Rilling besteht die politische Schlüsselaufgabe darin, Wirklichkeitssinn und Möglichkeitssinn zueinander zubringen. Für Reißig ist „Transformation“ ein spezifischer Typ sozialen Wandels, der u.a. geprägt sei durch

- die Umwandlung des Typs sozialer und kultureller Ordnung sowie Entwicklung,
- die Komplexität der Wandlungsprozesse von Ökonomie bis Kultur,
- einen „Schwarm von Akteuren, die mehr oder minder einen gemeinsamen Zielhorizont teilen“, sowie
- seine Ergebnisoffenheit.

Letztlich gehe es darum, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die sozialen Verhältnisse neu zu gestalten. Gerade Reißig gelingt ein interessanter Überblick über verschiedene Vorstellungen von Transformation.

Dieter Klein versucht, einem Konzept der „doppelten Transformation“ – bestehend zum einen aus systeminterner postneoliberaler Transformation sowie zum anderen aus anti-kapitalistischen und potentiell sozialistischen Ansätzen – nachzugehen. Eine staatstheoretische Fundierung von Ideen einer doppelten Transformation erarbeitet Bob Jessop. Reform müsse nicht nur unter dem Gesichtspunkt bewertet werden, was sie zur Verbesserung der Lage der subalternen Klassen beitrage, son-

dern auch mit Blick darauf, inwieweit und wie sie Bedingungen schaffe, die langfristig dazu beitragen, mit den vorhandenen Herrschaftsverhältnissen zu brechen.

Weitere Beiträge machen sich mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen daran, „Dimensionen und Szenarien“ der Transformation zu konkretisieren. Unklar bleibt im Band lediglich die Behandlung der Gewaltfrage (auch bei Prozessen der Transformation über den Kapitalismus hinaus), die sowohl im einleitenden Beitrag von Michael Brie wie auch ausdrücklich in einem Text von Erhard Cromme angesprochen wird, ohne dass Hintergrund und Ziel der Fragestellung wirklich deutlich werden.

Insgesamt ist dem Herausgeber ein lesenswerter Band gelungen, der mit über 400 Seiten allerdings auch sehr umfangreich ist. Zwar muss nach der Lektüre offen bleiben, inwieweit „Futuring“ sich wirklich als Orientierungsbegriff für transformatives linkes Denken eignet. Die mitschwingende Idee, mit einem solchen Begriff linkes Denken von reinen Abwehr- und Bewahrungskämpfen lösen zu können, ist sicherlich richtig. Reformistische und systemüberwindende Ansätze im Theoriedesign enger aufeinander zu beziehen, ist nicht wirklich neu, aber in den Beiträgen im Band gut argumentiert. Auch der Anspruch, die Akteure für transformative Prozesse nicht in einer diffusen „Multitude“ à la Hardt und Negri verschwinden zu lassen, verdient Zustimmung. Die Beiträge im Band arbeiten sich allerdings eher an Grundlagenarbeit ab, als dass sie ein Politikfeld tatsächlich einmal anhand der konkreten gesellschaftlichen Strukturen und der Akteurskonstellationen durchmustern. Politische Debatten über linke Mehrheits- und Machtperspektiven müssten genau an dieser Stelle ansetzen. Die Beiträge im Band geben hier einige Anregungen für den Ausgangspunkt der Betrachtung. ■

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Ist Griechenland über den Berg?

von Arne Heise



Seit einiger Zeit häufen sich die guten Meldungen zur wirtschaftlichen Erholung Griechenlands: Zunächst hat die Rating-Agentur Standard & Poor's die Bonität griechischer Staatsanleihen auf die Stufe „B“ heraufgesetzt, dann gelang es der griechischen Regierung, eine Staatsanleihe zu einem fast schon „normalen“ Zinssatz von unter 5 Prozent auf den Kapitalmärkten zu platzieren. Nun verdichten sich die Nachrichten, dass Griechenland seit drei Quartalen wieder wächst. Damit könnte nicht nur die tiefste Depression in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte des Landes endlich beendet werden, Griechenland verspricht plötzlich sogar die EU-weit höchsten Wachstumsraten – also vom „kranken Mann Europas“ zum „rising star“?

Derartige Karrieren hat es immer wieder gegeben: Großbritannien war in den 1980er Jahren die ökonomischen Problemnation, nur um dann in den 1990er Jahren zum „Modell Großbritannien“ zu werden. Auch Deutschland galt noch Anfang der 2000er Jahre als ökonomisch angeschlagen und „reformreif“, kam dann aber als besonders robustes Musterland gestärkt aus der Weltfinanzkrise heraus. Natürlich sind sich die ökonomischen Beobachter nicht einig, ob diese Zyklen von unter- und überdurchschnittlicher Entwicklung wesentlich durch zwischenzeitliche Strukturreformen (z.B. Thatchers Angebotspolitik und Schröders Agenda-Politik) oder makroökonomische Entwicklungen (z.B. ein weniger restriktives Korsett aus Geld- und Finanzpolitik in Großbritannien und insbesondere außenwirtschaftliche Einflüsse in Deutschland) verursacht wurden. Auch im Falle Griechenlands wird nun heftig diskutiert, ob der neuerliche Schwung das Ergebnis der Strukturreformen oder der makroökonomischen Entwicklungen ist, die Griechenland eher zufällig berühren.

Zunächst einmal bedarf es eines kurzen Blicks auf die Ausgangslage: Bis zur Weltfinanzkrise

war Griechenland mit einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von fast 4,0 Prozent das neben Irland am stärksten wachsende Mitgliedsland der Eurozone. Allerdings gab es schon damals Zweifel an der Nachhaltigkeit dieser Entwicklung: Einerseits war sie zumindest teilweise auf besondere Unterstützung aus Fördermitteln der EU (z.B. im Zuge der Olympischen Spiele in Athen im Jahr 2004) gestützt. Andererseits deutete das zunehmende Leistungsbilanzdefizit des Landes mögliche Wettbewerbsprobleme der heimischen Wirtschaft bei dauerhaft überdurchschnittlichen Lohnstückkostensteigerungen innerhalb der Eurozone an. Auch die Unfähigkeit des Landes, selbst unter sehr guten Wachstumsbedingungen einen Abbau der öffentlichen Verschuldung voranzutreiben, erhöhte sicher nicht das Vertrauen in die wirtschafts- und finanzpolitische Solidität der politischen Eliten in Griechenland. In der Folge der Weltfinanzkrise erlebte das Land nicht nur eine besonders tiefe, sondern vor allem auch lang anhaltende Rezession: Das (reale) BIP sank gegenüber dem Jahr 2008 kumulativ um etwa 25 Prozent – Ausmaße, die es bislang nur in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und in der Systemtransformation der 1990er Jahre in Europa gegeben hat. Tiefe und Länge der griechischen Depression waren sicher auch das Ergebnis der Austeritätspolitik, die als Reaktion auf die drastisch ansteigende öffentliche Verschuldung auf Druck der EU und des IWF eingeleitet wurde: Haushaltskürzungen, Lohnsenkungen, Absenkung der Sozialleistungen und Arbeitsmarktregulierungen, etc. Die Logik hinter diesen Maßnahmen, die ja insbesondere auch von der deutschen Regierung vertreten und schließlich durchgesetzt wurden, war, dass es kurzfristiger Beschränkungen und Härten bedarf, um die mittelfristig solide Basis für nachhaltiges Wachstum zu schaffen. Insbesondere, so die Argumentation, muss die

griechische Regierung durch restriktive Finanzpolitik das bei den Finanzmarktakteuren verloren gegangene Vertrauen wiedergewinnen und kann dann, durch Erwartungseffekte (sinkende strukturelle Staatsverschuldung wird als Hinweis auf künftige Steuerentlastungen gesehen) sogar sogenannte „nicht-keynesianische“ Effekte realisieren: statt eines Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage kommt es zu einer Ausweitung. Über lange fünf Jahre hinweg schien diese Argumentation widerlegt. Deutet die Erholung Griechenlands nun an, dass es einfach nur etwas längeren Atems bedurfte, um die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges einschätzen zu können? Haben es die Deutschen (auf der politischen Bühne) und die Angebotstheoretiker (in der wissenschaftlichen Arena) mal wieder besser gewusst?

Der Redlichkeit halber muss gesagt werden, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt sicher noch zu früh ist, diese Frage ernsthaft und glaubwürdig beantworten zu können – zumal es höchstwahrscheinlich auch in der längerfristigen Retrospektive gute Argumente für verschiedene Sichtweisen geben wird. Hier können deshalb nur einige abwägende Überlegungen angestellt werden. Unbestreitbar ist: Die Netto-Neuverschuldung Griechenlands ist in den letzten Jahren deutlich gesunken, die Refinanzierungsmöglichkeit des Staates zu deutlich günstigeren Konditionen hat sich verbessert, das Leistungsbilanzdefizit ist rückläufig. Ob dies aber tatsächlich eine gesteigerte Glaubwürdigkeit der griechischen Finanzpolitik, höheres Vertrauen der Investoren und Konsumenten und damit eine rückkehrende wirtschaftliche Dynamik andeutet, bleibt fraglich. Der konservative Think-Tank „Centrum für Europäische Politik“ (CEP) jedenfalls sieht Griechenland noch lange nicht auf dem Weg der Gesundung. Allerdings wird nicht die angebotspolitische Strategie hinterfragt, sondern vielmehr deren nicht ausreichende Schärfe beklagt. Hier dringt die Sorge manches neoliberalen Ökonomen durch, der Reformdruck auf Griechenland könnte abnehmen. In jedem Fall

hat die öffentliche Verschuldung als konkreter Ausdruck der Schuldenlast Griechenlands noch keineswegs abgenommen, die verbesserten Konditionen griechischer Staatsschulden auf den internationalen Finanzmärkten können also auch der Tatsache geschuldet sein, dass es der EU einstweilen gelungen ist, die Märkte davon zu überzeugen, dass Griechenland zumindest in der gegenwärtigen Situation nicht aus der Eurozone ausgeschlossen bzw. diese nicht aus eigenem Antrieb verlassen wird. Das äußerst moderate Wachstum von etwa 0,5 Prozent im Jahr 2014 ist jedenfalls ausschließlich auf eine Verbesserung außenwirtschaftlicher Einflüsse – und hier insbesondere des Tourismus – zurückzuführen. Hierbei dürfte der massive Rückgang der Lohnstückkosten eine Rolle gespielt haben – und zwar in doppelter Hinsicht: Einerseits ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands dadurch gestiegen, andererseits hat die massive Lohnsenkung zwar zu Nachfrageeinbrüchen in der Vergangenheit geführt. Mittlerweile ist aber ein Niveau erreicht, auf dem weitere Konsumausfälle durch Entsparen bzw. Verschuldung (die Sparquote der privaten Haushalte in Griechenland liegt bei -20 Prozent) kompensiert werden.

Griechenland scheint eine Talsohle seiner konjunkturellen Entwicklung erreicht zu haben. Ob dies der Ausgangspunkt eines kräftigen Wachstums in den nächsten Jahren wird, bleibt offen. Der private Konsum ist in der gegenwärtigen Form kaum nachhaltig, deflationäre Tendenzen sind kein positives Umfeld für Investitionen, selbst wenn nach langen Jahren der investiven Zurückhaltung Ersatzinvestitionen anstehen. Wollte Griechenland in absehbarer Zeit auch nur auf das Einkommensniveau von 2008 zurückkommen, müssen die durchschnittlichen Wachstumsraten (also nicht nur in einem konjunkturellen Aufschwung) deutlich über 2 Prozent liegen – hierbei allein auf die Marktkräfte zu hoffen, kann sich als fatal erweisen. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

Rund 2,6 Milliarden Kurier-, Express- und Paketsendungen sind im vergangenen Jahr in Deutschland versandt worden. Die Branche ist damit mengenmäßig um 5,4 Prozent gewachsen, umsatzmäßig sogar um 6,4 Prozent. Der Wachstumstrend hält damit seit mehr als einem Jahrzehnt an. In der Weihnachtszeit erreichen die Sendungsmengen dabei alljährlich neue Rekordwerte. Damit ist jetzt die richtige Zeit, um sich die Verhältnisse dort etwas genauer anzuschauen.

Denn das Geschäftsmodell der Branche baut auf prekärer Arbeit auf und sozialisiert die damit verbundenen Risiken, während die Gewinne bei den Unternehmen verbleiben. Ein System von Subunternehmertum ermöglicht einen perfiden Wettbewerb um billige Konkurrenz. Da bleibt für die Beschäftigten oftmals nur ein Niedriglohn, der nicht zum Leben reicht. Erkenntnissen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zufolge ist zudem Scheinselbstständigkeit in der Branche weit verbreitet. Dies schadet uns allen, denn den Sozialversicherungen werden auf diese Weise Einnahmen entzogen. Außerdem muss die Gesellschaft durch Sozialleistungen für die Aufstockung der zu niedrigen Löhne zahlen. Für die Deutsche Post AG weist zudem ver.di auf den überverhältnismäßig hohen Anteil an befristeten Beschäftigten hin. Auch wenn aufgrund der saisonalen Schwankungen in der Branche ein gewisser Anteil befristeter Beschäftigung dazugehört, ist dieser bei der Post in der jüngeren Zeit stark gewachsen. Von den bundesweit insgesamt rund 127.000 Beschäftigten in den 49 Niederlassungen Brief arbeiten gut 21.000 Menschendauerhaft oder als Aushilfe mit einem befristeten Arbeitsvertrag. Das sind 17 Prozent aller Beschäftigten.

Hinzu kommt eine deutliche Arbeitsverdichtung. Denn während die Menge der Sendungen immer weiter wuchs, stieg die Zahl der Beschäftigten nur geringfügig und liegt heute unterhalb des Wertes von vor 10 Jahren. Arbeitsverdichtung erhöht jedoch das Unfallrisiko und gefährdet die Gesundheit auch psychisch. Für die Deutsche Post AG berichtet ver.di von durchschnittlich 139 Unfällen pro Tag im Unternehmen. Waren es im Jahr 2012 insgesamt 47.102 Unfälle, sind diese 2013 auf 51.030 Unfälle gestiegen. Die Zusammenhänge zwischen hoher Arbeitsintensität und Gesundheitsbeeinträchtigungen sind in vielen Untersuchungen belegt, konkret zeigen sich Folgen in Erholungsunfähigkeit, Erschöpfung, kardiovaskulären Erkrankungen bis hin zu depressiven Störungen. Mehr als 52 Prozent der für den „Stressreport 2012“ befragten Beschäftigten gaben an, häufig unter starkem Termin- oder Leistungsdruck arbeiten zu müssen. Erschreckend auch: der Anteil der Befragten, der sich dadurch belastet fühlt, hat in den letzten Jahren besonders zugenommen.

Über die Hälfte der 2,6 Milliarden Sendungen entfielen auf das B2C-Segment. Das sind Sendungen direkt für den Endverbraucher und Kunden. Wir entscheiden also mit unserem Konsumverhalten auch über die Arbeitsbedingungen in dieser Branche. Genauso wie der Druck auf die Politik zu erhöhen ist, soziale Kriterien in die Vergabepaxis zu implementieren, so können wir als Konsumenten Druck auf die großen Versandhändler ausüben. Oder wir verzichten gleich ganz und kaufen unsere Weihnachtsgeschenke doch lieber vor Ort. In diesem Sinne eine geruhsame Jahresendzeit! ■

↳ Dr. Claudia Bogedan ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bonn.

Crossover

Soll eine sozial-ökologische Kräftekonstellation im Jahr 2017 keine Wunschvorstellung bleiben, muss sie durch intensive Debatten zwischen den linken Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen vorbereitet werden. Aus Sicht der SPD-Linken hat der Öffnungsbeschluss von Leipzig Möglichkeiten für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit auf Bundesebene eröffnet, die vorher SPD-intern blockiert waren. Andererseits erschwert die Einbindung der Partei in die große Koalition zugleich die langfristige und glaubwürdige Suche nach neuen Bündnissen. Es gilt, nicht nur auf bekannte Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu verweisen, sondern Brücken über die unterschiedlichen programmatischen Ansätze und Vertrauen zwischen den Akteuren zu bilden.

Wird dieser Prozess allein machttaktisch und nicht als politisches Projekt verstanden, entsteht weder unter den beteiligten Akteuren noch in den jeweiligen Wählerklientelen Vertrauen. Mit der neuen Artikelserie *crossover* versucht spw, die diskursiven Schnittmengen zwischen progressiven Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu vergrößern und gemeinsame politische Gestaltungsperspektiven zu entwickeln. In dieser Ausgabe stellen die stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende, Katharina Oerder und das ehemalige Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND, Felix Banaszak, die aktuellen Herausforderungen für eine progressive Arbeitsmarktpolitik dar. ■

Wir müssen unser Verständnis von Arbeitszeit überdenken

Interview mit Katharina Oerder



↳ Katharina Oerder ist stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende.

Foto: privat

spw: Welche großen Herausforderungen stellen sich deiner Meinung nach auf dem Arbeitsmarkt?

» **K. Oe.:** Wichtige Veränderungen sind sicherlich der Wandel des Normalarbeitsverhältnisses sowie die Digitalisierung der Gesellschaft. Beide Trends wirken sich

stark auf den Arbeitsmarkt aus und verändern ein Arbeitsleben, wie wir es bisher kannten.

Bereits rund die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in so genannten „atypischen Beschäftigungsverhältnissen“: Teilzeit, Mini-Jobs, Werkverträge, Soloselbstständigkeit oder ähnlichem. Es stellt sich somit allein schon aus quantitativen Gründen die Frage, was eigentlich noch als typisch anzusehen ist, wenn das atypische normal geworden zu sein scheint. Wir brauchen ein neues Verständnis des Normalarbeitsverhältnisses.

Ein neues Normalarbeitsverhältnis sollte den Rahmen für eine neue Arbeitszeitpolitik, materielle Absicherung, Geschlechtergerech-

tigkeit und Teilhabe darstellen und Brüche in Erwerbsbiographien besser absichern.

Die Digitalisierung befördert den tiefgreifenden Wandel der Arbeit. Die Entwicklung ist ambivalent und offen. Grenzen zwischen Arbeit und Leben werden fließend. Dies kann sowohl neue Möglichkeiten selbstbestimmter Arbeit eröffnen, als auch Entsolidarisierung und Fremdbestimmung. Es wandelt sich die Verfasstheit des Betriebes. Dies stellt eine wesentliche Herausforderung insbesondere für die Mitbestimmungsgesetzgebung dar, die auf dem Betriebsprinzip gründet.

Diesen und viel mehr anderen Trends versuchen wir Jusos in der Kampagne Links Leben zu begegnen. Dabei stellen wir uns die Frage: Wieviel Wir braucht das Ich? Wie gelingt uns eine neue Balance zwischen kollektiver Sicherheit und individueller Flexibilität?

spw: Wie sieht für dich eine progressive Arbeitsmarkt-Politik aus?

» **K. Oe.:** Erwerbsarbeit ist für unsere Gesellschaft sowie auch jede/n Einzelne/n zentral. Sie dient der Wertschöpfung in einer Gesellschaft und hat für das Individuum wichtige bestärkende und inkludierende Funktionen. Dabei ist es natürlich wichtig, sich den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zu stellen und dem Wandel offensiv zu Begegnen. Wir wollen und müssen Menschen gegen die Risiken dieser Veränderungen absichern, dabei aber auch sich ergebende Möglichkeiten nutzbar machen. Auch dafür wollen wir die Arbeitslosenversicherung vom Kopf auf die Füße stellen und zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Es ist doch schizophoren, dass wir im bisherigen System immer erst dann eingreifen, wenn es schon zu spät ist. Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen setzen erst an, wenn eine Arbeitslosigkeit schon eingetreten ist – nicht

aber um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Ziel muss es sein, Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit abzusichern. Dementsprechend müssen sich die Weiterbildungsangebote, -institutionen und -kulturen ändern in Deutschland. „Lebenslanges Lernen“ wird aktuell noch von vielen eher als eine Bedrohung, denn als Chance wahrgenommen.

Außerdem müssen wir unser Verständnis von Arbeitszeit überdenken. Wir wissen aus Studien, dass Frauen, die in Teilzeit beschäftigt sind, häufig gerne etwas mehr arbeiten würden. Männer, die meist Vollzeit arbeiten, würden gerne etwas weniger arbeiten. Das muss doch irgendwie zusammen zu bekommen sein! Es geht also darum, Arbeit umzuverteilen. Der Vorschlag von einer verkürzten Vollzeit, so um die 30-Stunden pro Woche, für Menschen mit Familie ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Brotverdiener und die Hausfrau, das ist heute nicht mehr zeitgemäß, wir wollen uns um Familie und Karriere kümmern. Arbeitsmarkt- ist damit auch Gleichstellungspolitik.

Um ein neues Normalarbeitsverhältnis, das den individuellen Wünschen der Beschäftigten gerechter wird, zu erreichen, haben wir Jusos auf unserem Bundeskongress Anfang Dezember in Bielefeld eine Arbeitsversicherung beschlossen. Diese soll alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bündeln und dabei vor allem auf Weiterbildung und Qualifizierung setzen. Brüche in Erwerbsbiografien sollen so besser abgesichert werden und die Arbeitszeit der eigenen Lebenssituation angepasst werden können.

spw: Was ist dabei gerade für junge Menschen wichtig?

» **K. Oe.:** Obwohl junge Menschen an Freiheit und Selbstbestimmung auch auf dem Arbeitsmarkt interessiert sind, ist ebenso eine gute Absicherung wichtig. Die Flexibilitäts- und Leistungsansprüche an den

Einzelnen müssen auch zu schultern sein: Wie sollen wir Familie gründen oder uns auch nur eine größere Wohnung mieten, wenn wir von einem Halbjahresvertrag zum nächsten befristeten Projekt springen, ohne je ganz sicher sein zu können, wie lange wir denn jetzt noch auf einer Stelle oder in einer Stadt bleiben können? In dieser Hinsicht hat unsere Generation mit schwierigen Umständen zu kämpfen.

Gleichzeitig wollen wir natürlich frei und selbstbestimmt arbeiten können. Für viele ist die Vorstellung, nach der Ausbildung oder dem Studium bis zur Rente in lediglich einem Unternehmen bzw. Arbeitsfeld beschäftigt zu sein, nicht erstrebenswert. Wir wollen uns ausprobieren, und verschiedene Chancen ergreifen. Vielleicht mal eine Zeitlang selbstständig sein oder im Ausland arbeiten, Karriere machen und dann trotzdem ein Sabbatical nehmen, mal in Teilzeit, mal in Vollzeit, ganz wie es unseren Ansprüchen und jeweiligen Lebenssituationen entspricht. Eine Erwerbsbiographie muss auch solche verschiedene Phasen der Beschäftigung, Qualifizierung oder Selbstständigkeit zulassen können, ohne ständig in Existenzangst leben zu müssen. Solche Brüche sind im bisherigen System nur schlecht abgesichert.

spw: Mit welchen Akteuren sollte deiner Meinung nach für eine progressive Arbeitsmarktpolitik zusammengearbeitet werden? Welche Erwartungen hast du dabei insbesondere an ein linkes crossover?

» **K. Oe.:** In erster Linie sind selbstverständlich die Gewerkschaften wichtige Partnerinnen. Ausgehend von Industrie 4.0 im produzierenden Gewerbe nehmen sie sich mittlerweile umfassend der Digitalisierung der Arbeitswelt an. Zudem ist die vom DGB ausgerufene „Offensive Mitbestimmung“ nur zu unterstützen. Neue Qualität der Arbeit und mehr Selbstbestimmung im

Berufsleben erfordern gerade unter den sich wandelnden Bedingungen ein Mehr an Partizipation und Beteiligung der Beschäftigten. Mitbestimmungsrechte müssen gestärkt und ausgebaut werden. Bei einem solchen Vorhaben muss gegen enorme Kapitalinteressen angekämpft werden, erfolgreich können wir nur sein wenn linke Akteure dabei zusammenarbeiten.

Auch müssen wir uns mit der Frage nach der Teilhabe an der Erwerbsgesellschaft beschäftigen. Dies betrifft zum einen materielle Existenzsicherung. Es hat aber auch eine gesellschaftspolitische Dimension im Hinblick auf einen dritten Arbeitsmarkt und einen Öffentlichen Beschäftigungssektor, der ein wichtiger Baustein einer progressiven Arbeitsmarktpolitik darstellt. Des Weiteren stellt sich natürlich die Frage, wie mit Rechten und Pflichten des Einzelnen umgegangen wird. Das sich im aktuellen Sanktionsregime der Arbeitslosenversicherung niederschlagende ökonomistische Menschenbild, welches Sanktionierung und Bestrafung über Motivation und Sinnstreben setzt, gilt es zu überwinden. Auch dabei muss die gesellschaftliche und politische Linke gemeinsam handeln um dem neoliberalen Zeitgeist etwas entgegen zu setzen. ■

Jenseits des Erprobten – eine emanzipatorische Arbeitsmarktpolitik für Alle

von Felix Banaszak

Dieser Artikel böte mir die Gelegenheit, zu wiederholen, was uns allen bewusst ist: Dass wir einen unhaltbar großen Niedriglohnsektor und Lohndumping haben. Dass es zu wenig sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gibt, atypische Arbeitsverhältnisse in der Leih- und Zeitarbeit ausufern und zunehmend viele Menschen prekariert sind. Dass viele Menschen kaum eine Chance auf Arbeit haben oder auch trotz Arbeit arm sind. Dass deshalb das gesamte soziale Gefüge auseinanderzufallen, das Miteinander zu kippen droht. Und ja, dies sind alles Themen, denen sich eine emanzipatorische Arbeitsmarktpolitik stellen muss. Diese Probleme sind akut, sie verlangen nach politischen Lösungen jenseits des bisher Erprobten. Ich möchte diesen Artikel aber nutzen, andere Phänomene in den Fokus zu nehmen, die sich im Wesentlichen aus den veränderten gesellschaftlichen wie technologischen Rahmenbedingungen ergeben. Die Aufgabe einer modernen, linken, emanzipatorischen Arbeitsmarktpolitik ist, diese Veränderungen zu begleiten und Konzepte für solidarische Arbeitsverhältnisse vor dem Hintergrund von Flexibilisierung und Digitalisierung zu erarbeiten.

Unzählig sind die Berichte über die steigende Zahl arbeitsbedingter Erkrankungen bis hin zum Burnout. Nicht selten haben diese Erkrankungen ihren Ursprung in dauerhafter Überlastung und Stress, in einem immer schneller werdenden Rhythmus, in der ständigen Erreichbarkeit. Der gestaltende Umgang mit den durch die Digitalisierung veränderten Kommunikationsmöglichkeiten ist eine zentrale Herausforderung für eine emanzipatorische Arbeitsmarktpolitik, die die Gesundheit und die Rechte

der Arbeitnehmerinnen in den Mittelpunkt stellt. Dauerhafte Erreichbarkeit wurde mittlerweile auch von vielen Unternehmen als Krankheitsursache erkannt. So ist es ca. 3.500 der weltweit über 500.000 Mitarbeiterinnen von Volkswagen seit einigen Jahren rein technisch gar nicht mehr möglich, in ihrer Freizeit ihre E-Mails abzurufen. Allein, dies sind bislang Einzelfälle. Und an der praktischen Umsetzung im Arbeitsalltag scheitert es dann doch immer wieder. Die Maßnahmen weisen dennoch in die richtige Richtung. Vereinbarungen über die (Nicht-)Erreichbarkeit nach Feierabend können Bestandteil von Tarifverträgen sein. Eine unabhängige Beschwerdestelle, die das Nichteinhalten arbeitsrechtlicher Standards aufnimmt, kann helfen, die getroffenen Vereinbarungen zu überwachen.

Die Zeiten der Hegemonie heterosexueller Alleinverdienerehen ist vorbei – und damit auch die der klassischen Arbeitsteilung. Den Wunsch nach mehr lebenswerter Zeit jenseits beruflicher Verpflichtungen für möglichst viele Menschen zu erfüllen, muss Aufgabe linker Arbeitsmarktpolitik sein. Insbesondere für junge Menschen, die sogenannte Generation Y, ist es wichtig, dass sie Spaß an der Arbeit, aber eben auch Zeit für anderes als (Erwerbs-)Arbeit haben. Weil Arbeitgeberinnen ihrerseits das Versprechen nach lebenslanger Sicherheit nicht mehr erfüllen können, sind für junge Arbeitnehmerinnen deshalb andere Faktoren zunehmend wichtig. Eine neue „Zeitpolitik“, die auch veränderten Rollenbildern Rechnung trägt und das Bedürfnis vieler junger Paare, Erziehungs- und Hausarbeit gerecht untereinander aufzuteilen, berücksichtigt, tut darum Not. Bei der Flexibilisierung von Ar-

beitszeitmodellen ging es bislang meist darum, die beste Lösung für die Unternehmen zu finden. Nun müssen wir die individuellen Lebensverläufe der Arbeitnehmerinnen und ihr Bedürfnis nach Zeit für sich, ihre Familie und Freundschaften verstärkt in den Blick nehmen. Die politische Linke muss Antworten auf diese Herausforderung finden, die auch über die klassischen Debatten um Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen hinausgehen. Sabbaticals, Lebensarbeitszeitkonten, staatliche Lohnersatzleistungen – das sind Stichpunkte in einer Debatte, die geführt werden muss. Dabei wird es darauf ankommen, „Zeitpolitik“ nicht als Nischenthema für privilegierte Gruppen anzugehen, sondern auch Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt zu adressieren. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich beispielsweise würde für nicht wenige Familien den finanziellen Ruin bedeuten.

Doch das ist lange nicht alles. Diskriminierung und ungleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzutreten, ist zentrale Aufgabe einer emanzipatorischen Arbeitsmarktpolitik. Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist ein wichtiger erster Schritt gegangen worden, die Umsetzung des Gleichbehandlungsgebots einklagbar zu machen. Nun kommt es darauf an, konkrete Maßnahmen für den Alltag zu entwickeln und zu fördern, beispielsweise die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen trotz hoher Qualifikation nicht zu Bewerbungsgesprächen eingeladen werden, weil sie den falschen Nachnamen haben. Darüber hinaus sind wir immer noch weit entfernt von einem geschlechtergerechten Arbeitsmarkt – Stichwort Gender Pay Gap. Neben einzelnen Maßnahmen wie einem Entgeltgleichheitsgesetz bedarf es einer Gesamtstrategie gegen geschlechtsbezogene Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt. Die Diskussion um das Ehegattensplitting darf davon nicht losgelöst betrachtet werden,

denn es gilt auch, ebenjene Fehlanreize zu adressieren, die Erwerbs- oder eben „Nicht-Erwerbsbiographien“ prägen.

Diese Themen machen auch deutlich, dass es nicht ausreicht, ausschließlich mit den „klassischen“ Partnerinnen wie Gewerkschaften zusammen zu arbeiten. Eine stärkere Verknüpfung der Arbeit gewerkschaftlicher Organisationen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, feministischen Gruppen, Migrantinnenorganisationen und vielen mehr erscheint notwendig. Ein intersektionaler Blick auf Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt kann helfen, die Ansatzpunkte zu erkennen. Ein linkes Crossover, das diese verschiedenen Perspektiven aus Politik, Wissenschaft, Bewegung und Gewerkschaft zusammenbringt und zusammen denkt, hat großes Potential. Hier müssen die Mitte-Links-Parteien zusammenarbeiten und mit ihren jeweiligen Traditionen und Verwurzelungen, vor allem aber mit ihrer Strahlkraft in unterschiedliche Milieus hinein, die Hegemonie brechen. ■

☞ Felix Banaszak, geboren 1989 in Duisburg, ist Mitglied im Vorstand des Instituts Solidarische Moderne. Er war von 2011 bis 2014 im Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND, zuletzt als Bundessprecher. Er hat in Berlin Sozial- und Kulturanthropologie studiert.

Richard Löwenthal und seine „posthumen Schüler“

von Michael R. Krätke

Eine denkwürdige Veranstaltung war das an der Freien Universität am 12. Juli 1967, wenige Wochen nach dem tödlichen Schuss auf Benno Ohnesorg. Auf dem Podium saßen Rudi Dutschke, Herbert Marcuse und Richard Löwenthal. „Moral und Politik in der Überflussgesellschaft“ hieß das Thema, es ging um die Politik der „Neuen Linken“. Richard Löwenthal war damals schon einer der führenden Köpfe der SPD, bekannt als Autor, als Berater und enger Freund Willy Brandts. Marcuse und Dutschke standen und sprachen für die „Neue Linke“, Löwenthal für die Sozialdemokratie nach Godesberg.

Rudi Dutschke kritisierte Löwenthal, der sich auf die Verheißungen des utopischen Reichs der unbefleckten und unbegrenzten Freiheit nicht einließ und ganz ungeniert von den Gefahren einer „totalitären“ Revolution warnte. Dutschke zitierte aus den Schriften eines Autors namens Paul Sering, der den meisten Anwesenden unbekannt war. Die Texte, die er anführte, waren 1935 und 1936 in der von Rudolf Hilferding herausgegebenen Exilzeitschrift der SPD, der „Zeitschrift für Sozialismus“, erschienen. Und jener Paul Sering, auf den er sich berief, war niemand anders als Richard Löwenthal. Der nahm Dutschkes Zitate aus seinen marxistischen Jugendschriften lächelnd zur Kenntnis und ernannte ihn leicht gerührt zu seinem „posthumen Schüler“.¹ Allerdings widersprach er vehement seiner These, der Stalinismus sei nicht mehr als ein bedauerlicher Betriebsunfall der Revolutionsgeschichte. Man könne an der Geschichte der russischen Revolution studieren, wie eine zu Anfang „echte Revolution von unten“ zu dem totalitären Staat ge-

worden sei, den wir in seiner stalinistischen Ausprägung kennen – eine zwangsläufige Entwicklung von der Machtergreifung einer Partei bis zur Institutionalisierung des „totalen Parteimonopols“, aus der die stalinistische Form der Diktatur mit Notwendigkeit gefolgt sei.²

Paul Serings Leuchtkugel

Zwanzig Jahre zuvor hatte ein Buch jenes Paul Serings alias Richard Löwenthal für Aufsehen gesorgt. Mit „Jenseits des Kapitalismus“, seinem „Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung“ nach den Katastrophen der Weltwirtschaftskrise, des Faschismus und des zweiten Weltkriegs, wurde Löwenthal mit einem Schlag zum führenden Theoretiker der Nachkriegssozialdemokratie. Kurt Schumacher zitierte daraus auf dem Nürnberger Parteitag der SPD der Westzonen 1947. Helmut Schmidt beschrieb seine Wirkung als eine Leuchtkugel, die am Himmel schwebte, die gesellschaftlichen Strukturen beleuchtete und der im Wiederaufbau befindlichen Sozialdemokratie Orientierung bot.³ Willy Brandt las es noch in Norwegen, war begeistert und wollte es übersetzen.⁴ Das Buch erlebte von 1947 bis 1949 mehrere Neuauflagen und zahlreiche Nachdrucke, es war nach Bernsteins „Voraussetzungen“ der zweite Bestseller der deutschsprachigen sozialistischen Literatur.⁵

² So Richard Löwenthal, ebd., S. 103.

³ Vgl. Helmut Schmidt, Ausblick auf das Ende des 20. Jahrhunderts, in: Gesine Schwan (Hg.), Wissenschaft und Politik in öffentlicher Verantwortung. Problemdiagnosen in einer Zeit des Umbruchs. Zum Gedenken an Richard Löwenthal, Baden-Baden 1995, S. 186f.

⁴ Seither entwickelte sich die Freundschaft zwischen Willy Brandt und Richard Löwenthal, die bald zu ihrer gemeinsamen Arbeit an der Biographie Ernst Reuters führte (vgl. Willy Brandt/Richard Löwenthal, Ernst Reuter – Ein Leben für die Freiheit, München 1957).

⁵ In der sowjetischen Besatzungszone lief es illegal und Löwenthals Studienfreund Wolfgang Abendroth, damals in Halle lehrend, gab es heimlich seinen Studenten zu lesen.

¹ Vgl. Moral und Politik in der Überflussgesellschaft. Eine Podiumsdiskussion, geleitet von Jakob Taubes mit Herbert Marcuse, Prof. Löwenthal, Prof. Schwan, Prof. Claessens, Peter Furth, Rudi Dutschke und Wolfgang Lefèvre, in: Herbert Marcuse, Das Ende der Utopie, hrsg. von Horst Kurnitzky und Hans Martin Kuhn, Berlin 1967, S. 111.

Noch heute lohnt es sich, dieses Buch zu lesen. Auf 268 Seiten, knapp und klar geschrieben, ohne Fußnoten (mit einem Anhang zur Literatur), wird alles geboten, was das linke Herz bzw. der linke Kopf begehrt: Eine Analyse der jüngsten Strukturveränderungen des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft, die aus der großen Weltwirtschaftskrise der 1930er entstanden waren (bzw. zu ihr geführt hatten). Eine Analyse des Faschismus, der faschistischen Massenbewegungen wie der faschistischen Regimes, eine Analyse der Entwicklung des Bolschewismus und der Sowjetunion von den Anfängen bis zum Ende des zweiten Weltkriegs, schließlich eine gründliche Auseinandersetzung mit den Problemen einer sozialistischen Planökonomie.

Wichtig ist das Buch, weil Löwenthal darin – wie in seinen früheren Aufsätzen – zahlreichen Deutungen widerspricht, die damals (und zum Teil bis heute) als der linken Weisheit letzter Ratschluss galten: Das kapitalistische Weltssystem ist mit der zweiten Großen Depression, mit dem zweiten Weltkrieg, mit dem Aufstieg und Fall des Faschismus nicht am Ende, im Gegenteil. Seine Entwicklungsmöglichkeiten sind noch lang nicht ausgeschöpft, es gibt nicht-sozialistische Auswege aus den Krisen und Katastrophen. Aus den Strukturveränderungen des Kapitalismus vor der Weltwirtschaftskrise ergab sich ein Zwang und Drang zu immer weitergehenden Staatsinterventionen, aus dem Chaos der großen Krise folgte der Zwang zur Planung, die Tendenz zum „Plankapitalismus“ auf (national)staatlicher Ebene.⁶ In der Krise wird der Schrei nach Hilfe vom Staat, nach sozialer Sicherheit und Subventionen allgemein; über das Was und Wie der geplanten Staatsaktionen entscheidet der Ausgang des Kampfs um die Macht im Staat. Diesen Kampf verliert die Arbeiterbewegung, wenn sie keine „konkrete konstruktive Krisenüberwindungs-

politik“ entwickelt. Löwenthal unterscheidet und analysiert zwei Varianten des Plankapitalismus, die demokratische Form, in der unter den Bedingungen der parlamentarischen Interessendemokratie (wie in den USA, wie in Großbritannien) die Interessen der Arbeiter an sozialer Sicherung und Beschäftigung zur Geltung kommen, und die faschistische, in der die Tendenz des Kapitals zur imperialistischen Planung zum Durchbruch kommt. Der Faschismus gilt ihm als die „klassische politische Form“ des „Planungsimperialismus“.⁷ Die faschistische Variante führt unweigerlich zum (Welt)krieg und zur Selbsterstörung. Die demokratische muss ungenügend bleiben, weil sich die Kapitaleigentümer jeder Form von geplanter wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung und Vollbeschäftigungspolitik widersetzen müssen (und können). Der Rückweg zum „klassischen“ Kapitalismus mit minimaler Staatsintervention ist versperrt, die nächste Krise (oder der nächste Krieg) kommt bestimmt, der Übergang zum Sozialismus, zu einer nicht-kapitalistischen Planökonomie ist notwendig. Notwendig ja, gut möglich dank der vorangegangenen Teiltransformationen des Kapitalismus, aber keineswegs zwangsläufig.

Jede Entscheidung für oder wider einen möglichen Sozialismus wird von der „Tragödie der russischen Revolution“ beeinflusst, die statt zum erhofften Sozialismus zu einer neuen Klassengesellschaft, zu einer höchst ineffizienten, bürokratischen Planwirtschaft und zu einer totalitären Parteidiktatur geführt hat. Also muss begründet werden, dass eine sozialistische Planökonomie hoch effizient und vollständig demokratisch sein kann – eine

7 Die erste Analyse der bürgerlichen Demokratie als parlamentarische Interessendemokratie mit klar abgegrenzten, offenen „Interessenparteien“ (Massen-, aber nicht notwendig Klassenparteien), in der nicht „die Bourgeoisie“ oder „das Kapital“ herrscht, sondern die jeweiligen politischen Entscheidungen unweigerlich nur als „Resultante“ der organisierten politischen „Interessenten“ (darunter die Kapitalgruppen) zustande kommen, hat Richard Löwenthal schon 1935 gegeben (vgl. Paul Sering (d.i. Richard Löwenthal), *Der Faschismus*. 1. Teil: Voraussetzungen und Träger, wieder abgedruckt in: Richard Löwenthal, *Faschismus – Bolschewismus – Totalitarismus*, Göttingen 2009, S. 71ff).

6 Vgl. Richard Löwenthal, *Jenseits des Kapitalismus*, Berlin – Bonn 1977 (Nachdruck der 1. Auflage, Nürnberg 1947), S. 62 – 66, 81 – 84.

funktionierende „Planung für das Volk und durch das Volk“. Nicht die Form des Eigentums, sondern die Wirksamkeit der demokratischen Kontrolle über Richtung und Tempo der ökonomischen Gesamtentwicklung ist entscheidend. Dafür braucht es eine demokratische Gesamtplanung (nicht nur) der Investitionen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene. Und die ist nur zu haben, wenn die Investitionen ebenso wie die Verteilung und der Konsum politisiert, aus rein privaten in öffentliche Angelegenheiten verwandelt und kollektiven, politischen Entscheidungen unterworfen werden, ohne die individuelle ökonomische Handlungsfreiheit aufzuheben.⁸ Ein wahres Kunststück, das nur gelingen kann, wenn auch die politische Demokratie verändert und erweitert bzw. differenziert wird. Löwenthal verweist auf die Ansätze zu einer demokratischen Planung in Skandinavien und Großbritannien unter sozialdemokratischen Regierungen. Aber die zentralen Probleme jeder wirtschaftsdemokratischen Ordnung, die diesen Namen verdient, bleiben in seiner Darstellung ungelöst. Wer soll, wer kann über die wirtschaftliche Gesamtentwicklung, d.h. auch über Alternativen, kompetent entscheiden, wer kann volkswirtschaftliche Gesamtpläne erstellen und darüber kompetent entscheiden – das „Volk“ (also alle stimmberechtigten Vollbürger), oder Gruppen von Experten, ohne deren Spezialwissen man nicht auskommt. Wie soll entschieden werden? In allgemeinen Wahlen, in speziellen Referenden, in Räten, in Parlamenten? Wie soll der planende Souverän, das „Volk“, die unvermeidliche Planungsbürokratie kontrollieren und notfalls korrigieren? Wie offen, wie flexibel muss der Planungsprozess sein, um der notwendigen Initiative von Einzelnen genügenden Spielraum zu geben? Wer trägt die Verantwortung, wer den Schaden, wer profitiert, wer zahlt die Zeche?⁹

8 Verstaatlichung ist weder eine notwendige, noch je eine hinreichende Bedingung der „Vergesellschaftung“ der Produktion. Auch dies eine Klarstellung von bleibendem Wert (vgl. Richard Löwenthal, *Jenseits des Kapitalismus*, a.a.O., Kap. 7).

9 Vgl. zu diesen Punkten, die Löwenthal im Kapitel über die Sozialistische Planung streift, aber nicht hinreichend diskutiert: Richard Löwenthal, *Jen-*

Paul Serings Abschied vom „Marxismus“

Dreißig Jahre später, in seiner Einführung zur Neuausgabe von 1977, kritisierte er sich selbst, und zwar zwei Mal: Erst war er von der Nachkriegsentwicklung des „Plankapitalismus“ überrascht worden, die in eine historisch neue Phase des „*demokratisch gesteuerten Kapitalismus*“, und zwar ohne „Planimperialismus“ geführt habe. Im „demokratischen Kapitalismus“ seien viele der einst zentralen Probleme kapitalistischer Gesellschaft, der Krisenzyklus, die daraus resultierende Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut, gelöst oder doch entscheidend verringert worden, weil erfolgreiche Wohlfahrtsplanung und makroökonomische „Globalsteuerung“ unter demokratischen Bedingungen möglich waren und möglich blieben. Der „demokratisch gesteuerte Kapitalismus“ war jedoch „immer noch Kapitalismus“, der (Klassen)kampf um die Macht ging weiter, in konfliktreicher Wechselwirkung zwischen der Eigendynamik des Kapitals und der „Dynamik des demokratischen Staates“, in einer eigenartigen Mischung von kapitalistischen und „tendenziell nachkapitalistischen“ oder „organisierten“ Verhältnissen.¹⁰ Zweitens aber war ihm klar, dass die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung im Rahmen des „demokratischen Kapitalismus“ inzwischen an einige Grenzen gestoßen war – und die Krisen der 1970er Jahre machten die „neuen weltwirtschaftlichen Krisenfaktoren“ sichtbar. Löwenthal war, das zeigen seine Schriften aus den 1970er Jahren, einer der allerersten Öko-Sozialisten in der Sozialdemokratie: Er sah die Grenzen des Wachstums, er sah die Grenzen einer dauerhaften Vollbeschäftigungspolitik bei voller Gewerkschaftsfreiheit und Vorrang für den privaten Massenkonsum. Überakku-

seits des Kapitalismus, a.a.O., S. 168, 169, 172, 173, 175.

10 Siehe Richard Löwenthal, *What Prospects for Socialism*, in: *Encounter*, Vol. XL, No 2, February 1973, S. 9, 10 (deutsch als: *Welche Chancen haben linke Bewegungen in den hochindustrialisierten Demokratien*, in: *Die Zeit* vom 13. April 1973); ders., *Nach 30 Jahren. Einführung zur Neuausgabe 1977*, in: Richard Löwenthal, *Jenseits des Kapitalismus*, a.a.O., S. XX, XXII – XXIV.

mulation, sinkende Wachstumsraten, eine beschleunigte weltweite Inflation, infolge dessen ständige Währungskrisen. Die Weltinflation hing auch mit der Annäherung des ökonomischen Wachstums an die Grenzen der verfügbaren Rohstoff- und Energiequellen zusammen, die ökologische Krise, die Umweltzerstörung und die Weltwährungskrise waren miteinander verknüpft.¹¹

Die Konsequenz der unvermeidlichen Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in allen kapitalistischen Industrieländern konnte nur lauten: Übergang zu einer anderen Wachstumspolitik, ein „grundsätzlicher Schritt“ vorwärts zur Strukturpolitik, die nicht bloß das Volumen von Gesamtgrößen wie Beschäftigungsquote und Wachstumsrate des BIP, sondern die Richtung, die Art und das Tempo des Wachstums (bzw. der Entwicklung) in einzelnen Produktionszweigen und Regionen bestimmen musste. Das aber konnte nur politische Steuerung privater Investitionen bedeuten und darin sah er einen weiteren „Schritt vorwärts in sozialistischer Richtung“. Glasklar fasste er das Problem der sogenannten „Globalisierung“: Die neue Wachstumspolitik werde unweigerlich zu immer heftigeren weltwirtschaftlichen Verteilungskämpfen führen, außerhalb der Reichweite jedes einzelnen Nationalstaats. Nur internationale, besser supranationale Institutionen könnten eine Weltwirtschaftspolitik betreiben, die eine „Alternative zum Automatismus des Weltmarkts“, zu Handels- und Ressourcenkriegen bieten könne.¹²

Am Schluss bekannte der Autor Farbe: Wie hält er es inzwischen mit dem „Marxismus“? Paul Serings Buch war das eines unorthodoxen Marxisten. Richard Löwenthal

hielt Marx' Perspektive, dass der Kapitalismus historisch vergänglich sei und die Voraussetzungen seiner historischen Überwindung produziere, für den entscheidenden, nach wie vor fruchtbarsten Zugang zur Kapitalismusanalyse und -kritik. Aber er sah die Grenzen des Marxschen Werks, der Marxschen Methode schärfer: Von den deterministischen Formeln der Marx-Orthodoxie hielt er wenig, obwohl er gut Marxisch (wenn auch nicht unbedingt „marxistisch“) weiterhin betonte, es sei die Ökonomie (und die durch sie bedingte, wenn auch nie vollständig und eindeutig bestimmte Sozialstruktur) des Kapitalismus, die die „entscheidenden Probleme“ stelle und zugleich die Möglichkeiten ihrer Lösung (oder besser Bearbeitung) begrenze. Er hatte versucht, die „Marxsche Forschungsmethode undogmatisch, aber sorgfältig anzuwenden“, um mit dem Herausarbeiten der unvermeidlich gegebenen Bedingungen den Bereich des möglichen politischen Handelns abzustecken.¹³ Dass Marx das Potenzial des demokratischen Staats wie die Transformationen des Kapitalismus und damit der Arbeiterklasse nicht vorausgesehen habe, konnte man ihm kaum anlasten. Weit mehr störte ihn das eminent „nicht-wissenschaftliche Element“ im Marxismus, der „diesseitsreligiöse Erlösungsglaube“, für den zwar Marx selbst kaum verantwortlich zu machen war, der aber dogmatischer Erstarrung und Missbrauch Marxscher (und marxistischer) Formeln als Ideologie totalitärer Bewegungen ermöglicht habe. Deshalb benutze er die missverständlich gewordene Bezeichnung „Marxist“ nicht mehr.¹⁴ Aber dem Marxschen Denken blieb er treu, Marxsche Begriffe, Marxsche Perspektiven prägten seine Analysen nach wie vor.

11 Vgl. Richard Löwenthal, Nach 30 Jahren, a.a.O., S. XXVff.

12 Vgl. Richard Löwenthal, ebd., S. XXVIII - XXXI. In seinem Aufsatz von 1973 und später hat er die Schwierigkeiten eines solchen Politikwechsels klar analysiert. Ihm war wohl bewusst, dass es nicht-sozialistische Auswege aus der Großen Krise der 1970er Jahre gab. Die kamen zum Zuge, als die europäische Sozialdemokratie sich wiederum schwer tat mit einer „konkreten konstruktiven Krisenüberwindungspolitik“.

13 So beschrieb er es in den Literaturhinweisen zu seinem Buch: Vgl. Richard Löwenthal, Jenseits des Kapitalismus, a.a.O., S. 262.

14 Richard Löwenthal, Nach 30 Jahren, a.a.O., S. LVff. Marx hat die Bezeichnung Marxianer / Marxisten, die seine Gegner erfunden hatten, gehasst und des Öfteren betont, er jedenfalls sei kein „Marxist“.

Demokratischer versus utopischer Sozialismus

Löwenthal hat die 68er-Bewegung trotz aller Sympathiescharf kritisiert. Da er keine Auseinandersetzung scheute, vieles besser wusste und sich nichts gefallen ließ, galt er rasch, trotz seiner unermüdlichen Diskussionsbereitschaft, als „Rechter“. Übrigens auch in der SPD. In der weltweiten Revolte der Studenten sah er ein Symptom für eine allgemeine Kulturkrise, eine Krise der Anomie, des Wert-, Sinn- und Orientierungsverlusts in den modernen, „westlichen“ Gesellschaften. Daraus entstand ein neuer Typ sozialer Bewegung, allerdings eine „rückwärts gewendete“, die die „Flucht aus der Anomie in die Utopie“ antrat.¹⁵ So revolutionär sich diese jugendbewegten Revolten gaben, gegenüber der von Marx gebauten Vermittlungen zwischen einer revolutionären Bewegung und einer rationalen „Methode der Gesellschaftsanalyse“ stellten sie einen romantischen Rückfall in die Utopie. Die Ablösung der ersehnten „Revolution“ von jeglichen ökonomischen und sozialen Bedingungen, von jeder konkreten sozialen Basis, die Ablösung der selbsternannten Führer von jeder realen sozialen Bewegung hatte mit Lenin und den Leninisten begonnen, die Neo-Utopisten setzten das fort. Löwenthal sah die Annäherung der antiautoritären 68er an den erzautoritären Marxismus-Leninismus der Kommunisten kommen. Für ihn war klar, dass sich diese Revolte auch gegen Theorien und Analysen vom Typus des klassischen Marxismus richtete.¹⁶ Auf die Konflikte an der FU Berlin gemünzt, konnte die Konsequenz für ihn nur lauten: Marxistische Methoden in der Wissenschaft ja, leninistische Methoden in der Hochschulpolitik nein!

Ein Rechter war er nicht, obwohl er zu den Gründungsmitgliedern des Bundes Freiheit der Wissenschaft gehörte.¹⁷ Wenige seiner Kontrahenten an der FU wussten von seiner Rolle im Widerstand, in der Emigration, wenige kannten seine Schriften aus den 1930er oder 1940er Jahren. Rudi Dutschke war die große Ausnahme.¹⁸ Er war ein kluger und kenntnisreicher Gegner des Kommunismus. Kein tumber Antikommunist, kein eifernder Renegat, sondern ein durch Erfahrung und Nachdenken klug gewordener – und gut marxistischer – Kritiker des Parteikommunismus und der Sowjetunion. Zum Anti-Marxisten machte ihn das nicht, schon weil er die Interpretationshoheit der Leninisten-Stalinisten in Sachen „Marxismus“ nie akzeptierte.

Sozialdemokraten und Kommunisten trennte weit mehr als nur ein (zeitweiliger) Richtungsstreit um den rechten Weg zum (im Prinzip wenigstens) gleichen Ziel. Seit die Kommunisten ihre Parteidiktatur zur einzigen und wichtigsten Voraussetzung des Sozialismus schlechthin erklärt hatten, verfolgten sie ein grundsätzlich anderes Ziel. Die Dialektik von Bewegung und Ziel, die Bernstein im Auge gehabt hatte, war komplexer als geahnt: Eine Bewegung, wie die kommunistische, konnte durch ihre Eigenart auf einen völligen Abweg geraten, der unweigerlich zu einem anderen Ziel, dem ursprünglichen entgegengesetzt, führen musste. Einige sozialistische Zielsetzungen und Vorstellungen konnten „utopisch“ werden, weil die kapitalistische Entwicklung die Voraussetzungen dafür gründlich verändert hatte. Klassenlos, von Klassenprivilegien befreit könne die zukünftige post-kapitalistische Gesellschaft werden, das hielt Löwenthal für ein „grundsätzlich nicht utopisch(es)“ Ziel. Aber auf ein Ende jeder Form sozialer

¹⁵ Vgl. Richard Löwenthal, *Der romantische Rückfall*, 2. Aufl., Stuttgart – Berlin 1970.

¹⁶ Vgl. Richard Löwenthal, *Der romantische Rückfall*, 2. Aufl., Stuttgart – Berlin 1970, S. 47, 48, 57, 58 und 79.

¹⁷ Er war z.B. sofort bereit, Rudi Dutschkes Doktorvater zu werden. Daraus wurde leider nichts. Als der Bund Freiheit der Wissenschaft offen reaktionale Positionen einzunehmen begann, trat er ohne Zögern aus.

¹⁸ Allerdings erschienen alsbald etliche Raubdrucke von Löwenthal-Serings Faschismus-Aufsätzen (siehe Paul Sering, *Kapitalismus führt zum Faschismus*, o.O., o.J. (Berlin 1968)). Vollständig war keiner.

Ungleichheit, auf das kommende Reich der (Herrschafts)Freiheit wollte er nicht mehr setzen. Er sah den Weg zum „Sozialismus“ als einen langen und vielstufigen Prozess mit offenem, ungewissem Ausgang und ohne fix und fertigen Abschluss. Auf diesem langen Weg gelte es, das Verhältnis von „Utopie“ und „Realität“ stets neu zu bestimmen.¹⁹

Richard Löwenthal – ein (vergessener) politischer Ökonom

An seinem 18. Geburtstag war er KPD-Mitglied geworden. Das war 1926. In Berlin, wo er Jura und Nationalökonomie studierte, wurde er rasch zu einem der führenden Köpfe der kommunistischen Studentenbewegung, flog aber nach drei Jahren schon wieder aus der Partei. Den Irrwitz, die Sozialdemokratie statt die Nazis als Hauptfeind zu bekämpfen, wollte er nicht mitmachen. Im Widerstand gegen die Nazidiktatur, ab 1935 in der Emigration, als Mitglied und bald führender Kopf der winzigen „Neu Beginnen“ Gruppe, in Prag, Paris und London mit Sozialdemokraten zusammenarbeitend, wurde er zum demokratischen Sozialisten, zum „revolutionären Marxisten“ in der Sozialdemokratie.²⁰

Als Student in Berlin hat er einige Zeit mit Fritz Sternberg zusammen gearbeitet. 1929 ging er nach Heidelberg, 1931 promovierte er dort mit einer Arbeit über die Marxsche Krisentheorie. Seine knappe und genaue Studie – „Die Marxsche Theorie des Krisenzyklus – Versuch einer Gesamtdarstellung“ – gehört zum Besten, was damals (und bis heute) zu diesem komplexen Thema je geschrieben wurde. Sie ist unveröffentlicht und so gut wie unbekannt geblieben, obwohl es in den 1970er Jahren etliche ganz ähnliche Versuche gab, den „Krisenzyklus als aus den

immanenten Voraussetzungen des kapitalistischen Systems notwendig entstehend abzuleiten“.²¹ Ebenso bemerkenswert, vergessen und bis heute höchst lesenswert ist Löwenthals Beitrag zu einer marxistischen Kritik der modernen Ökonomie, der 1936 in London entstand. Diese Arbeit hat er nicht zu Ende führen können, nur den ersten Teil konnte er in der „Zeitschrift für Sozialforschung“ 1937 veröffentlichen. Eine bis heute bemerkens- und lesenswerte Studie über die Anfänge der neoklassischen Ökonomie, die er als eklektisches Gemisch verschiedenartiger Gedanken und Theoriestücke ansah. Die Epigonen der Klassik konnten die Probleme der klassischen Theorie, voran die der (Arbeits)Werttheorie nicht mehr lösen, sie wurden mit den Veränderungen des modernen Kapitalismus nicht mehr fertig und flüchteten in eine rein technisch gedachte Preisanalyse – ein Abweg, der sie dazu verdammt „unpolitische Ökonomie zu sein und zu bleiben“.²² Löwenthal deutet am Schluss an, dass diesem ersten Streich die Kritik der Verteilungstheorie (d.h. der Grenzproduktivitätstheorie) folgen sollte.²³

21 Siehe Richard Löwenthal, Die Marxsche Theorie des Krisenzyklus – Versuch einer Gesamtdarstellung. Phil. Diss. Heidelberg 1931, S. 3. In Löwenthals Nachlass im Archiv der Sozialen Demokratie liegt noch ein Exemplar dieser unveröffentlichten Dissertationsschrift. Zu dieser Arbeit gehört ein Exposé, geschrieben im Juni 1934, das Löwenthals Absicht dokumentiert, die Arbeit an einer Marx verpflichteten Krisen- und Zyklustheorie fortzusetzen, empirisch, historisch und in Auseinandersetzung mit den Krisen- und Zyklustheorien anderer ökonomischer Schulen. Oliver Schmidt, dem wir eine biographische Skizze über Löwenthals frühe Jahre bis Ende der 1950er Jahre verdanken, hat auf diese fast vergessene Arbeit wieder aufmerksam gemacht und den für den jungen Löwenthal bezeichnenden Schlusssatz zitiert: „Die letzte Konsequenz des Marxschen ökonomischen Gesetzes ist die politische, die Lenin gezogen hat.“ (vgl. Oliver Schmidt, „Meine Heimat ist die deutsche Arbeiterbewegung“, Biographische Studien zu Richard Löwenthal, Frankfurt a.M. 2007, S.77).

22 Vgl. Paul Sering (d.i. Richard Löwenthal), Zu Marshalls neoklassischer Ökonomie, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 6, 1937, S. 522 – 541. Max Horkheimer vermerkt in einer Anmerkung zu diesem Aufsatz, es handle sich um einen Abschnitt aus einer unveröffentlichten Schrift zur Kritik der gegenwärtigen National-ökonomie. Ein derartiges Manuskript findet sich allerdings in Löwenthals Nachlass nicht. Oliver Schmidt scheint diesen wichtigen Aufsatz völlig übersehen zu haben. Er behauptet zu Unrecht, Löwenthal habe die geplante Arbeit in London nicht begonnen (vgl. Oliver Schmidt, a.a.O., S.142).

23 Leider ist davon, wie gesagt, nichts mehr auffindbar. Heutige politische Ökonomen, wie Wolfgang Streeck, die unverdrossen an dies Kernstück der Neoklassik glauben, hätten etwas lernen können.

19 Vgl. Richard Löwenthal, Nach 30 Jahren. Einführung zur Neuauflage 1977, a.a.O., S. LIII – LV.

20 So hat er sich selbst im Interview mit Hajo Funke bezeichnet (siehe Richard Löwenthal, „Meine Heimat ist die deutsche Arbeiterbewegung“, in: Hajo Funke, Die andere Erinnerung. Gespräche mit jüdischen Wissenschaftlern im Exil, Frankfurt a.M. 1989, S. 409).

Wir verdanken Richard Löwenthal weitere Kabinettstückchen politisch-ökonomischer Analyse, in der Tradition des klassischen Marxismus, zum Teil im direkten Anschluss an die Arbeiten der Austromarxisten, vor allem Otto Bauers. Seine Faschismus-Aufsätze gehören ebenso wie die Analysen der Entwicklung der Sowjetunion, Nazi-Deutschlands und der Welt am Rande des Krieges, die er im Exil als führender theoretischer Kopf der Gruppe „Neu Beginnen“ verfasst hat.²⁴ Als „Paul Sering“ hat er sich in den 1950er Jahren immer wieder als politischer Ökonom, keineswegs nur als Kommunismusexperte, in der Bundesrepublik eingemischt. Heute vergessen ist seine Erwiderung auf das sogenannte „Röpke-Gutachten“ von 1950. Da ging es um die wirtschafts- und finanzpolitische Weichenstellung in der zweiten deutschen Republik, um die Frage, ob es einen „dritten Weg“ demokratisch sozialistischer Wirtschaftspolitik zwischen (Neo)liberalismus und Staatssozialismus sowjetischer Bauart geben könne. Wilhelm Röpke hatte das vehement bestritten und für eine Neuordnung Deutschlands, Europas und der Weltwirtschaft auf strikt liberaler Basis plädiert. Dagegen argumentierte Sering – Löwenthal sachlich, ohne die Probleme einer Planökonomie zu leugnen oder klein zu reden, und begründete die Möglichkeit wie die Notwendigkeit einer geplanten Vollbeschäftigungspolitik im Nachkriegseuropa – gegen die Utopie der „freien Marktwirtschaft“. ²⁵ Damals hörten die Sozialdemokraten auf ihn.

Als Löwenthal, inzwischen renommierter Journalist und vielgefragter Autor, 1961 als Professor ans Otto-Suhr-Institut der FU Berlin berufen wurde, kehrte er nicht als politischer Ökonom, sondern als Spezialist für internationale Politik und Kommunismusforschung zurück. Er wurde Berater der SPD-Führung, Mitglied der Grundwertekommission der Partei, ein unabhängiger Kopf, der beste Kopf, den die SPD in jenen Jahren hatte. Gefragt und ungefragt meldete er sich immer wieder zu Wort, stets dann, wenn es um Grundsatz- und Richtungsentscheidungen der Sozialdemokratie ging (so beim Radikalenerlass, bei der Entstehung der Grünen, beim Nato-Doppelbeschluss usw.).²⁶ Die deutsche Sozialdemokratie wäre besser gefahren, wenn sie öfter auf den alten Sozialisten bester Marxscher Schule gehört hätte. Wie seine „posthume Schüler“, die ihn schon vergessen hatten als er 1991 in Berlin starb. ■

⇒ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University und Mitherausgeber der spw.

24 Einiges davon ist in dem schon genannten Sammelband Richard Löwenthal, Faschismus – Bolschewismus – Totalitarismus, Göttingen 2009 enthalten; einiges mehr noch liegt im Nachlass von Neu Beginnen im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.

25 Vgl. Wilhelm Röpke, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?, Stuttgart 1950; Paul Sering (d.i. Richard Löwenthal), Der Mythos des XIX. Jahrhunderts. Bemerkungen aus Anlass des Röpke-Gutachtens zur deutschen Wirtschaftspolitik, in: Frankfurter Hefte, Jg. 5 (1950), Heft 12, S. 1278 – 1299.

26 1972 scheiterte der Versuch, ein Theorieinstitut der SPD zu gründen, als dessen erster Direktor Richard Löwenthal vorgesehen war. Eine fatale Fehlentscheidung, denn Löwenthal wäre der Mann gewesen, der SPD frühzeitig Wege aus der Krise des „demokratischen Kapitalismus“ zu weisen, die damals, in der Krise der 1970er Jahre mit dem Aufstieg des Neoliberalismus begann.

25 Jahre „Projekt Moderner Sozialismus – 53 Thesen“

Interview mit Uwe Kremer



↳ Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

„Realismus und Utopie bilden gerade heute eine widerspruchsvolle und spannungsgeladene Einheit. Utopisches Denken und der sozialistische Traum können uns Kraft geben, um die kommenden Kämpfe zu bestehen und unsere Ansprüche an ein befriedigendes, selbstbestimmtes und solidarisches Leben zu mobilisieren. Gerade im heutigen Zeitalter der globalen Lebensbedrohungen und sozialen Umwälzungen spielt die Frage der Zukunft eine wachsende Rolle im Hegemonialkampf zwischen den Klassenkräften. „Utopisches Denken“ muss daher Bestandteil unserer sozialistischen Strategie werden. Grundbedingung ist aber, dass wir unsere Zukunftsvorstellungen wissenschaftlich und im Einklang mit den realen Entwicklungen begründen können und keine illusionären Maßstäbe entwickeln, mit denen wir die wirkliche Bewegung schulmeistern. (...)

Entscheidend ist, dass mit der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht nur die Risiken und Gefahren zunehmen, sondern auch die Chancen, die Menschheitsprobleme zu lösen. Heute reifen die Grundlagen für eine entwickelte sozialistische Produktions-, Arbeits-, und Lebensweise heran. „Moderner Sozialismus“ – dies ist die reale Utopie einer Gesellschaft, die auf hohem materiell-technischem Niveau die kapitalistischen, aber auch die patriarchalischen und bürokratischen Fes-

seln der Produktivkraftentwicklung abstreift und zum ersten Mal individuelle Freiheit, gesellschaftliche Solidarität und internationale Völkerfreundschaft umfassend verwirklichen kann.“ (These 1)

„Gerade heute ist die Linke gezwungen, den Abwehrkampf gegen globale Bedrohungen und die neokonservative Systemreform mit dem Hegemonialkampf um die Zukunftsperspektiven in den 90er Jahren und darüber hinaus zu verknüpfen, sowohl Verteidigungslinien zu ziehen und zu halten als auch Stützpunkte für einen künftigen Vormarsch zu bilden.“ (These 2)

2014 jährt sich die Veröffentlichung vom „Projekt Moderner Sozialismus - 53 Thesen“ zum 25. Mal. Es handelte sich um ein Dokument, das aus den Reihen des „Hannoveraner Kreises“ erarbeitet wurde – also jener Gruppierung, die sich als marxistische Strömung im Juso-Verband verstand und eine enge Beziehung zur Zeitschrift spw pflegte.

Schon ein flüchtiger Blick in die „53 Thesen“ zeigt, dass es sich nicht nur um ein spannendes Zeitdokument handelt, das den Stand der politisch-theoretischen Debatte innerhalb des HK wie auch dahinter stehender Umbrüche im marxistischen Diskurs reflektiert. Mehr noch, mit Blick auf die der wissenschaftlich-technischen Revolution zugemessenen Bedeutung, auf die behandelten Umbrüche in der Erwerbsarbeit und die Individualisierung von Lebensplänen und sozialen Milieus, die Zentralität von Innovationen und Investitionen und die dem „Staat als Pionier“ zugemessene Rolle und viele andere Aspekte bieten sie auch aktuelle Anknüpfungspunkte. Aus diesem Anlass führten wir ein Interview mit dem Mit-Autor der 53-Thesen und spw-Herausgeber Uwe Kremer.

spw: Ein Vierteljahrhundert „53 Thesen“. Was ist Dein erster Gedanke, wenn Du Dich an die Entstehung des Papiers erinnerst?

» **U. K.:** Ich denke an die HK-Theorietagungen, die mit 20 bis 30 Leuten irgendwo am Wochenende in der Pampa stattfanden und wo die Köpfe rauchten (und am nächsten Morgen auch manchmal dröhnten) und ich denke an viele Genossinnen und Genossen, die daran teilnahmen und mit denen ich mich auch heute noch verbunden fühle.

spw: Das Papier ist aus Debatten im HK hervorgegangen. Wie können wir uns den Entstehungsprozess vorstellen?

» **U. K.:** Die Thesen als solche wurden von einer kleinen siebenköpfigen Redaktionsgruppe erstellt, der aus dem Kreis der heutigen spw-Herausgeber neben mir (als Koordinator) u.a. Susi Möbbeck und Carsten Sieling angehörten. Aber der endgültigen Erstellung ging ein ca. zweijähriger intensiver Prozess im HK voraus. Hierbei spielten die offenen HK-Vollversammlungen eine wichtige Rolle, die neben irgendwelchen Juso-Angelegenheiten immer auch theoretische Schwerpunkte hatten. Aber ganz klar im Zentrum standen die HK-Theorietagungen – ich glaube, es waren fünf oder sechs. Diese Tagungen waren insofern spezieller, als es eine besondere Teilnahmevoraussetzung gab, nämlich die Vorlage und Vorstellung eines schriftlichen Beitrages im jeweils vorgesehenen Themenspektrum. Es ging in dem Prozess ja auch darum, die theoretische Produktivität der Genossinnen und Genossen anzuregen. Ich denke, dass dies uns allen politisch und persönlich sehr gut getan und auch – „personalpolitisch“ gesehen – eine gute Grundlage für die nachfolgenden Diskussionslinien bei Jusos und in der spw geschaffen hat. Die spw-Redaktionen in den 90er Jahren rekrutierten sich ja durch die Bank aus dem Thesen-Projekt.

spw: Welche politischen, ökonomischen und sozialstrukturellen Entwicklungen waren für Euch für die Erarbeitung einer modernen sozialistischen Strategie entscheidend?

» **U. K.:** Nun, wenn man versucht, die vielen verschiedenen Umbrüche und Entwicklungen in aller hier gebotenen Kürze zu sortieren, dann vielleicht wie folgt: Erstens waren wir ja in den 80er Jahren mit einer sich entfaltenden neokonservativen und neoliberalen Hegemonie konfrontiert, und wir merken, dass dies nicht einfach einer politischen Konjunktur geschuldet war oder einer unzureichenden Kommunikation unserer immer gleich richtigen Positionen, dass wir also dieser Hegemonie und der offensichtlichen strukturellen Schwäche der Linken auf den Grund gehen mussten.

Diesen Grund verorteten wir – zum zweiten – in dem sich abzeichnenden Ende einer ganzen Ära von Massenproduktion und Massenkonsum, extensivster Energie- und Rohstoffnutzung und gleichzeitiger Belastung des globalen Ökosystems, expansivem Sozialstaat und festgefügtten Klassenkompromissen, organisierter Arbeiterbewegung und sozial eingebetteten Biografien. Für diese Ära übernahmen wir den damals aufkommenden Begriff als „Fordismus“. Er schien uns viel besser geeignet zu sein, um die Besonderheiten in der Produktions-, Konsum- und Lebensweise zu erfassen als der Terminus „staatsmonopolistischer Kapitalismus“, mit dem der HK bislang in Verbindung gebracht worden war.

Dabei ging es nicht nur um das Ende dieses „fordistischen“ Kapitalismus, sondern auch um die Krise der „fordistisch“ geprägten Arbeiterbewegung und „fordistisch“ geprägter Vorstellungen von Sozialismus. Diese Vorstellungen waren ja noch von der großen Fabrik und nicht von netzwerkartigen Strukturen, von festgefügtten sozial eingebetteten Biografien und nicht von der Individualisierung von Lebensstilen und Biografien geprägt. Es ging

uns sozusagen um einen post-fordistischen Sozialismus, den wir maßgeblich mit den progressiven Potenzialen der wissenschaftlich-technischen Revolution begründeten.

Wir – und das ist der dritte Aspekt – verspürten wohl selbst als Teile eines Jugendverbandes und wenn wir vor lauter politischem Geschäft mal selber in uns hineinhorchten, dass die einst (und auch noch zehn Jahre zuvor in den „Herforder Thesen“) gepflegten Vorstellungen, Bilder und Diskurse vom Sozialismus nicht mehr stimmig waren, dass sie in mancherlei Hinsicht schon einer vergangenen Zeit angehörten, dass sie immer weniger zu den Umbrüchen und auch unseren persönlichen Vorstellungen von gesellschaftlicher Veränderung passten.

Man muss überhaupt sehen, dass es zwischen den „53 Thesen“ und den damaligen Diskussionen in der Juso-Organisation um eine stärkere jugendpolitische Orientierung eine enge Verbindung gab. Sie bestand darin, den teils diffusen, teils dezidierten Bedürfnissen in Bezug auf eine andere Art zu arbeiten und zu leben, einen höheren Stellenwert beizumessen, und dies in einen Zusammenhang zu bringen mit groß angelegten Vorstellungen von gesellschaftlicher Veränderung.

spw: Die Thesen gehen ja in der Tat von einem Trend der gesellschaftlichen Individualisierung aus, der aber die Klassenstruktur nicht auflösen, sondern „umgruppieren“ würde. Zugleich wird mit Blick auf die Entstehung neuer sozialer Milieus etwas widersprüchlich die stärkere Rolle von bewussten Wahlentscheidungen, Freundschaften usw. gegenüber der sozialen Herkunft und dem Beruf ausgegangen. Befandet ihr euch bei der Deutung der sozialen Strukturveränderungen in einer theoretischen Suchbewegung?

» **U. K.:** Nicht nur in einer theoretischen, sondern – wie gerade gesagt – auch in einer verbandspolitischen und teilweise auch

persönlich-praktischen Suchbewegung. Theoretisch drückte sich dies in einem – nicht von allen ProMS-Aktiven – geteilten „Subjektivismus“ aus, also der Auffassung, dass sich reale Klassenstrukturen in soziokulturell geprägten Diskursen formieren und nicht entlang ökonomisch determinierter „Klassenlinien“. Dies ist auch ein Beispiel dafür, dass die Diskussionen um aktuelle post-fordistische Veränderungsprozesse im Kapitalismus teilweise zu grundlegenden Revisionen im marxistischen Verständnis führten, die – ich sagte es schon – freilich von vielen im Projekt und im HK nicht geteilt wurden.

spw: Die Debatten in der Linken waren damals auch von den Veränderungen in den internationalen Beziehungen und den realsozialistischen Staaten im Vorfeld der Wende geprägt. Hofftet Ihr auf eine demokratische Erneuerung realsozialistischer Staaten und Impulse für die Kräfteverhältnisse zugunsten der Linken?

» **U. K.:** Ja, und das war sicherlich ein weiterer und überragender Aspekt: Der Antritt von Gorbatschow in der Sowjetunion und die sog. Perestroika weckten sowohl die Hoffnung auf eine Erneuerung des Sozialismus sowjetischen Typs wie auch auf eine Neuformierung europäischer und internationaler Beziehungen jenseits des Kalten Krieges, als möglicherweise wichtigster Voraussetzung für einen neuen, gemeinsamen Vormarsch der Linken. Aber in diesem Punkt hatten sich die sehr dialektisch konzipierten Hoffnungen der 53 Thesen ja schon in kurzer Zeit als unrealistisch erwiesen, vor allem weil uns das Ausmaß der realsozialistischen Verrottung überhaupt nicht klar war.

Wir hatten im Anschluss noch versucht, auch diese Entwicklungen im Sinne eines „modernen Sozialismus“ zu verarbeiten, auch im Kontakt zu ähnlich denkenden Strömungen in aufgeklärten Teilen der PDS bzw. an der Humboldt-Universität, aber diese Bemühungen

versandeten recht schnell. Es kam nicht zu einer wirklichen Verarbeitung des sowjetischen Desasters und auch nicht zu einem angemessenen historischen Verständnis der sowjetischen Gesellschaftsformation. Man muss ja verstehen, dass in der marxistisch geprägten Linken bis dato eine Art epochales Denken wesentlich war. Man sah sich in einer Ära der großen Umbrüche und des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und in diesem Kontext sind auch die 53 Thesen zu sehen, die versuchten, diese Epoche neu unter Einschluss der reformierten Sozialismen sowjetischen und sozialdemokratisch-„schwedischen“ Typs neu zu denken.

Und dieses epochale Element verschwand gewissermaßen mit der Sowjetunion, zumal sich in den 90er Jahren auch mit Blick auf das wohlfahrtsstaatliche Projekt im Westen wenig Zukunftsweisendes ergab. Und egal wie man die Sowjetunion oder den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat vorher beurteilt haben mochte: Plötzlich war der sozialistische Weltgeist verschwunden und hinterließ eine große Leere. Erlaubt mir bitte den kritischen Hinweis, dass diese Leere in der spw niemals mehr ausgefüllt worden ist. Beginnend damit, dass wir uns nie mehr mit der Frage befasst haben, was da eigentlich im Osten untergegangen ist und was uns dies über historisch begründete sozialistische Perspektiven sagt.

spw: In den Überlegungen wird der Trend zur Höherqualifikation und wachsenden Beteiligungsansprüchen der Beschäftigten skizziert, der in einen zunehmenden Widerspruch zur kapitalistischen Verwertungslogik und gesellschaftlichen Hierarchien gerate. Das könnte fast von heute stammen: Kompetenzen wachsen, aber die soziale Unsicherheit ebenso und Aufstiegs- und Entfaltungsmöglichkeiten sind weitgehend blockiert....

» **U.K.:** Ja, dieser Widerspruch war schon damals für die „Philosophie“ des Pro-

jektes Moderner Sozialismus essenziell. Und man kann heute mit Blick auf die Situation der Jugendlichen in vielen europäischen und außer-europäischen Ländern feststellen, dass dieser Widerspruch schon epochale Ausmaße angenommen hat, dass es sich um einen für die „post-fordistische“ Ära ebenso essenziellen Widerspruch handelt, der sich – und das sehr wichtig – in doppelter Hinsicht ausdrückt: Zum einen in einer sozialen Entwertung von qualifiziertem Arbeitsvermögen, ausgedrückt in Einkommen, Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven. Zum anderen in einer Brachlegung von produktiven Kompetenzen, die man unbedingt benötigen würde, um einen sozialen und ökologischen Umbau hinzubekommen. Wir müssen die von diesem Widerspruch Betroffenen entsprechend adressieren – als von Entwertung und Entrechtung Bedrohte und als potenzielle Leistungsträger für diesen Umbau und entsprechende Projekte.

spw: Auch die Forderung nach Investitionen in gesellschaftliche Zukunftsfelder wie z.B. in öffentliche Infrastruktur und soziale Dienstleistungen sowie ökologischen Umbau oder nach mehr binnenwirtschaftlichem und qualitativem Wachstum anstelle einseitiger Exportorientierung und ökologisch schädlicher Produktion lesen sich sehr aktuell. Siehst Du Kontinuitäten zu den aktuellen Diskursen um den sozial-ökologischen Pfadwechsel bzw. Kurswechsel oder Green New Deal?

» **U. K.:** Selbstverständlich gibt es da erhebliche Kontinuitäten. Wobei diese Forderungen ja kein Spezifikum der „53 Thesen“ waren. Schließlich entstanden die Thesen in einer Zeit, in der der umfassende, Investitionsströme beherrschende und die Gesellschaft verändernde ökologisch-soziale Umbau die Programmatik der Grünen (Sindelfinger Programm) wie auch der Sozialdemokratie (Berliner Programm) prägte.

spw: In diesen Kontext passt auch das Postulat aus These 42: „In einer mittelfristigen Perspektive muß es der Linken darum gehen, den kapitalistischen Staat in seiner Rolle als Sozial- und Infrastrukturstaat zu stärken. Die umfassenden Zukunftsaufgaben erfordern eine neue strategische Definition des Staates. Sie umfasst: – die Pionierrolle des Staates bei den zentralen Zukunfts- und Investitionsaufgaben und in der Lenkung des Innovationszyklus sowie eine entsprechende Bündelung der finanziellen und administrativen Mittel; – die demokratische Delegation wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Aufgaben an soziale und regionale Körperschaften und demokratisch kontrollierte Unternehmen (insbes. öffentlich-rechtliche Kreditinstitute).“ Lassen sich hier aktuelle Anschlüsse herstellen?

» **U. K.:** Sicher, zumal es hier – beim Verständnis der staatlichen Rolle, der öffentlichen Kontrolle der Investitionsströme und der gesellschaftlichen Selbstverwaltung der Wirtschaft – schon um spezifische ordnungs- und prozesspolitische Akzente ging (auch in Abgrenzung von manchen traditionssozialistischen Vorstellungen im HK...). Hieran wurde ja später auch im spw-Kontext und im ersten Crossover-Prozess weitergearbeitet bis hin zu den teilweise pointierteren Formulierungen in den spw-Thesen von 2001 („Flexibler Kapitalismus – Moderner Sozialismus“).

Aktuell sehe ich die stärksten Bezüge unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlich kontrollierter Investitionsfonds. In einem späteren, an die 53 Thesen anknüpfenden Papier hatten wir davon gesprochen, dass die „post-fordistische“ Ökonomie eine Netzwerkökonomie sei, in der nicht mehr die großen Konglomerate der fordistischen Massenproduktion mit ihren Fabriken und ihren festgefühten Beziehungen zu Großbanken dominieren (auch wenn es sie natürlich weiterhin gibt), sondern flexible Kombinationen wirtschaftlicher Einheiten, in denen kapitalistische Investmentfonds eine wachsende und prägende Rolle spielen. Wir

hatten weiterhin die Frage aufgeworfen, ob dann gesellschaftlich kontrollierte Investitionsfonds zum zentralen Element einer „post-fordistischen Ökonomie“ werden müssten – und dies wiederum mit Blick auf die enormen Investitionsbedarfe des angestrebten ökologisch-sozialen Umbaus.

Nun, ich meine, dies ist doch hochaktuell! Und ich möchte hinzufügen: Auch wenn ich die staatliche Schuldenbremse natürlich für fundamental problematisch halte, so müssen wir uns doch von der *einseitigen* Fixierung auf staatliche steuer- oder kreditfinanzierte Haushaltsvolumina lösen und uns den Investitionsströmen in der Wirtschaft selbst und ihrer gesellschaftlichen Steuerung zuwenden. Und ich meine schon, Signale in der SPD-Linken vernommen zu haben, die in diese Richtung gehen. Das wäre eine politische Ironie: Wenn uns die Schuldenbremse dazu bringen würde, dann hätte sie vielleicht sogar etwas Gutes bewirkt...

spw: Welche Akzente der „53 Thesen“ haben denn aus Deiner Sicht am stärksten spätere Diskurse und politische Kontexte geprägt? Und welche sind vielleicht gerade heute von besonderer Aktualität?

» **U. K.:** Also, die 53 Thesen waren ja kein Dokument, das als solches in der politischen Öffentlichkeit eine besonders große Aufmerksamkeit auf sich gezogen hätte. Seine Wirkungen lassen sich wohl eher unter dem Aspekt erörtern, inwieweit es Spuren in den Köpfen derjenigen hinterlassen hat, die damals daran mitgewirkt hatten und die heute vielleicht an verschiedenen Stellen unmittelbar oder mittelbar politisch oder intellektuell tätig sind, und inwieweit bestimmte Akzente weitergegeben worden sind, insbesondere innerhalb der nachfolgenden Juso-Generationen.

Ich würde sagen, dass dies aus heutiger Sicht u.a. für zwei sehr aktuelle Aspekte gilt.

Zum einen für die schon angesprochene Frage nach modernen Mechanismen der gesellschaftlichen Steuerung von Investitionen. Zum anderen ist da die Vorstellung von einem modernen Sozialstaat, der jenseits früherer sozial festgefügtter Milieus und Lebenswege darauf orientiert ist, individuell variable und flexible Biografien systematisch abzusichern und zu ermöglichen, was in späteren Papieren in das Bild der „biografischen Selbstbestimmung“ gebracht wurde.

spw: 1989 habt ihr gesellschaftliche Bündnisoptionen für ein mehrheitsfähiges linkes Reformprojekt ausgelotet und sie als „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“ formuliert. Wie sollte eine progressive Reformallianz heute aussehen?

» **U. K.:** Ach ja, das legendäre „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“. Es setzt an dem an, was wir vorhin besprochen hatten, als es um den Widerspruch zwischen wachsenden Kompetenzen und ihre gleichzeitige Brachlegung ging. Es setzt an der Überlegung an, dass man die Menschen nicht alleine oder auch nur vorrangig als Opfer von Verhältnissen, als Lohnabhängige, Ausgebeutete und ungerecht Behandelte adressieren sollte, sondern als Träger von Begabungen, Wissen und Kompetenzen, deren Anerkennung nicht nur persönlich lebenswichtig ist, sondern die die Gesellschaft braucht, um die großen Herausforderungen zu bewältigen und den großen Umbau auf den verschiedenen Zukunftsfeldern zu bewerkstelligen. Die gesellschaftlich zu steuernden und zu mobilisierenden Investitionen sind die eine Seite der Medaille, die Mobilisierung und Inwertsetzung dieser Kompetenzen – gerade der nachwachsenden Generationen – ist die andere.

Das Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur ist – wenn man so will – auch wieder ein Bild, das dies zum Ausdruck bringen soll. Gewissermaßen die moderne Variante vom

alten Wiener Arbeiterlied „Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt“. Es ist keine Konstellation von Partnern, die einen Pakt mit Brief und Siegel abschließen, sondern etwas, das sich in Initiativen zum solarwirtschaftlichen Umbau oder in der grundlegenden Erneuerung städtischer Infrastrukturen, in der Entwicklung ökologischer Verkehrskonzepte oder anspruchsvollen Informations- und Kommunikationsarchitekturen zeigt – aber verbunden mit der Vorstellung, dies unter Einschluss der großen Investitionsströme in kooperativer und gesellschaftlicher Regie ablaufen zu lassen.

Es gab Ende der 80er Jahre starke Bewegungen in dieser Richtung, etwa im Bereich der Solarwirtschaft (verkörpert durch den leider verstorbenen Hermann Scheer) oder in der Verkehrswirtschaft mit den großen Mobilitätskongressen der IG Metall, die dieses Bündnis-Bild geprägt haben. Es ist aber heute genauso aktuell: Der ökologisch-soziale Umbau und die gesellschaftlich gesteuerten Investitionsfonds – ohne dieses Bündnis oder vielmehr eine Architektur solcher Bündnisse, mit einer weiterhin zentralen Rolle der Gewerkschaften – wird es nicht gehen. Aber wie gesagt, es dreht sich hier eigentlich gar nicht so sehr um ein Bündnis im engeren Sinne, sondern eher um ein schöpferisches Selbstverständnis der Linken, das dann hoffentlich auch eine progressive Reformallianz tragen kann. ■

↳ Das Gespräch führten Stefan Stache und Thilo Scholle.

Sammelrezension: Sozialdemokratische Geschichte(n)

von Thilo Scholle

Einen schönen Sammelband mit – bislang verstreut an anderer Stelle erschienenen – Aufsätzen zu Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung hat der Hannoveraner Jurist und Politikwissenschaftler Joachim Perels vorgelegt. Perels geht es darum, die „erhellende Tradition großer Analysen“ der Arbeiterbewegung zu bergen und aufzubereiten. Dabei bezieht er auch Diskussionen im und über den „real existierenden Sozialismus“ mit ein. Angesprochen werden u. a. der „Prager Frühling“ sowie das Verhältnis von sozialistischer Theorie und Menschenrechten. Vorgestellt werden zudem bedeutende Denker wie Peter von Oertzen und Franz L. Neumann, aber auch weitgehend vergessene Persönlichkeiten wie der Soziologe Theodor Lessing. Der Vergleich der rechtstheoretischen Denkansätze von Franz L. Neumann während der Weimarer Republik und von Adolf Arndt in den ersten Jahren der Bundesrepublik zeigt das Wegbrechen materialistischer Analysedimension innerhalb der Sozialdemokratie besonders exemplarisch. Perels demonstriert, wie eine kritische und differenzierte Aneignung marxistischer Ansätze in den jeweiligen historischen Debatten und bei den jeweiligen historischen Denkern funktioniert hat. Die gut geschriebenen und klar argumentierenden Aufsätze bieten damit einen guten Anreiz, sich intensiver mit den angesprochenen Debatten und Denkansätzen zu beschäftigen.

Anspruch des Bandes „Mythen, Ikonen, Märtyrer“ von Franz Walter und Felix Butzlaff ist die historische Betrachtung der „seelischen und kulturellen Anatomie der Arbeiterbewegung“. Die meist kurzen Beiträge im Band nähern sich diesem Ziel auf unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlicher Qualität. Roland Hiemann unterstellt in seinem Beitrag

der SPD-Parteiführung während der Weimarer Republik „marxistischen Determinismus“ sowie marxistischen Fortschrittsglauben – eine Feststellung, die so sicherlich nicht zu halten ist. Spannend ist der Artikel von Sören Messinger und Johannes Rugenstein, die an den Beispielen von Johann Most und Paul Levi der Bedeutung von Abwechslern für die politischen Debatten innerhalb sowie mit Bezug auf die SPD nachgehen. Arg verkürzt ist der Beitrag von Oliver D’Antonio zur Entwicklung des Godesberger Programms. Insgesamt stellt der Band eine durchaus lesenswerte Mischung zur politischen und auch theoretischen Entwicklungsgeschichte der Sozialdemokratie dar.

Deutliche thematische Überschneidungen finden sich dabei zum im Vergleich wesentlich umfangreicheren Sammelband „Menschen, Ideen, Wegmarken“ von Bernd Faulenbach und Andreas Helle. Neben interessanten und ausgewogenen Beiträgen u.a. von Helga Grebing zum Erfurter Programm sowie von Stefan Berger zur Parteispaltung im Ersten Weltkrieg finden sich allerdings auch einige problematische Einordnungen, beispielsweise zu Arbeit und theoretischen Hintergründen der Juso-Strömungen in den 1970er Jahren. Unklar bleibt in seinen Bewertungen der Beitrag von Sebastian Nawrat zur Agenda 2010.

Einen stark popularisierten Überblick über die Geschichte der SPD bietet der kleine Band „Für Fortschritt und Gerechtigkeit“ von Andrea Nahles und Barbara Hendricks. Durchaus lesenswert sind die knappen Essays einiger prominenter SozialdemokratInnen und Unterstützer am Ende des Bandes. So schildert beispielsweise Frank-Walter Steinmeier seine Gefühlslage als junger Juso während des Parteausschlusses von Klaus-Uwe Benneter 1978, dem er als weit-

läufiger Anhänger der Stamokaps auch fast hätte zum Opfer fallen können.

Interessant ist die Zusammenstellung der Dokumente aus den Sitzungen vor allem des Parteivorstands von 1950 bis 1952. Kundig eingeleitet wird der Band durch einen Artikel des Herausgebers Christoph Stamm, der nicht nur einen Überblick über personelle Zusammensetzung und Arbeitsweisen der SPD-Spitzenorganisation gibt, sondern auch die wichtigsten Debatten skizziert. Neben den bedeutenden bundespolitischen Debatten geben die Protokolle aber u.a. auch Auskunft über den Alltag der Parteiorganisation und die politische Entwicklung kurz nach der Gründung der Bundesrepublik.

Einen ausgesprochen interessanten Band stellt die Ausgabe 2013 des Archivs für Sozialgeschichte dar. Unter dem Schwerpunkt „Demokratie und Sozialismus: Linke Parteien in Deutschland und Europa seit 1860“ finden sich etliche sehr lesenswerte Beiträge. Angesprochen werden immer wieder Demokratieverständnis, Perspektiven der Kapitalismuskritik sowie die unterschiedlichen Blicke auf und politischen Schlussfolgerungen zur jeweiligen örtlichen Gesellschafts- bzw. Klassenstruktur. Besonders spannend sind u.a. der Artikel von Philipp Kufferath zu den Netzwerken linker Opposition in der SPD der Nachkriegszeit, von Susanne Götz zur „Parti socialiste unifié“ (PSU) in Frankreich, sowie von Thomas Oellermann zur Sozialdemokratie in der ersten tschechischen Republik.

Eine sympathische und gut lesbare Biographie zu August Bebel hat Jürgen Schmidt vorgelegt. Nachvollziehbar beschreibt der Autor Bebels politische Entwicklung nach links und seinen Aufstieg mit und in der Sozialdemokratie. Zudem nimmt der Autor Bebel auch als Theoretiker ernst: „Bebel vollführte den Spagat zwischen visionären Fernzielen, pragmatischer Reformpolitik und Integration der Basis.“ Bei dem Band „zu aller Nutzen. August Bebel (1840-1913) Wirken und Wirkung“ handelt es sich um

einen Begleitband zu einer Ausstellung, die im Jahr 2013 in Wetzlar, der Stadt von August Bebels Jugend- und Ausbildungszeit, gezeigt wurde. Ziel der Ausstellung sei es, neue Zugänge zur historischen Person Bebel und seinem Lebensumfeld zu schaffen, aber auch Parallelen zu aktuellen politischen Debatten aufzuzeigen. Die Zusammenstellung der Texte ist etwas disparat, neben Beiträgen zu Bebels Bezügen zu Wetzlar und zur Wetzlarer Sozialdemokratie findet sich auch ein Artikel zur aktuellen Bebel-Rezeption in China sowie zur Geschichte des „August-Bebel-Instituts“ der Berliner SPD. Insgesamt aber ein Band, der Bebel als bedeutende Figur für das politische Erbe nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern für Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Deutschland insgesamt reklamiert.

Mit „Das sozialdemokratische Jahrzehnt“ liegt ein umfangreicher Band zur Entwicklung der Sozialdemokratie während der sozialliberalen Koalition im Bund von 1969 bis 1982 vor. Bernd Faulenbach gelingt eine gut geschriebene Übersicht über die Entwicklung der Epoche. Dabei verbindet er den Blick auf Debatten innerhalb der Sozialdemokratie mit den Diskussionen und Entscheidungen innerhalb der Bundesregierung. Gesellschaftliches und ökonomisches Umfeld werden gestreift, aber nicht sehr intensiv vertieft. Dabei schafft es der Autor die meiste Zeit, einen nüchtern-einordnenden Schreibstil zu wahren. Etwas aus dem Rahmen fallen die Anmerkungen zur „Stamokap“-Fraktion bei den Jusos der 1970er Jahre, die er sehr pauschal abqualifiziert, ohne sich näher mit den internen Debatten und Positionsentwicklungen auseinanderzusetzen. Im Übrigen habe der von den Jusos ausgehende antiautoritäre Impuls die SPD dauerhaft verändert: „Die Jusos wollten die SPD zugleich zur klassenbewussten Arbeiterbewegung zurückführen, bewirkten jedoch umgekehrt gerade das Ende der alten Arbeiterbewegung“. Wirklich schlüssig ausgeführt wird diese These allerdings nicht. Insgesamt jedoch eine dichte Beschreibung der Entwicklung der Sozialdemokratie, die dem Anspruch, vierzehn sehr

intensive politische Jahre darzustellen und einzuordnen, durchaus gerecht wird.

Austromarxismus und Februarkämpfe 1934

Der Aufstand des sozialdemokratischen „Schutzbundes“ am 12. Februar 1934 gegen die austrofaschistische Regierung Dollfuß in Österreich dürfte in Deutschland weitgehend in Vergessenheit geraten sein. Auch in Österreich selbst hielt sich der publizistische Niederschlag anlässlich des 80. Jahrestags des Aufstands in Grenzen. Der Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung (VGA) Wien hat aus diesem Anlass in einer Dokumentation Texte rund um dieses Ereignis zusammengestellt. Neben einem Interview mit Zeitzeugen enthält die Broschüre u.a. einen Text zur Zerschlagung der „Kinderfreunde“, einen Beitrag zu revolutionären Sozialistinnen im Februar 1934, sowie einen Artikel zur Verfolgung der Teilnehmer an den Februarkämpfen durch die Justiz. So setzen sich insgesamt auch ohne eine orientierende Gesamtdarstellung der Ereignisse beim Leser doch verschiedene Mosaiksteine zu Vor- und Nachgeschichte der Februarkämpfe zu einem kleinen Überblick zusammen.

Literarische Verarbeitungen der Ereignisse finden sich im Band „Kältefieber“ von Erich Hackl und Evelyne Polt-Heinzl. Ziel der Herausgeber ist auch, mit dem Band einer Reduzierung der jüngeren österreichischen Geschichte nur auf Täter und Opfer entgegenzutreten, in der Widerstand, Klassenkampf und Freiheitswillen nicht vorkommen würden. Der Februar-aufstand sei eben nicht nur die Verzweiflungstat einiger weniger gewesen. Die Texte selbst sind meist kurz, aber sehr intensiv. Insgesamt ein hoch spannender Band, der ein sehr dichtes Panorama des Gangs der Ereignisse, vor allem aber der Wahrnehmungen der Akteure selbst zeichnet.

Anders als der Titel „Das Österreich der dreißiger Jahre und seine Stellung in Europa“ vermuten lässt, behandelt der von Francesco

Saverio Fest und anderen herausgegebene Tagungssammelband den Zeitraum ab der Jahrhundertwende. Untersucht werden Entwicklungen in der österreichischen Geistesgeschichte in einem sehr breiten Sinne – von Kunst und Kultur über Philosophie und Religion bis hin zu politischen Debatten über das gesamte ideologische Spektrum hinweg und zu einzelnen Persönlichkeiten. Die Beiträge sind durchweg meinungsfreudig, auch wenn man nicht jede These teilen möchte. Trotzdem finden sich eine Reihe ausgesprochen spannender Beiträge, unter anderem zu Otto Bauer, zum Rechtsdenker Hans Kelsen sowie zum Verhältnis von Kant und Marx im Werke Max Adlers.

Bücher des Gedenkens

Sehr informativ ist die von Daniela Munkel und Frank-Walter Steinmeier herausgegebene Dokumentation zum „Ermächtigungsgesetz“ der Nazis von 1933. Besonders wichtig ist, dass hier das vollständige Protokoll der Reichstags-sitzung vom 21. und 23. März 1933 abgedruckt ist, und so der gesamte Kontext der „Beratungen“ des Parlaments einschließlich der Sitzungsleitung durch Hermann Göring und der Redebeiträge u.a. von Adolf Hitler nachvollziehbar wird. Deutlich wird schon hier die Wucht der Menschenverachtung der Nationalsozialisten. Enthalten sind zudem auch Kurzbiographien der Abgeordneten der SPD-Reichstagsfraktion

Ausgesprochen verdientvoll ist die Neuaufgabe des Gedenkbuchs der deutschen Sozialdemokratie. Im Vergleich zur Voraufgabe wurden 143 neue Biographien aufgenommen. Enthalten sind Verfolgungsschicksale während der NS-Zeit, aber auch in SBZ und DDR. Die kurzen lexikonartigen Einträge verraten nicht viel über politische Prägungen und Taten. Sie geben aber jeder und jedem einzelnen eine Persönlichkeit, deren Andenken es zu wahren gilt. Sie zeigen auch, wie viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jenseits spektakulärer Tat schlicht und tapfer an ihren Überzeugungen festhielten, und dafür einen hohen Preis zahlen mussten. ■

Literaturliste

- **Bernd Faulenbach**
Das sozialdemokratische Jahrzehnt
 Von der Reformeuphorie zur Neuen
 Unübersichtlichkeit
 Die SPD 1969 – 1982
 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2011
 819 Seiten, 48 €
- **Bernd Faulenbach/ Andreas Helle (Hg.)**
Menschen, Ideen, Wegmarken
 Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie
 Vorwärts Buch, Berlin 2013
 431 Seiten, 35,00 €
- **Francesco Saverio Festa/ Erich Fröschl/
 Tommaso La Rocca u.a. (Hrsg.)**
**Das Österreich der dreißiger Jahre
 und seine Stellung in Europa**
 Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2012
 613 Seiten, 81,95 €
- **Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.)**
Archiv für Sozialgeschichte
 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2013
 619 Seiten, 68,00 €
- **Erich Hackl/ Evelyne Polt-Heinzl (Hg.)**
Im Kältefieber
 Februargeschichten 1934
 Picus Verlag, Wien 2014
 327 Seiten, 22,90 €
- **Daniela Münkler/ Frank-Walter Steinmeier (Hg.)**
Das Ermächtigungsgesetz 1933
 Eine Dokumentation
 Vorwärts Buch, Berlin 2013
 264 Seiten, 20,00 €
- **Andrea Nahles/ Barbara Hendricks (Hg.)**
Für Fortschritt und Gerechtigkeit
 Eine Chronik der SPD
 Vorwärts Buch, Berlin 2013
 135 Seiten, 9,90 €
- **Joachim Perels**
**Befreiung aus gesellschaft-
 licher Unmündigkeit**
 Beiträge zur Geschichte und The-
 orie der Arbeiterbewegung
 Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2011
 182 Seiten, 39,80 €
- **Jürgen Schmidt**
**August Bebel
 Kaiser der Arbeiter**
 Rotpunktverlag, Zürich 2013
 285 Seiten, 27,00 €
- **Vorstand der SPD (Hrsg.)**
Der Freiheit verpflichtet
 Gedenkbuch der deutschen Sozial-
 demokratie im 20. Jahrhundert
 2. Auflage
 Vorwärts Buch, Berlin 2013
 584 Seiten, 60,00 €
- **Christoph Stamm (Hrsg.)**
**Die SPD unter Kurt Schumacher und
 Erich Ollenhauer 1946 – 1963**
 Sitzungsprotokolle der Spitzengremien
 Band 3. 1950 – 1952
 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2011
 584 Seiten, 64,00 €
- **Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbe-
 wegung e.V. (Hrsg.)**
Abgang der Demokratie
 Der 12. Februar 1934 und der
 Weg in den Faschismus
 Dokumentation 1-4/ 2013
 96 Seiten, Wien 2013
- **Franz Walter/ Felix Butzlaff (Hg.)**
Mythen, Ikonen, Märtyrer
 Sozialdemokratische Geschichten
 Vorwärts Buch, Berlin 2013
 302 Seiten, 20,00 €
- **Magistrat der Stadt Wetzlar (Hrsg.)**
zu aller Nutzen
 August Bebel (1840-1913)
 Wirken und Wirkung
 Klartext Verlag, Essen 2013
 96 Seiten, 9,95 €

↳ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Rezension: In einer aus den Fugen geratenden Welt

Linke Außenpolitik: Eröffnung einer überfälligen Debatte.

von Kai Burmeister

Wer Rot-Rot-Grün im Bund ablehnt, kann dies leicht mit dem Hinweis auf die unterschiedlichen Ansätze in der Außen- und vor allem Sicherheitspolitik tun. Der von Paul Schäfer (bis 2013 Bundestagsabgeordneter der Linkspartei) herausgegebene Sammelband versucht, die außenpolitischen Kontroversen im rot-rot-grünen Spektrum darzustellen und lässt dazu Außenpolitiker von SPD, Grünen und Linkspartei, Mitarbeiter der parteinahen Stiftungen, NGOler sowie Wissenschaftler zu Wort kommen. Zweck des Buches ist die kontroverse Debatte, denn nur diese kann „Konzepte für eine andere, eine fortschrittliche Außenpolitik“ entwickeln und ist damit eine gute Ergänzung zum Schwerpunkt von spw 203 zu den „Perspektiven ziviler Friedenspolitik“. Das Buch beinhaltet 15 Aufsätze sowie eine jeweils sehr lesenswerte Einführung und Schlussbetrachtung des Herausgebers. Thematisch ist das Buch entlang der vier Unterkapitel Globale Herausforderungen, Entwicklungsperspektiven, Europäische Integration und Frieden & Sicherheit gegliedert.

Im Unterkapitel Entwicklungsperspektiven setzt sich Jochen Steinhilber (FES) mit der Entwicklungszusammenarbeit und der globalen Strukturpolitik auseinander. In diesem Politikfeld bestehen im Prinzip keine grundsätzlichen unterschiedlichen Positionen zwischen den Parteien, sondern eher Zielkonflikte in der politischen Praxis, die oft zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit gehen. Eine linke Regierung in Deutschland böte demgegenüber die Chance für das Projekt einer neuen Entwicklungspolitik im Sinne einer globalen sozial-ökologischen Transformation, für die Steinhilber wertvolle Eckpunkte ausgearbeitet hat.

Paul Schäfer (Hrsg.)

In einer aus den Fugen geratenden Welt

Linke Außenpolitik: Eröffnung einer überfälligen Debatte.



VSA Verlag Hamburg,
268 Seiten, 24,80 Euro

Im Aufsatz „Rhetorisch abrüsten und Vertrauen aufbauen“ macht Marius Müller-Hennig (FES) die Überlegung zum Ausgangspunkt, wonach zu oft die bestehenden Gemeinsamkeiten (Vorrang Zivil vor Militär) in der Außen- und Sicherheitspolitik ausgeblendet würden. Zu oft würde hingegen in einem Schreckensszenario einer handlungsunfähigen Außen- und Sicherheitspolitik verharrt. Mit dieser positiven Sichtweise werden bestehende Unterschiede zwar nicht überwunden, aber deren Auflösung fällt leichter. Zu den beiden kontroversen Fragen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Rolle der NATO bietet Müller-Hennig Überlegungen an. Auslandseinsätze sollen nur mit UN-Mandat erfolgen können und eine progressive Friedenspolitik könne angesichts der Stimmungslage in vielen osteuropäischen Staaten nur innerhalb der NATO und ausdrücklich nicht außerhalb erreicht werden. Deshalb solle Deutschland

in der NATO aktiv ein Gegengewicht zu expansiven Bestrebungen einnehmen und für neues Vertrauen zwischen europäischen NATO-Ländern und Nichtmitgliedern werben. In dem Unterkapitel Frieden & Sicherheit unterbreiten dann noch Heidemarie Wieczorek-Zeul, Rolf Mützenich (beide SPD), Agnieszka Brugger (Grüne) und Jan van Aken (Linkspartei) ihre Sicht auf die Außen- und Sicherheitspolitik, die die politischen Unterschiede sehr deutlich werden lässt. Damit bleiben für die geforderte Debatte um linke Außenpolitik dicke Bretter zu bohren.

Paul Schäfer verweist in seinem Fazit auf die globale Umbruchsituation (relativer Niedergang der Führungsmacht USA und Pluralisierung der Machtzentren), die zu einem neuartigen Spannungsverhältnis von Konflikt und Kooperation in der Weltordnung führen wird. Damit wird deutlich, es geht für Überlegungen zu linker Außenpolitik nicht um die schlichte Positionierung in den oben beschriebenen Konfliktfragen, sondern um die Einschätzung zu umfangreichen politischen und ökonomischen Machtverschiebungen.

Klug schätzt Schäfer ein, dass der konsequente sozialökologische Umbau von Weltwirtschaft und -gesellschaft zwar wünschenswert wäre, jedoch politisch nicht realistisch ist. Im Sinne eines radikal-reformerischen Richtungswechsels schlägt Schäfer die Stärkung der multilateralen Institutionen, die Stärkung einer demokratischeren und sozialeren EU im Sinne eines bewusst so bezeichnetem globalen Kraftzentrums und eine gerechte, umweltschützende und friedliche Ressourcenverteilung vor.

Bei aller Notwendigkeit des „im Gespräch bleiben(s)“ ist für Schäfer wegen der „Militärfrage“ ein Mitte-Links-Regierungsbündnis nur schwer vorstellbar. Dennoch plädiert er für deutlich andere Akzente in der Außenpolitik im Sinne einer „Agenda 2017“. Dazu

muss jetzt in der gesellschaftlichen Linken über Gemeinsamkeiten und Trennendes gesprochen werden. Dem Buch „In einer aus den Fugen geratenden Welt“ kommt der Verdienst zu, dazu umfangreiches Material auf den Tisch gebracht zu haben.

Was bleibt also zu tun? Da weder die Fortführung des Status quo (Austeritätspolitik in Europa, Rüstungsexporte, Handelspolitik, Bundeswehreinsätze) noch außenpolitische Handlungsunfähigkeit den globalen Herausforderungen und dem Anspruch einer linken Außenpolitik der Bundesrepublik gerecht würden, muss diese Debatte jetzt über den Kreis der außen- und sicherheitspolitischen Experten hinaus geführt werden. ■

↳ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär in Stuttgart und Mitglied der spw-Redaktion.

DL 21 Aktuell

DL21 FORUM DEMOKRATISCHE LINKE

DIE LINKE IN DER SPD.

PERSPEKTIVISCH LINKS

„Perspektivisch Links“ lautet der Titel unserer aktuellen Publikation, in der wir die Ergebnisse unserer Frühjahrstagung, die am 30. und 31. Mai in Kassel stattfand, zusammenfassend darstellen. Es ging auf der Tagung darum, Perspektiven für die künftige Politik links der Mitte zu erarbeiten. Dazu haben wir in sechs thematischen Arbeitsgruppen (u.a. zu sozial-ökologischer Wirtschaftspolitik, Friedens- oder Europapolitik) Grundlagen erarbeitet.

LINKSSOZIALDEMOKRATISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Basierend auf diesen Ergebnissen werden wir diese Themen weiterhin bearbeiten. Den Anfang dazu haben wir auf unserer Herbsttagung in Nürnberg gemacht. Unter dem Titel „Linksozialdemokratische Wirtschaftspolitik“ hatten wir unter anderem Dr. Stephan Schulmeister vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, Dr. Michael Dauderstädt und die ehemalige Stadtkämmerin von Leipzig, Dr. Cornelia Heintze, zu Gast.

Wir haben mit der Tagung einen inhaltlichen Aufschlag zur eingeforderten Diskussion über mehr Wirtschaftskompetenz innerhalb der SPD geliefert.

Die Forderung nach notwendigen Investitionen von ca. 50 Milliarden Euro pro Jahr und dem Ausbau der öffentlichen Beschäftigung standen dabei im Mittelpunkt. Die Position der DL 21, dass dies über mehr Steuereinnahmen wie die Reform der Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer und Erhöhung des Spitzensteuersatzes zu finanzieren sei, wurde nochmals bekräftigt. Seit 1997 werden dem Staat durch Steuergeschenke an Reiche und Superreiche

jährlich etwa 50 Milliarden Euro entzogen. Hinzu kommt, dass der bis 2018 existierende Verschuldungsspielraum von insgesamt ca. 150 Milliarden Euro nicht genutzt wird. Das Erreichen der sogenannten „Schwarzen Null“ ist eine Monstranz, die gegen die Interessen der Bevölkerung steht.

Für die DL 21 ist auch klar, dass notwendige staatliche Investitionen nicht durch privates Kapital ersetzt werden können. Zwar wird von BefürworterInnen dieser Variante immer argumentiert, aufgrund der Schuldenbremse müsse man private Geldgeber für öffentliche Investitionen aufreiben. Nicht zuletzt hat der Bundesrechnungshof darauf hingewiesen, dass derartige „Partnerschaften“ im Endeffekt meist viel teurer werden, als wenn der Staat alleine tätig wird.

Unsere ReferentInnen plädierten dafür, Investitionen in zukunftsträchtige und nachhaltige Projekte durch öffentliche Mittel anzukurbeln und deregulierte Märkte wie den Finanzsektor wieder stärker zu begrenzen sowie wirtschaftliche Entwicklung immer im Zusammenhang mit Verteilungsfragen zu denken.

Unter diesen Stichpunkten wollen wir die Debatte in der SPD vorantreiben. Die SPD muss Instrumente zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wie einen sozialen Arbeitsmarkt weiterentwickeln, neue Mittel zur Erhöhung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte sicherstellen und stärker als bisher innovative und nachhaltige Wirtschaftsprojekte auch mit staatlichen Mitteln fördern. Für uns steht Gerechtigkeit nicht gegen Wirtschaft.

FRIEDEN UND ENTSPANNUNGSPOLITIK

Sozialdemokratische Friedenspolitik ist und bleibt ein wichtiges Thema für uns. Hierzu gab es nach der Podiumsdiskussion im taz-Café im Sommer mit Edelgard Bulmahn, Jürgen Trittin und Stefan Liebich im November eine taz-Café-Veranstaltung bei der wir debattiert haben, was

wir heute noch aus der Entspannungspolitik Willy Brandts lernen können. Dazu hatten wir Ute-Finckh-Krämer, MdB und Wolfgang Biermann (Mitarbeiter von Egon Bahr) eingeladen.

Wolfgang Biermann, der bis 2011 im SPD-Parteivorstand für Frieden und Abrüstung zuständig war, erinnerte daran, dass bei Willy Brandt die Verständigung immer im Vordergrund stand – selbst mit Politikern wie Breschnew, der nicht gerade für die Einhaltung der Menschenrechte bekannt war. Da Krieg, wie Brandt sagte, nicht ultima ratio, sondern ultima irratio ist, war es unabdingbar mit der anderen Seite zu reden, um eine Eskalation von Konflikten zu verhindern.

Übertragen auf den heutigen Konflikt in der Ukraine heißt das, dass man versuchen sollte, sich zu überlegen, wie die Gegenseite den Konflikt wahrnehme. Dazu forderte Ute Finckh-Krämer alle Handelnden auf. Die Obfrau der SPD im Unterausschuss für zivile Krisenprävention erklärte, sowohl Russland als auch die EU trügen die Verantwortung für die heutige Lage in der Ukraine. Beide hätten versucht, das Land jeweils auf die eigene Seite zu ziehen.

Beide ReferentInnen betonten, wie wichtig es sei, in derartigen Situationen nicht nur für eine Seite Partei zu ergreifen. PolitikerInnen müssten darauf achten, durch Parteinahme einen Konflikt nicht so weit zu eskalieren, dass er gewaltsam werde. Dadurch schade man nämlich am Ende denen, die man eigentlich wohlmeinend unterstützen wolle. Denn unter einem gewaltsamen Konfliktaustrag litten genau die Menschen, denen man eigentlich helfen wolle.

Um einen Konflikt zu lösen bzw. wenigstens deeskalierend zu wirken, sei es wichtig, die Sicherheitsinteressen der anderen Seite ernst zu nehmen. Das sei nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, etwa durch die Osterweiterung von NATO und EU, versäumt worden. Die Dynamik von Konflikten könne man nur durch Diskus-

sion auflösen. Dazu sei die Findung von Kompromissen unerlässlich. Ohne Kompromissbereitschaft gebe es keine Problemlösung. Es sei „schön und gut“ sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu berufen, erklärte Ute Finckh-Krämer. Aber man sollte dieses nicht mithilfe eines Krieges durchsetzen.

TTIP UND CETA

Ein weiteres Thema, das uns konstant durch das ganze Jahr beschäftigt hat, sind die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Schon im März haben wir uns mit VertreterInnen verschiedener NGOs, die sich kritisch mit TTIP und CETA auseinandersetzen, getroffen.

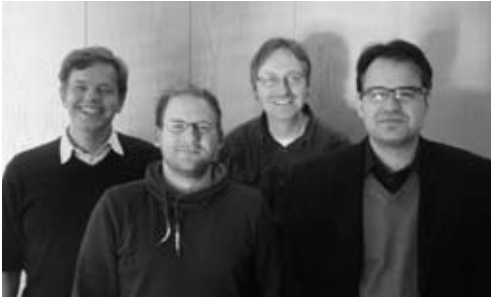
Im Mai haben wir im taz-Café zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Mehr als „nur“ Chlorhühnchen – was bedeutet das geplante TTIP?“ eingeladen. Mit uns und den gut 100 anwesenden Gästen diskutierten Dr. Beate Scheidt von der IG Metall, Alessa Hartmann vom Forum Umwelt und Entwicklung sowie Günter Sölken von attac.

Zu TTIP haben wir außerdem Standpunkte zu verschiedenen Politikbereichen und zwei Reader veröffentlicht, in denen wir umfangreiche Informationen für Euch zusammengestellt haben. Darin finden sich auch Anträge und Mustereinladungen. Standpunkte, Reader und zur aktuellen Diskussion ein Faktenblatt und Argumente gegen CETA finden sich auf unserer Homepage.

Hierzu und anderen wichtigen Themen werden wir zusammen mit anderen Organisationen ein Seminar anbieten, natürlich wird unsere taz-Café-Reihe fortgesetzt und Ende Mai findet unsere Frühjahrstagung in Erfurt statt und zu CETA stellen wir weitere Argumente zur Verfügung.

Die DL 21 ist aktiv. Wir laden zum Mitmachen ein. ■

Vorwärts nach weit: Neue Verlagsgeschäftsführung berufen



v.l.n.r. Eckhart Seidel, Stephan Bramorski, Andreas Bach u. Stefan Stache

Der spw-Verlag hat eine neue Geschäftsführung. Die Gesellschafterversammlung der spw-Verlag/Redaktion GmbH wählte Andreas Bach, Stephan Bramorski und Stefan Stache in die Verlagsleitung und verabschiedete die bisherigen Geschäftsführer Hans Joachim Olczyk und Robin Baranski. Eckhart Seidel gehört der Geschäftsführung weiterhin an.

Das neue Team hat sich vorgenommen, den in den letzten Jahren deutlich angewachsenen LeserInnenkreis zu verbreitern, die erfolgreiche Publikation von Büchern zu verstetigen, in enger Kooperation mit den Jusos junge Generationen an spw zu binden sowie das Anzeigengeschäft auszubauen. Der Verlag wird sowohl in das gedruckte Angebot als auch in die Homepage kontinuierlich investieren, um spw als Magazin der SPD-Linken noch attraktiver zu gestalten.

„Olli“ **Hans Joachim Olczyk** (Jahrgang 1961) war seit einem Jahrzehnt Mitglied der spw-Geschäftsführung. Als er sein Amt gemeinsam mit Eckhart Seidel im November 2004 antrat, befand sich spw in einer wirtschaftlich schwierigen Lage, der der Verlag mit dem Führungswechsel begegnete. Seine Arbeit trug wesentlich zur Konsolidierung der GmbH bei und unterstützte die Neuaufstellung der Zeitschrift. Seine berufliche Arbeit als Berater dreht sich rund um die Themen „Arbeit“ und „Betrieb“. Er ist weiterhin

Gesellschafter der GmbH. **Robin Baranski** wurde im Herbst 2007 in die Verlagsleitung berufen. Der heute 37-jährige Politikwissenschaftler hielt als Leiter des Juso-Landesbüros NRW vor allem den Kontakt zu den Jusos und anderen Verbänden und knüpfte neue Beziehungen für spw. Darüber hinaus organisierte er die Veranstaltungen der spw mit. Er ist heute Geschäftsführer der SPD-Unterbezirke Unna und Hagen.



Hans Joachim Olczyk



Robin Baranski

spw dankt Olli und Robin herzlich für ihre langjährige gute Arbeit für unseren Zusammenhang!

Andreas Bach begleitet die Arbeit der spw seit Jahrzehnten. Der Ökonom und Geschäftsführer eines Metallverarbeitungs- und Beratungsunternehmens war bereits in den 90er Jahren Geschäftsführer des spw-Verlags. **Stefan Stache** ist seit dem Jahr 2013 wieder Chefredakteur der spw. Der 38-jährige Politikwissenschaftler, der darüber hinaus als Berater tätig ist, leitete die Redaktion bereits von 2008 bis 2011. **Stephan Bramorski**, ebenfalls Politikwissenschaftler, koordiniert die Bildungsarbeit der NRW-Jusos. Ein Arbeitsschwerpunkt des 29-Jährigen für den Juso-Landesvorstand NRW ist das Themengebiet Wirtschaft. **Eckhart Seidel** ist seit dem Jahr 2004 in der Verlagsleitung aktiv. Der Rechtsanwalt war unter anderem stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos. ■

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Beat Ringger

Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus mit einem Vorwort von Alex Demirović
218 Seiten, € 24,90,
ISBN: 978-3-89691-875-8,
Westfälisches Dampfboot



Harald Klimenta / Andreas Fisahn u.a.

Die Freihandelsfalle
Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP
AttacBasisTexte 45
128 Seiten, € 9,00
ISBN 978-3-89965-592-6
VSA-Verlag



Prämienpaket 2

Heinz J. Bontrup

Krisenkapitalismus und EU-Verfall
Neue Kleine Bibliothek 195
231 Seiten, € 15,90
ISBN 978-3-89438-537-8
PapyRossa Verlag

Hartmut Tölle / Patrick Schreiner (Hg.):

Migration und Arbeit in Europa
Softcover DIN A5,
229 Seiten, € 14,90
ISBN 978-3-89438-550-7
PapyRossa Verlag



Prämienpaket 3

Heiner Ganßmann

Politische Ökonomie des Sozialstaats
Einstiege Band 10, 2. überarbeitete Auflage
229 Seiten, € 19,90
ISBN: 978-3-89691-690-7
Westfälisches Dampfboot

BEIGEWUM

Mythen des Sparens
Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse
Herausgegeben vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
144 Seiten, € 11,80, ISBN 978-3-89965-555-1
VSA-Verlag



Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslandsabonnement Europa 49,- € (inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Umfang von bis zu 88 Seiten pro Ausgabe. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.